



Transparenz und Umgestaltung Die rechtliche Autonomie der katholischen Kirche ist unhaltbar geworden

Jobst Paul

In seiner Karfreitagsansprache (am 2. April 2010 im Petersdom) meinte der ‚Prediger des Päpstlichen Hauses‘, P. Raniero Cantalamessa, der Zeitpunkt sei gekommen, die ‚Vergebungsbitten für kollektive Schuld‘ auszusprechen - nicht wegen „der Gewalt gegen Kinder, mit der sich leider auch Elemente des Klerus befleckt“ hätten, denn davon sei „draußen genug die Rede“. Vielmehr ginge es um die „Gewalt gegen die Frauen“, für die die männliche „Hälfte der Menschheit“ um Vergebung bitten solle. In einer weiteren überraschenden Wendung nahm Cantalamessa für die Kirche in Anspruch, in der Nachfolge Christi die Gewalt überwunden zu haben: In ihr sei eine neue „Art des Siegs“ geboren worden: nicht „Opfer zu fordern, sondern sich selbst zum Opfer zu machen.“¹

Diese Gelegenheit nahm der Prediger dann auch wahr: Mit Blick auf den institutionellen Umgang der Kirche mit Missbrauchsfällen in der Vergangenheit zitierte Cantalamessa den Brief eines ungenannten ‚jüdischen Freundes‘, in dem dieser „den brutalen und konzentrischen Angriff auf die Kirche, den Papst und alle Gläubigen seitens der ganzen Welt“ mit den „schändlichsten Aspekte(n) des Antisemitismus“ gleichsetzte. Roms Oberrabbiner Riccardo Di Segni kritisierte den Antisemitismus-Vergleich als „geschmacklos“. Gerade der Karfreitag sei „der unheilvollste Tag in der Geschichte der Beziehungen zwischen Christen und Juden“.² Peter Isely, Sprecher von *Survivor's Network of those Abused by Priests* (SNAP), meinte: „Da sitzen sie im päpstlichen Palast und fühlen sich gerade etwas unwohl - und sie wollen sich nun vorkommen, als würden sie zusammengetrieben oder aufgereiht und in Viehwagen nach Auschwitz geschickt“.³

Während sich Cantalamessa am Ostersonntag betroffen entschuldigte, versicherte Kardinal Angelo Sodano, Dekan des Kardinalskollegiums, am selben Tag dem Papst, das Volk Gottes lasse „sich nicht vom Geschwätz des Augenblicks und nicht von den Prüfungen beeindrucken (...), die zuweilen über die Gemeinschaft der Gläubigen“ hereinbrächen. Sichtlich gerührt umarmte der Papst den Dekan.⁴

Nicht nur der Rom-Korrespondent der ARD, Gregor Hoppe, fragte am 5. April einigermaßen fassungslos, warum sich Benedikt XVI. zu diesem schlimmen Schauspiel hergegeben habe und zu den deutschen Missbrauchsfällen schwieg, während er zuvor zu ähnlichen Skandalen in Irland und in den USA offene Worte gefunden hatte.

Der Grund könnte in der Furcht Roms liegen, eine zu schnelle Anerkennung der jetzigen innerkirchli-

Aus dem Inhalt:

Wellnessdiskurs und neo-liberale Rationalität
S.3

Die Regierung der
Prekarität
S.6

Fußball und Rechts-
extremismus
S.9

Theodor Schieder und der
Nationalsozialismus
S.10

NS-Verbrecher Heinrich
Boere
S.14

Sackgasse Afghanistan
S.18

Kosovo - ist da was?
S.20

Manifest für ein anderes
Europa
S.23

Absage an die Politik der
Angst - Interview mit Teun
A. van Dijk
S.24

Medico International - das
Recht auf Zugang zu Ge-
sundheit
S.26

Rezensionen
S.28

Einblicke - Foucaultsche
und sprachwissenschaftliche
Diskursanalyse
S.32

Impressum:

Das DISS-Journal wird
herausgegeben vom
Duisburger Institut für
Sprach- und Sozialforschung
(DISS)

Siegstr. 15
47051 Duisburg
Tel.: 0203 / 20249
Fax: 0203 / 287 881
mail: info@diss-duisburg.de
http://www.diss-duisburg.de

¹ <http://www.zenit.org/rssgerman-20227>

² Un paragone improprio e una caduta di stile. La Stampa, 3. April 2010. <http://www.lastampa.it/redazione/cmsSezioni/cronache/201004articoli/53796girata.asp>

³ <http://news.bbc.co.uk/2/hi/8601084.stm>

⁴ <http://www.kath.net/detail.php?id=26275>

chen Protestbewegung insbesondere aus Deutschland müsse zu institutionellen Verwerfungen in der ganzen Weltkirche führen. Die Furcht ist nicht unbegründet, angesichts des Spannungspotentials, das sich seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil aufgebaut hat, dessen Anlauf zur kirchlichen Demokratisierung nachfolgend reaktionär pariert wurde. Mit dem Aufbrechen der Missbrauchsskandale könnte in der Tat dem kirchlichen System rechtlicher Autonomie und dem entsprechenden Selbstverständnis ein heftiger Stoß versetzt worden sein. Oder anders: Was Johannes Paul II. einst als Sprengsatz gegen den Ostblock wandte, nämlich die Forderung nach Transparenz und Demokratisierung, und was dort als *Glasnost* und *Perestroika* fortwirkte, liegt nun auf den Stufen des Petersdoms.

Hans Küng⁵ und Uta Ranke-Heinemann⁶ haben unabhängig voneinander nachgezeichnet, in welchem Maß auch Benedikt XVI. - als zentraler Akteur der römischen Glaubenskongregation (1981-2005) - für dieses System steht, dessen anachronistische Natur nun vollends offenbar wird. Danach verfügte ein Schreiben von Kardinal Ottaviani von 1962 an die Bischöfe (*Crimen Sollicitationis*) und danach ein ähnliches Schreiben Ratzingers vom 18. Mai 2001 (*Epistula de delictis gravioribus*), dass Missbrauchsfälle unter das *Secretum Pontificium*, also in die „ausschließliche Kompetenz des Vatikans“, zu stellen seien. Dies führte - so Ranke-Heinemann, „zu einer ständigen Versetzung“ der päpöphilen Priester und damit zu einer gewohnheitsmäßigen Missachtung des Rechts. Die Anweisung hätten insbesondere die irischen Bischöfe befolgt.

Der Sachverhalt wurde mit Blick auf Deutschland durch einen Bericht bestätigt, den das bayerische Justizministerium dem Rechtsausschuss des bayerischen Landtags vorlegte. Nach Helmut Seitz, Abteilungsleiter Strafrecht des Ministeriums, seien manche Verdachtsfälle innerkirchlich seit langem bekannt gewesen, aber nicht angezeigt und stattdessen „intern geregelt“ worden. Auffällig gewordene Geistliche wurden

⁵ http://www.nzz.ch/nachrichten/international/fuenf_jahre_benedikt_xvi_ein_historischer_vertrauensverlust_1.5_448429.html

⁶ http://www.focus.de/politik/deutschland/tid-17295/uta-ranke-heinemann-der-papst-weint-krokodilstraenen_aid_481510.html

einfach an andere Orte versetzt.⁷

Mit dem Titel *Fünf Jahre Benedikt XVI. - ein historischer Vertrauensverlust* richtete Hans Küng am 15. April 2010 einen *Offenen Brief* an die deutschen Bischöfe, in dem der Missbrauchsskandal allerdings nurmehr den letzten Punkt eines langen Sündenregisters bildet. So habe Benedikt XVI. in den vergangenen fünf Jahren nicht nur die Annäherung der christlichen Konfessionen und der Weltreligionen hintertrieben, sondern die Texte des Zweiten Vatikanischen Konzils relativiert und „gegen ihren Geist“ interpretiert. Die Stichworte ‚Karfreitagsliturgie‘ und ‚Pius-Brüder‘ firmieren in diesem Zusammenhang nur ‚unter anderem‘. Der Papst habe „durch Ernennung antikonzipaler Chefbeamter (Staatssekretariat, Liturgiekongregation u. a.) und reaktionärer Bischöfe in aller Welt die antikonzipalen Kräfte in der Kirche gestärkt“. Man versuche in Rom durch „erneute barocke Prachtentfaltung und medienwirksame Manifestationen“ eine starke Kirche mit einem absolutistischen ‚Stellvertreter Christi‘ zu demonstrieren, „der legislative, exekutive und judikative Gewalt in seiner Hand vereint“. Die Kollegialität von Papst und den Bischöfen der Weltkirche sei zur Autokratie und die Bischöfe zu Statisten geworden. Küng ruft daher die deutschen Bischöfe - „in Gemeinschaft mit den anderen Bischöfen, den Priestern und dem Kirchenvolk, Männern und Frauen“ - zum selbstständigen Handeln auf, z. B. zum verabredeten Tolerieren verheirateter Priester oder zur Einberufung eines Reformkonzils oder einer repräsentativen Bischofsversammlung. Ähnlich äußert sich der renommierte Moraltheologe Dietmar Mieth: Es sei sinnlos, auf Reformen zu warten, vielmehr müsse die Kirche als Ganzes durch Ungehorsam gegenüber dem Vatikan Fakten schaffen. Der Pflichtzölibat gehöre abgeschafft, Frauen müssten zum Priesteramt zugelassen werden. „Wenn sich morgen fünf Bischöfe zusammentäten, um verheiratete Männer zu Priestern zu weihen, würde überhaupt nichts passieren. Im Gegenteil: Der Papst würde ihnen sogar nachlaufen.“⁸

⁷ <http://www.br-online.de/aktuell/kirche-und-missbrauch-DID1268906638345/kirche-missbrauch-landtag-ID1273139636242.xml>

⁸ http://www.swp.de/ulm/lokales/ulm_neu_ulm/art4329,474934

Tiefgreifende Reformen „weit über das Missbrauchsthema hinaus“ fordert auch Alois Glück, Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) und Co-Präsident des Münchner Ökumenischen Kirchentages vom Mai 2010⁹. Die Kirche könne „nicht über staatlichen Strafgesetzen stehen“. Bisher glaubten viele, die Kirche müsse „solche Dinge zu ihrem eigenen Schutz intern regeln und den Staat außen vor halten“. Stattdessen müssten die Opfer im Mittelpunkt stehen, nicht ein „fälsch verstandener Schutz der Institution“¹⁰.

Noch am 23. Februar 2010 hantierte der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, mit einem Ultimatum: Er sprach von einer „schwerwiegende(n) Attacke auf die katholische Kirche“, als Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger kritisierte, die Kirche arbeite bei Verdachtsfällen mit den Strafverfolgungsbehörden nicht konstruktiv zusammen¹¹. Erst im April kam es zur Verständigung: Zollitsch musste die bisherige kirchliche Position räumen und stimmte nun zu, stets müssten die Opfer im Mittelpunkt stehen und die Kirche müsse bei Missbrauchsverdacht staatliche Behörden einschalten.¹²

Von ganz oben, auf seinem Flug nach Portugal zur Marienwallfahrtsstätte Fátima am 12. Mai 2010, bestätigte Benedikt XVI. die paradigmatische Unterwerfung der Kirche unter irdisches Recht: „Die Vergebung ersetzt nicht die notwendige Gerechtigkeit“¹³. Der Fall Walter Mixa brachte die deutsche Bischofskonferenz allerdings in noch weitergehenden Zugzwang: Mit dem ungewöhnlich harten Vorgehen durch Zollitsch und den Münchner Erzbischof Reinhard Marx¹⁴ gegen Mixa gab es eine weitere Zäsur.

Von diesen Schritten in die Richtung einer dezentralen Verantwortungskultur in der Weltkirche gibt es wohl keinen Weg zurück. Dass in der jetzigen historischen Schiefelage der Kirche („wie zuletzt zu Luthers Zeiten“¹⁵) die entscheidenden Impulse gegen die Restauraionspolitik des ersten deutschen Papstes aus Deutschland kommen, hat den deutschen Katholizismus nun doch in die Rolle des Vorreiters gehievt.

⁹ <http://www.welt.de/politik/deutschland/article7273311/Alois-Glueck-Kirche-steht-an-einem-Scheideweg.html>

¹⁰ Alpha-Forum des Bayerischen Rundfunks am 10. Mai 2010

¹¹ <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/0,1518,679836,00.html>

¹² <http://www.abendblatt.de/politik/article1459738/Leutheusser-Schnarrenberger-und-Zollitsch-legen-Streit-bei.html>

¹³ <http://www.welt.de/die-welt/politik/article7591798/Papst-Benedikt-prangert-sexuellen-Missbrauch-an.html>

¹⁴ Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 25. April 2010, S. 3, und vom 2. Mai 2010, S.10

¹⁵ <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article7533969/Mixa-Krise-ist-mit-dem-Ruecktritt-nicht-ausgegangen.html>

„Was Johannes Paul II. einst als Sprengsatz gegen den Ostblock wandte, die Forderung nach Transparenz und Demokratisierung, und was dort als *Glasnost* und *Perestroika* fortwirkte, liegt nun auf den Stufen des Petersdoms.“



Wellnessdiskurse

Alltagsbewältigung im Zeitalter neoliberaler Rationalität*

„Bouttech-Übungen, Schlamm bäder, mal ein Schlückchen Wasser zwischendurch – gerne auch mit einem Spritzer Zitrone, warum nicht mal richtig über die Stränge schlagen? –, anschließend ein entspannender Marathon entlang alter Gemäuer mit dem Charme vergangener Monarchien. An lauen Sommertagen können hier im abendlichen Schlossgelb der untergehenden Sonne noch traditionelle Streckbänke und spanische Stiefel bewundert werden. Bereits seit dem Mittelalter sorgen die Herren dieser Welt für wunderbare Wohlfühlwelten, in denen die Bewohnerinnen einfach mal die Füße baumeln und den Alltag für unbestimmte Zeit vergessen konnten.“

So oder so ähnlich wird allerorten für Wellnessangebote geworben. Ob im Supermarkt oder am Kiosk – überall warten Wohlfüh-

* Dieser Artikel wurde von Daniel Alings, Jonas Barth, Mathis Eckelmann, Imogen Feld, Philipp Höfener, Martin Hünemann, David Kowalski, Marina Mohr verfasst. Seine Grundlage ist eine an der Phillips-Universität Marburg entstandene (unveröffentlichte) Forschungsarbeit. Hierfür wurde eine an den Duisburger Ansatz angelehnte Diskursanalyse von Wellnesszeitschriften durchgeführt. Darüber hinaus wurden Wellnessbetreibende bzw. - anbietende interviewt.

lerlebnisse für nur wenig Geld. Die Produktpalette ist ebenso umfassend wie die Techniken, die gewählt werden können, um ein zufriedenes und glückliches Leben zu führen. Zu fragen ist deshalb, welchen gesellschaftlichen Stellenwert Wellness heute einnimmt. Die Beschäftigung mit dem Wellness-Diskurs zeigt, dass Wellness als Teil biopolitischer Aktivierungsstrategien begriffen werden kann: Spa-Bad, Kneippkur und Waldspaziergänge lassen sich so im Spannungsfeld ökonomischer Anforderungen und den Subjekten überantworteten Strategien ihrer Bewältigung verorten.¹

¹ Hierin liegt auch das spezifisch Neue des Diskurses begründet. Weder die Freizeit, als Raum der Reproduktion der Arbeitskraft, noch die angewandten Techniken sind neu (so entwickelte bspw. Sebastian Kneipp seine Wasseranwendungen im 19. Jh.). Das Neue an Wellness besteht in dessen neoliberaler Ausrichtung. *Durch* Wellness werden die Anwendenden in die Lage versetzt, auf dem Marktplatz der Gesellschaft auf verschiedenen Ebenen gegeneinander zu konkurrieren und permanent an sich selbst zu arbeiten. Unsere Argumentation verläuft dabei nicht genealogisch, sondern zeigt lediglich die Verwobenheit von Wellness mit neoliberalen Deutungsmustern als Sachverhalt für die Gegenwart auf.

Mit Wellness in den Alpha-Zustand

Das dem Wellnessdiskurs zugrunde liegende Menschenbild besteht in der Trinität aus Körper-Seele-Geist. Diese seien in einem gewissen „Alpha Zustand“ in einer „ursprünglichen Harmonie“ gewesen, dessen Gleichgewicht durch diverse schädliche Einflüsse zerstört wurde. Aber durch Wellness werden den Menschen neue Mittel und Wege an die Hand gegeben, diesen paradisiatischen Zustand wieder herzustellen. (SZ: Wohlfühlen, 04/2007: 30)

Dabei stehen Körper, Seele und Geist in einem Ausgleichsverhältnis zueinander: Die Förderung eines Elements verstärkt die anderen Elemente; ist ein Element gestört, werden auch die anderen geschwächt. Ziel ist die Wiedererlangung des Gleichgewichts zwischen diesen drei Elementen. Folgerichtig wird angeraten, sich allen drei Bestandteilen zu widmen: „Für Gesundheit und Fitness ist seelischer Ausgleich und mentale Entspannung wichtig.“ (SZ: Wohlfühlen, 2/2007: 39) Innerhalb dieses Referenzsystems ist es somit ein Irrglaube, dass es ausreichen würde den Körper zu trainieren, um körperlich gesund zu sein. „Gesund sein –



Siegfried Jäger / Jens Zimmermann
hg. in Zusammenarbeit mit der Diskurswerkstatt im DISS

**Lexikon Kritische Diskursanalyse
Eine Werkzeugkiste**

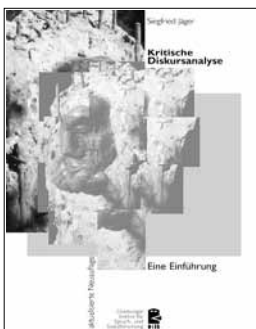
Edition DISS Bd. 26
ISBN 978-3-89771-755-8
144 S., 16 €

Diskursanalyse (-theorie) im Allgemeinen und die Kritische Diskursanalyse im Besonderen gehören mittlerweile zum theoretischen und methodischen Kanon der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung.

Das Begriffslexikon will den aktuellen Stand der Kritischen Diskursanalyse (KDA) theoretisch, methodisch und begrifflich erfassen. Es präzisiert Begrifflichkeiten und bietet darüber hinaus als Nachschlagewerk Hilfestellungen für konkrete empirische Arbeiten sowie Anregungen für die weitere theoretische Diskussion.

Die Diskursanalyse setzt sich interdisziplinär kritisch mit gesellschaftlichen Deutungs- und Wirklichkeitsproduktionen auseinandersetzen und ermöglicht es, Gegenstrategien zu hegemonialer Politik zu formulieren.

Das Lexikon enthält über 200 Definitionen zentraler Begriffe. In einer Einleitung wird das zentrale Netz von Diskurstheorie und Diskursanalyse entfaltet, in dem sich diese Begriffe verorten lassen.



Siegfried Jäger
**Kritische Diskursanalyse
Eine Einführung**

5. Auflage
Edition DISS Bd. 3
ISBN 3-89771-732-8
404 S., 24 €

das wollen wir alle, aber nicht immer tun wir viel dafür. Dabei ist es so einfach, ein gesundes Leben zu führen. Mit einer bewussten Lebensführung – einer *Mischung aus Bewegung, Entspannung und Ernährung* – können Krankheiten und gesundheitliche Risiken vermieden und gesenkt werden“ (SZ: Wohlfühlen 2/2007, unsere Hervorh.). Wer dieses Ausgleichsverhältnis ignoriert, sich im Sinne des Diskurses irrational verhält, muss mit den Folgen leben: „Menschen, die von einer natürlichen und gesunden Lebensweise abweichen, werden (häufiger) krank“ (SZ: Wohlfühlen, 4/2006: 11).

Raum und Gegenraum

Doch was ist es, das dieses Gleichgewicht zerstört und die Individuen aus dem „Alpha Zustand“, dem Quell der Glückseligkeit, vertreibt?

Der Wellness-Diskurs antwortet einhellig: es ist der Alltag. Dieser ist der Gegenraum zu dem, was als Wellnessraum verstanden werden kann. In den Wellness-Zeitschriften ist es mal die „Enge der eigenen Behausung“ (SZ: Wohlfühlen, 3/2008), an anderer Stelle die „laute und schmutzige Großstadt“ (FAZ: Piazza Wellness, 2/2008), immer jedoch der „Stress und [die] Hektik des Alltags“ (SZ: Wohlfühlen, 3/2008). Das gilt auch für den Manager des Spabereichs eines 5-Sterne-Hotels. Herr Wagner², beschreibt seinen Alltag als „dunkel“, „kalt“ und „nass“. Widersprüchliche Anforderungen von Kundinnen, Mitarbeiterinnen und Vorgesetzten werden zur ständigen Belastung: „[...] wir haben ja hier achtzehn oder zwanzig Mitarbeiter und da ist man schon in einer Verantwortung, den Mitarbeitern gegenüber will man gerecht werden, [der] Direktion muss man gerecht werden. Man sitzt dazwischen, man hat viele Sachen, die man erledigen muss oder die einem vorgeschrieben werden, wo man mit leben muss, was man vielleicht nicht möchte.“ Doch damit nicht genug – er fühlt sich dabei auch noch „irgendwo allein“.

Manuela, eine überzeugte Wellnessanwenderin, äußert sich ähnlich, wenn sie in Bezug auf den Umgang mit ihrer dreijährigen Tochter sagt: „Dann stehe ich ja ständig in Beziehung, ich muss ständig auf sie reagieren und ständig hab ich so n Output.“

Auch Sabine, selbst Betreiberin eines kleinen Wellness-Salons, sieht die alltäglichen Beziehungen stark belastet und bezeichnet sie als wichtigen Grund für Wellnessaktivitäten. Ihre Kundinnen fühlten sich in ihrer alltäglichen Kommunikation „gar nicht wahrgenommen“, weil sich diese vor allem auf den „Austausch von Ware gegen Geld“ beschränke.

Zusammengenommen ist der Alltag eine anonyme, mies gelaunte, von Hektik und Stress geprägte, warenförmige Welt, in der es zu allem Überfluss auch noch regnet.

Wellness: bestimmt unbestimmt

Fluchtraum, rettender Gegenpart, ist die Wellnesswelt: „Gestresst taucht der Mensch in ihre Welt ein – und getröstet und erholt kehrt er daraus zurück, nach wenigen Stunden oder einigen Wochen.“ (SZ: Wohlfühlen, 3/2008)

Konstitutives Merkmal der Wellnesswelt ist somit ihre strikte Abgrenzung zu der die Subjekte erdrückenden Normalität der Alltagswelt. Damit ein Raum zu einem Wellnessort wird, muss all das ausgeschlossen werden, was mit dem Alltag in Verbindung gebracht wird: „Ich schließe hier ab, zieh das Telefon raus, Fernsehen wird nicht angemacht, ich mach mir halt meine Meditation oder meine Musik. Ich brauch ja keine Massage“. Wellness ist also *wesentlich* das, was Alltag nicht ist. Auch Manuela, die den ständigen „Output“ gegenüber ihrer Tochter als einen Grund nennt, Wellness zu betreiben, bestimmt Wellness negativ über das Gegenteil: „[...] dann muss ich *nicht* ständig auf irgendwelche Sachen reagieren, Gespräche führen [...]“. Was in diesem Zitat darüber hinaus anklingt, ist die grundsätzliche Unbestimmtheit von Wellness. Letztendlich müsse jede/r selbst wissen, was für ihn oder sie Wellness sei, „Jeder hat ein anderes Empfinden“. Eindeutig bestimmte Grenzen sind nicht auszumachen: „Jeder soll nach seiner Façon glücklich werden und das essen, was ihm schmeckt“ (Brigitte Balance, 03/2007: 40). Was bleibt, ist die Abgrenzung zum Alltag. Wo sich Herr Wagner im Alltag bevormundet fühlt, will er, wenn er Wellness betreibt, selbstbestimmt sein: „Ich möchte das dann auch selbst entscheiden. Und wenn ich dann Probleme habe, würde ich dann einfach fragen.“ Gerade die Unbestimmtheit des Konzepts Wellness qualifiziert es dazu, sich in neoliberale Diskurse und Verhältnisse einzupassen. Die durch diese Unbestimmtheit suggerierte individuelle Freiheit ist aber nur eine Wahlfreiheit innerhalb des Angebots. Jede/r darf sich selbst verwirklichen, solange diese Selbstverwirklichung in den Grenzen der diskursspezifischen Rationalität erfolgt.

„Das Maximale im Minimum an Zeit“

Doch was führt Menschen eigentlich dazu, irgendeinem ominösen „Alpha Zustand“ hinterher zu jagen? Welches Versprechen liegt diesem Streben zugrunde?

„Wellness ist Wohlbefinden, ganz kurz gesagt, einfach, nicht?“ Dieses „Wohlbefinden“, das der Spamanager auf die Frage, was Wellness sei, hervorhebt, verknüpft er mit seinem Bedürfnis, „eine Kraft [...] für die nächste Zeit“ zu sammeln. Das heißt aber, dass Wellness nicht allein auf „Wohlbefinden“ abzielt. Es geht um mehr: Das permanente Herstellen und Erhalten des Gleichgewichts zwischen Körper, Seele und Geist, das ständige Arbeiten an sich selbst soll zu einer Steigerung des eigenen Leistungsver-

2 Die Namen der Interviewten wurden geändert

mögens führen und damit zur Anpassung an eine neoliberale Rationalität.

So schildert etwa Manuela den Eindruck, sie müsse „immer so dran bleiben“. Dass es dabei um die Zurichtung anhand ökonomischer Kriterien geht, wird deutlich, wenn Sabine vorrechnet, dass der „Benefit“ von Wellness gegenüber medizinischen Anwendungen größer sei: Benefit ist also „der Erfolg, also das, was die mitnehmen, was der Kunde mitnimmt, [der] größer ist, weil hier der Zeitrahmen auch jeder Behandlung auch wichtig ist, um in diesen Entspannungsmodus überhaupt zu kommen. Was verordnet ist, was gesagt wird, [...] das ist ne andere Angehensweise und hier wenn der Kunde hierherkommt für 50 Minuten, das Minimum ist 30 Minuten, der Körper auch in den Moment kommt, wo er wirklich die Entspannung erfährt.“ Ziel sei das „[...] Maximale im Minimum an Zeit [...]“. Um im Alltag zu bestehen, konkurrenzfähig zu sein und widerstreitenden An- und Überforderungen gerecht zu werden, bietet

„Der Wellness-Diskurs suggeriert somit völlige Freiheit und Individualität und passt dadurch die Einzelnen umso effektiver an eine neoliberal geprägte kapitalistische Rationalität an.“

Wellness ein integrierendes Konzept, das diese Ansprüche übersteigt und den Rezipientinnen zu einem konsistenten Selbst verhilft, so „[...] dass das den Kunden dahin bringt, tatsächlich ne Selbst, ne Selbsterfahrung auch zu haben und n Selbstbedürfnis zu entwickeln, das machen zu wollen.“ Die Verantwortlichkeit, sowohl für die Sorge um sich Selbst, als auch für das grundsätzliche Gelingen des Wellness-Projekts, bleibt dabei zwangsläufig individuell verhaftet. Hierfür ist die inhaltliche Unbestimmtheit von Wellness zentral. Völlig frei und selbstbestimmt sollen sich die Subjekte entfalten. Die Selbstbestimmung geht jedoch nur so weit, wie sie sich der zugrundeliegenden Kosten-Nutzen-Rationalität anpasst. Die Individuen sind in dem Maße selbstbestimmt, in dem sie entscheiden können, welche Mittel und Wege sie wählen, um dem als präskriptive Norm fungierenden Menschenbild zu entsprechen. Körperliche Gesundheit, Zufriedenheit und ökonomischer Erfolg sind gleichsam der Lohn für diese Mühen: „Körperlich aktive Menschen sehen daher nicht nur frischer aus, sondern sind auch im Alltag belastbarer und fühlen sich besser“ (SZ: Wohlfühlen, 2/2007). Die

Abfolge von Kosten-Nutzen-Kalkulationen bleibt von den Wellnessnutzerinnen als ein sich selbst verstärkender Kreislauf in der Regel unerkannt. Vielmehr erscheint Wellness paradoxerweise als Ausweg: Auch wenn es egal ist, welche Mittel zur Erreichung des Zwecks („Gesundheit, Zufriedenheit und ökonomischer Erfolg“) eingesetzt werden, so unterliegt der Zweck einem ökonomischen Kalkül, das den effizienten Einsatz der Mittel vorschreibt. Auf die Erfüllung des Wellness-Zwecks, d.h. auf die erfolgreiche Arbeit am „Alpha-Zustand“, folgt das nächste alltägliche Zweckbestreben und damit die erneut ins Wanken geratene Körper-Seele-Geist Harmonie: das Rad dreht sich weiter und weiter.

Der Wellness-Diskurs suggeriert somit völlige Freiheit und Individualität und passt dadurch die Einzelnen umso effektiver an eine neoliberal geprägte kapitalistische Rationalität an. Die Verantwortung für den allgegenwärtigen Verwertungszwang und die ständige Belastung wird, obwohl es ein gesellschaftliches Phänomen ist, in das Individuum verlagert und dort durch den Wellness-Diskurs behandelt. Der Stress und die Belastung sind real, doch die „Widerstandsstrategien“, die der Wellnessdiskurs anbietet, stehen dem Elend nicht entgegen. Ist Freizeit im Kapitalismus schon immer vor allem Reproduktionszeit, tendiert der innere Zwang zur Arbeit an sich selbst dazu, noch die letzten Bruchstellen dieser Realität zu kitten. Das Gleichgewicht zwischen Körper, Geist und Seele ist ein ständiger, nie abzuschließender Prozess, der vor allem eines als Produkt auswirft: einen leistungsfähigen, belastbaren und produktiven und damit verwertbaren Menschen.

Die Adaption dieser Rationalität erfolgt aber nicht immer reibungslos: Kritisch merkt die überzeugte Wellnesanwenderin Manuela an, dass die Medien zu stark den „Körperkult“ betonten und wie gut das zu „diesem ganzen individualisierten Denken, das man heute hat“, passe. Weitergehend kritisiert sie das grundlegende Prinzip, der Druck ständig am Ball zu bleiben, wird ihr zu viel: „dass man möglichst irgendwie die ganze Zeit, mit sich beschäftigt ist, so dass man 150-prozentig gut funktioniert und dazu gehört natürlich ein total gut funktionierender Körper und ein super Aussehen“. Diese Leistungsanforderung zu erfüllen ist unmöglich, kann aber auch nicht ignoriert werden. Wie kann unter Anerkennung des Wellnessdiskurses damit umgegangen werden? Indem versucht wird, Anforderungen des Diskurses nuanciert zu verschieben: „Also das ist dann mein persönliches Wellnessprogramm, dass ich dann zum Beispiel auch gut esse.“



Frank Wichert
Der Vorbildliche Mann. Die Konstituierung moderner Männlichkeit durch hegemoniale Print-Medien
 Edition DISS Bd. 7
 ISBN 3-89771-736-0
 212 S., 16 €
 Die Untersuchung zeigt, dass und wie der Mediendiskurs an der Produktion moderner Männlichkeit beteiligt ist.



Angelika Magiros
Kritik der Identität. »Bio-Macht« und »Dialektik der Aufklärung - Werkzeuge gegen Fremdenabwehr und (Neo-)Rassismus
 Edition DISS Bd. 5
 ISBN 3-89771-734-4
 284 S., 18 €
 Foucaults Geschichte der Bio-Macht und die aufklärungskritische These Horkheimers und Adornos repräsentieren höchst unterschiedliche Traditionen der Moderne-Kritik. Doch treffen sie sich in einem Punkt. Die packend geschriebene Studie zeigt, dass und wie dieser gemeinsame Kern für eine Analyse moderner Formen von Fremdenfeindlichkeit fruchtbar gemacht werden kann.

Das Wahrheitsregime prekärer Verhältnisse

Niels Spilker

Ein viel diskutierter und aus meiner Sicht sinnvoller theoretischer Anknüpfungspunkt für die Analyse und die Kritik der gegenwärtigen Gesellschaft ist der Begriff der Gouvernamentalität, wie ihn Foucault in seinen Arbeiten Ende der 1970er Jahre skizziert. (Vgl. Foucault 2004a+b) Foucault untersucht hier Machtbeziehungen unter dem Blickwinkel der Führung, als eine Art und Weise, das Handlungsfeld von Subjekten zu strukturieren und zu beeinflussen. Der Begriff der Regierung ist ein umfassender, er bezieht sich auf Institutionen und Praktiken, mittels derer Menschen ‚gelenkt‘ werden. Eine Regierungsweise umfasst als diskursives Feld, auf dem die Ausübung von Macht „rationalisiert wird“ (Thomas Lemke), Wissensformen, Machttechnologien und Subjektivierungsmodi gleichermaßen. Die Machtanalyse von Foucault in Überwachen und Strafen befasste sich mit Institutionen des Zwangs, mit Diskursen und Apparaten, die auf die Unterwerfung des Subjekts zielen. Der Begriff der Regierung relativiert diesen Aspekt der Unterwerfung, indem Regierung als Kontaktpunkt zwischen Fremd- und Selbstführung aufgefasst wird. Foucault geht also davon aus, dass es freier, nicht unterworfenen Subjekte bedarf, dass aber die Freiheit in bestimmten Bahnen verläuft, die an die Ziele einer Regierung gekoppelt sind. Regierung im Sinne Foucaults operiert also nicht ausschließlich und notwendig über Verbote, sondern auch und gerade durch die Macht, Subjekte zu einem ganz bestimmten Handeln zu bewegen, ihr Handlungsfeld zu bearbeiten.

Ein Leben als AG

Eine Artikulationsform der gegenwärtigen diskursiven Ordnung ist das schillernde Genre der Selbsthilfe- und Ratgeberliteratur. Titel wie „Führen, Leisten, Leben. Wirksames Management für eine neue Zeit“ von Fredmund Malik (2001) oder „Die andere Ich AG – Führen sie sich selbst wie ein erfolgreiches Unternehmen!“ von Nicolette Strauss (2003) entwerfen eine spezifische Figur von Subjekt: das innovative, flexible, risikobereite unternehmerische Selbst. Die Grundfrage, der sich Subjekte stellen sollen, lautet demnach: „Wie aber baut man sich als Marke auf – ohne künstlich, affektiert, unsympathisch, angeberisch oder dressiert zu wirken?“ (Strauss 2003: 53) Die Ratgeber problematisieren vornehmlich eine mangelnde Bewegung bzw. Beweglichkeit der Subjekte. Strauss empfiehlt jeder Ich AG bspw. die Installation eines „Innovationsvorstands“, „sonst zieht die Konkurrenz vorbei“ (Strauss 2003: 139). Der Erfolg der Ich AG zeigt sich auf dem



allgegenwärtigen Markt, also in Relation zu konkurrierenden AGs. Kollektivsymbole und Orientierung bietende Topiken zeichnen den Umgang mit dieser Konkurrenz als sportlichen Wettkampf. Den Verliererinnen bleibt lediglich der Blick in die Zukunft, die Konzentration auf das nächste Kräfteressen, die Überlegung, ob individuelle skills und competencies das geforderte Honorar denn wirklich rechtfertigen sowie zwei sportliche Aufmunterungen zur Selbstoptimierung: The winner takes it all. Und: Dabei sein ist alles.

Von Subjekten, die auf dem Markt agieren, fordert das Gouvernament neben Nüchternheit und Realismus auch gute Laune. Der erfolgreiche Umgang mit Risiken ist dabei das Resultat von positivem Denken. Fredmund Malik schreibt: „Positives Denken erfüllt [...] eine bedeutsame Funktion. Es ist die Grundlage, um die Chancen zu sehen und sich von letztendlich selbstauferlegten Abhängigkeiten von seinen Stimmungslagen zu befreien.“ (Malik 2001: 163) Positives Denken sollte also trainiert werden. Allen diesen Trainingsprogrammen liege, so Malik weiter, ein spezielles Grundmuster zugrunde: „mentale Selbstbeeinflussung als Voraussetzung für physische und psychische Höchstleistungen“. Alle Menschen, die Höchstleistungen bringen, alle „Grenzgänger“ denken positiv und wissen, „dass die Grenzen jedes Menschen zuerst und vor allem im Kopf bestehen und dass sich diese Grenzen verschieben lassen“ (Malik 2001: 161).

Den innovativen und risikobereiten homo oeconomicus beschreibt Foucault bereits in seinen Vorlesungen zur Gouvernamentalität

als den zentralen Referenzpunkt neoliberalen Denkens. Er ist „für sich selbst sein eigenes Kapital, sein eigener Produzent, seine eigene Einkommensquelle“ (Foucault 2004b: 314). Diese Verallgemeinerung der ökonomischen Form hat mit Blick auf die Subjekte eine umfassende Analysefunktion, indem Handlungen, individuelles Verhalten und soziale Beziehungen innerhalb eines ökonomischen Wahrheitsregimes beurteilt werden. Individuelles (und staatliches) Handeln wird anhand eines ökonomischen Rasters normalisiert. Diejenigen, die das nicht anerkennen, mögen zwar oft „feinsinnige und kultivierte Menschen“ sein, stehen aber „ein bisschen neben den Realitäten“ (Malik 2001: 79).

Diskursive Ordnung im flexiblen Kapitalismus

In welchen gesellschaftlichen Verhältnissen können solche Regierungsweisen überhaupt wirkmächtig werden? Wie ist bspw. der Zusammenhang zur Transformation der Arbeit? Warum sind neue Technologien der Führung überhaupt relevant? Anders als es in vorliegenden Studien einer neoliberalen Gouvernamentalität geschieht,¹ sollte m. E. die von Foucault inspirierten Machtanalyse gesellschaftstheoretisch kontextualisiert werden. Hierfür finden sich Anknüpfungspunkte beim Regulationsansatz – einer kritischen und aktualisierten Weiterführung der Marxschen Theorie.² Strukturelle Bedingungen, ihre institutionellen Formen

¹ Vgl. exemplarisch Bröckling 2007.

² Vgl. z.B. Hirsch 2002 und Brand / Raza 2003.

und Veränderungen werden hier als historisch-spezifisch und umkämpft gefasst.

Der Fordismus als eine historische Form von Arbeitsgesellschaft gerät demnach in den 1960 und 1970er Jahren in eine grundlegende Krise. Das fordistische Fabrikregime wird von den Arbeiterinnen bekämpft und erscheint – z. T. sicherlich auch noch aus anderen Gründen – auch den politisch und ökonomisch Herrschenden zunehmend als unzeitgemäß. Das gegenwärtige, marktzentrierte Produktionsmodell steht insofern auch für eine umkämpfte Neuformierung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens. Die Kapitalmobilität hat sich zudem, verglichen mit der fordistischen Formation deutlich erhöht. Politische Strategien der Deregulierung ermöglichen es Konzernen, im Rahmen des ‚global sourcing‘ Arbeitskräfte zu vergleichen, vor allem hinsichtlich ihrer Kosten. Ziel ist eine Verbilligung der Ware Arbeitskraft im globalen Wettbewerb der Standorte. Gleichzeitig ändert sich die Arbeitsorganisation z. T. grundlegend. Im Kontext einer flexiblen Produktion, d.h. einer schnellen Anpassung der Produktionsbedingungen an die veränderbaren äußeren Umstände, erlangen Wissen und Subjektivität der Arbeiterinnen eine neue Bedeutung. Wissen meint hier Problemlösungskompetenz und das Schaffen von Innovation. Die Arbeitskraft soll als autonome, anpassungsfähige Wissensträgerin funktionieren. „Veränderung wird zur Routine“ (Klaus Dörre) – die Beweglichkeit der Konzerne spiegelt sich in den Arbeitsverhältnissen.

Der Begriff der Prekarisierung bringt in diesem Zusammenhang eine gesellschaftliche Tendenz auf den Punkt. Er verweist auf die allgemeine Senkung des Niveaus der sozialen Rechte, auf die Ausweitung des Niedriglohnsektors und die Durchsetzung neuer Formen der Lohnarbeit. Neueinstellungen vollziehen sich heute hauptsächlich in ‚atypischen‘ Beschäftigungsverhältnissen, und auch auf Festangestellte wirkt die alltäglich erfahrbare Konkurrenz disziplinierend. Der Markt wird zur dominanten Erfahrung. Die

Zone sozialer Unsicherheit weitet sich aus, gleichzeitig zerfällt die Leitfigur der fordistischen Ära: der männliche, unbefristet und vollzeitig erwerbstätige, tariflich entlohnte, sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer.

Die Regierung der Prekarität

Damit sind die Anwendungsbedingungen für das in der Ratgeberliteratur deutlich werdende Macht-Wissen grob skizziert. Ungewissheit und Unsicherheit sind die zentralen Bezugspunkte einer postfordistischen Gouvernementalität. Die Regierung der Prekarität ist aus unterschiedlichen Strategien und Techniken der Aktivierung, der Disziplinierung, der Entrechtung und der Ausbeutung zusammengesetzt. Ihre Technologien und Dispositive zielen auf einen produktiven Umgang mit Risiken, einen Umgang im Sinne der Regierung. Sie bilden dabei kein einheitliches Programm; eine Regierungsweise existiert als ein Nebeneinander verschiedener Macht- und Herrschaftstechniken. Ihre Erfindung ist in den Worten Foucaults nicht zu verstehen als plötzliche Entdeckung. „[s]ondern als eine Vielzahl von oft geringfügigen, verschiedenartigen und verstreuten Prozessen, die sich überschneiden, wiederholen oder nachahmen, sich aufeinander stützen, sich auf verschiedenen Gebieten durchsetzen, miteinander konvergieren – bis sich allmählich die Umriss einer allgemeinen Methode abzeichnen.“ (Foucault 1977: 177)

Ausgangspunkt ist vielerorts die gezielte Zerstörung bestehender Praxen, Denkweisen und Routinen sowie etablierter Raum- und Zeitmuster. Staatlichkeit verändert sich radikal. Mit der wohlfahrtsstaatlichen Periode verbindet die Regierung der Prekarität das Bild der Bevormundung, der Lähmung, Passivität und Bequemlichkeit der Subjekte sowie das in ihrer Sicht falsche Versprechen der Planbarkeit und Langfristigkeit. Ziel der von mir beschriebenen Technologien der Führung ist – darin sind sie mit den Apparaten der Disziplinierung vergleich-



Niels Spilker

Die Regierung der Prekarität Zur neoliberalen Konzeption unsicherer Arbeitsverhältnisse

ISBN: 978-3-89771-756-5, ca.

160 S., ca. 18 €

Erscheint voraussichtlich August 2010

Edition DISS Band 27

Wie genau entwerfen Erfolgsratgeber das unternehmerische Selbst? Wie wird Menschenführung in prekären Arbeitsverhältnissen konzipiert? Und in welchen gesellschaftlichen Verhältnissen können diese neuen Technologien der Regierung überhaupt wirkmächtig werden?

Niels Spilker untersucht Subjektivierungsformen im Postfordismus. Die Begriffe Regierung und Gouvernementalität dienen dabei als Scharnier, welches die hegemonietheoretischen Arbeiten des Regulationsansatzes und die Machtanalyse Foucaults verbindet. Kritisch anknüpfend an die Arbeiten der *governmentality studies* untersucht er den Diskurs der Führung und des Selbstmanagements im Kontext seiner Aneignungs- und Anwendungsbedingungen.

Prekarisierung als „zum allgemeinen Dauerzustand gewordene Unsicherheit“ (Bourdieu) legt die vorgestellten Technologien der Fremd- und Selbstführung nahe und plausibilisiert das Diktat der Optimierung, der Flexibilität und des individuellen Erfolgs. Gleichzeitig verwickelt sie Subjekte reihenweise in Probleme. Es entsteht also eine neue Architektur der Macht. Und es entstehen neue Risse, potentielle Brüche und somit auch Anknüpfungspunkte für Widerspruch und Widerstand.





Rolf van Raden
Patient Massenmörder
Der Fall Ernst Wagner und die biopolitischen Diskurse
 Edition DISS Bd. 25
 ISBN: 978-389771-754-1
 184 S., 24 €

1913 tötete Ernst August Wagner seine Frau, seine vier Kinder, neun weitere Personen und verletzte elf Personenschwer. Bis 1938 fristete er sein Leben in einer psychiatrischen Anstalt. Robert Gaupp, Leiter der Universitätsnervenklinik Tübingen, machte Ernst Wagner zu seinem Fall und entwickelte an ihm die Lehre von der echten Paranoia. Als Befürworter von Eugenik, Rassenhygiene und Zwangssterilisation forderte er schon 1920 die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“. Rolf van Raden untersucht das Geflecht damaliger biopolitischer Diskurse. Erstmals werden die den Fall bis heute begleitenden Schriftdokumente aus Presse, Politik und Wissenschaft erfasst und kritisch kommentiert.

„Indem der Autor die Diskurse über Krankheit, Verbrechen, Schuld und Geisteskrankheit bis in die Gegenwart nachverfolgt, zeigt er: Noch immer wird die vor den Gefahren zu schützende Gesellschaft als quasi-biologischer Organismus gedacht.“ (Bochum alternativ 3.10.2009)

DISSkursiv-Blog

Neben DISS-Journal und der edition DISS im Unrast-Verlag wagen sich die schreibwütigen Mitarbeiterinnen des Instituts als auf einem dritten Publikationsweg ins Web 2.0. Im Weblog www.disskursiv.de finden sich neben aktuellen Informationen zur Arbeit des DISS auch Kurzinfos, Rezensionen, Meinungsbeiträge und Glossen. Auch Gastautorinnen kommen zu Wort, und wir verweisen auf interessante Netzfundstücke, die uns bei unserer Arbeit begegnen.

bar – die „gesteigerte Tauglichkeit“ und die „vertiefte Unterwerfung“ (Foucault 1977: 177). Anders als innerhalb fordristischer Gouvernamentalität werden hierbei allerdings individuelle Handlungsspielräume in Arbeitsverhältnissen gerade nicht systematisch beschnitten oder vorgefertigt, sondern im Gegenteil erweitert und freigestellt. Die Autonomie der Beschäftigten wird innerhalb postfordistischer Arbeitsverhältnisse nutzbar gemacht.

Das postfordistische Unternehmen verlangt die Verfügbarkeit heterogener, subjektiver Arbeitsressourcen und gegebenenfalls deren spontane Anpassung. Sie werden reduziert auf ihre Kompatibilität mit den flexiblen, unsteten Arbeitsprozessen des postfordistischen Produktionsmodells. Hier können sie „in jedem Augenblick, gemäß der jeweils vom Standpunkt der Kosten und der Arbeitsgeschwindigkeit für am effizientesten gehaltenen Mix beliebig neu zusammengesetzt werden“. (Revelli 1999: 81)

Zur Wirkung postfordistischer Regierungsweisen

Die Entgrenzung der Arbeit hinsichtlich Zeit, Stress und Intensität ‚begleitet‘ die Nahelegungen der postfordistischen Regierung im Prozess der Selbstkonstitution. Der Druck prekärer Arbeitsverhältnisse plausibilisiert das Diktat der Optimierung, der Flexibilität und des individuellen Erfolgs. Die von mir zitierten Beispiele sind insofern Handbücher für den in der Sicht des Gouvernements vernünftigen Umgang mit gestiegenen Anforderungen und Konkurrenz. Nur vor dem Hintergrund prekärer Lebens- und Arbeitsverhältnisse kann diese Rationalität überhaupt gesellschaftlich relevant werden.

Die Zumutungen einer postfordistischen Gouvernamentalität dürfen wiederum nicht mit ihrer Erfüllung verwechselt werden. Sie bilden Nahelegungen, die Prämissen subjektiver Handlungen werden können. Diese Programme schaffen keine Wirklichkeit, sind aber durchaus wirkmächtig. Sie sind nicht auf Spezialdiskurse mit geringer Reichweite beschränkt, sondern m. E. weit verbreitet im Alltagswissen. Die hier nur grob umrissenen Machttechnologien

wirken auf Subjekte, indem sie Fragen nahelegen und anstacheln, indem sie durch Kollektivsymbole Anknüpfungspunkte für eine subjektive Normalisierung liefern, indem sie Ängste der Denormalisierung schüren. (Vgl. Link 2009: 351ff.) Das Spektrum möglicher subjektiver Positionierungen wird durch postfordistische Regierungsweisen (durchaus strategisch) eingegrenzt, beschränkt, bearbeitet. Sie dienen als umkämpfte Praktiken der Transformation der diskursiven Ordnung der Gesellschaft, disqualifizieren bspw. kollektive Auseinandersetzungen der Gewerkschaften, fordern und fördern das unternehmerische Selbst. Sie stehen demnach für den machtmittelten Versuch der Institutionalisierung eines neuen gesellschaftlichen Wahrheitsregimes in Bezug auf Arbeitsverhältnisse, eines neuen „Arbeiter- und Menschentypus“ (Gramsci).

Literatur:

- Brand, Ulrich / Raza, Werner 2003: Fit für den Postfordismus?: Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes, Münster
- Bröckling, Ulrich 2007: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt a. M.
- Foucault, Michel 1977: Überwachen und strafen: Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt a. M.
- Foucault, Michel 2004a: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernamentalität 1, Frankfurt a. M.
- Foucault, Michel 2004b: Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernamentalität 2, Frankfurt a. M.
- Hirsch, Joachim 2002: Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen, Hamburg
- Link, Jürgen 2009: Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird, Göttingen
- Malik, Fredmund 2001: Führen, Leisten, Lebens. Wirksames Management für eine neue Zeit, München
- Revelli, Marco 1999: Die gesellschaftliche Linke. Jenseits der Zivilisation der Arbeit, Münster
- Strauss, Nicolette 2003: Die andere Ich AG – Führen sie sich selbst wie ein erfolgreiches Unternehmen, Frankfurt a. M.



Arenen der Identität

Fußballkultur und Rassismus

Jens Zimmermann

Der 19-jährige Stürmer von Inter Mailand Mario Balotelli ist das größte Talent, das der italienische Fußball in den letzten Jahrzehnten hervorgebracht hat. Doch wenn er den Platz betritt, dann dauert es meist nicht lang, bis rassistische Gesänge und Rufe durch das Stadion hallen – auch von den eigenen Fans. Balotelli ist der Sohn ghanaischer Einwanderer und besitzt mittlerweile die italienische Staatsbürgerschaft. Was die Fans von Juventus Turin davon halten, konnte man beim Gastspiel der Interisti lautstark hören: „Es gibt keine schwarzen Italiener.“ In Italien ist man, was rassistische Fan-Ausfälle angeht, einiges gewohnt. Und auch auf dem Platz liegt die Hemmschwelle nicht gerade hoch. So entbot der Stürmer Paolo di Canio von Lazio Rom nach Toren regelmäßig den faschistischen Gruß und zeigte dabei seine „Dux“-Tätowierung – und auch der ehema-



Foto: colsart

lige italienische Nationaltorhüter Christian Abbiati plauderte in der *Gazzetta dello Sport* offen über seine Bewunderung für die faschistische Ideologie.

Solche offenen Bekenntnisse zu Rassismus und Faschismus kennt man hierzulande von Bundesligastars und Nationalspielern nicht. Hier bricht das Ressentiment eher abseits der Kameras aus. Zum Beispiel als die Spieler des jüdischen Fußballvereins TUS Makkabi Berlin bei einem Auswärtsspiel gegen den VSR Altglienicke antisemitisch beschimpft wurden. Erst im Frühjahr 2010 musste eine Begegnung der Bezirksklasse zwischen SV Mügeln/ Ablaß und Roter Stern Leipzig wegen homophober und antisemitischer Hassgesänge abgebrochen werden.

„Jude“ gilt auch in diversen Fanszenen längst als Schimpfwort. So entrollten die Fans von Energie Cottbus beim Spiel gegen Dynamo Dresden ein Plakat mit der Aufschrift „Juden“, wobei als mittiges D das Wappen von Dynamo eingesetzt wurde. Vor allem finanzkräftige Vereine wie Bayern München oder Vereine aus Städten mit einer ehemals großen jüdischen Gemeinde, wie Eintracht Frankfurt, werden als „Judenclub“ bezeichnet.

Beispielhaft sind auch die rassistischen Ausfälle nach dem Foul von Kevin-Prince Boateng an Nationalmannschaftskapitän Michael Ballack. Von der Bild-Zeitung bis hin zu den Internetportalen Facebook und

Youtube formierten sich Gruppen, in denen Boateng rassistisch diffamiert wurde und ihm eine bewusste Schwächung „unserer Nationalmannschaft“ vorgeworfen wurde. Diese Hetze folgte einer bestimmten Dramaturgie: Ghetto-Kid mit Migrationshintergrund aus dem Wedding versus Anführer der deutschen Nationalmannschaft und Fußball-„Arbeiter“.

Diese Seite des Fußballs wird beim medialen Spektakel der diesjährigen Weltmeisterschaft nicht präsent sein – Weltmeisterschaften gelten als transkulturelles Ereignis. Dass Sport, allen voran Fußball, auch ein zentrales Feld regressiver Identitätspolitik sein kann, haben die vergangene WM und ihr „Partypatriotismus“ gezeigt. Gerade im Fußball hat sich in den letzten Jahren durch zunehmend transnationale Wettbewerbs- und Wirtschaftsstrukturen ein komplexes Gefüge von Abwehrreaktionen entwickelt und auch der Fan als gesellschaftliches Individuum ist solchen Transformationen ausgesetzt. Das diffuse Gefühl subjektiver Desintegration sowie der versagte Wunsch nach Identifikation mit „seinem“ Verein ist potenzielle Ressource für eine Mobilisierung (extrem) rechter Einstellungsmuster. Statt legitimer Kritik an Sport- oder Vereinspolitik und deren ökonomischen Voraussetzung wird zunehmend auf eine für völkischen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus offene Rhetorik zurückgegriffen.

Dass der professionalisierte Fußball eine geeignete Arena für solche Versuche bietet hat jüngst die extrem rechte Monatszeitung *Deutsche Stimme* in ihrer März-Ausgabe bewiesen. In dem Artikel *Die Geschäfte des Herrn Z.* von Lutz Dessau wird der israelische Spielervermittler Pinhas Zahavi in



Foto: codelname

antisemitischer Manier als „Strippenzieher“ auf dem globalen Transfermarkt beschrieben. Zahavi ist aus Dessaus Sicht der Nutznießer aus der Globalisierung des Sports, vor allem aus dem Bosmann-Urteil¹, das „Überfremdung Tür und Tor“ öffnete. Der Artikel verbindet klassische antijüdische Stereotypen des „Kapitalisten“, „Zersetzers“ und „Verschwörers“ mit einer antisemitischen Deutung gegenwärtiger Prozesse des Profisports.

Sport im Allgemeinen und Fußball im Besonderen sind nicht a-politisch, sondern eingebettet in gesellschaftliche Strukturen und Dynamiken. Sportkulturen liefern affektiv stark aufgeladene Identitätskonstruktionen mit hoher Bindungskraft zwischen Verein und Fan. Darüber hinaus verknüpfen diese interdiskursiv konstruierten Applikationsvorlagen (nicht nur symbolisch) die Diskursebenen der Politik, Gesellschaft und des Sports. Sport- und Vereinskulturen können dementsprechend Foren diskursiver Ausgrenzung aber auch der Integration neuer Identitäten sein und so auch Ideengeber für eine plurale Gesellschaft werden.

¹ Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes aus dem Jahr 1995, nach der unter anderem die Beschränkung für ausländische Spieler in den Mannschaften aufgehoben wurde.



Foto: Lavimir

Die „Irrungen“ eines „Fehlgeleiteten“

Der Historiker Theodor Schieder und der Nationalsozialismus

Michael Lausberg

Nachdem Quellen über seine Tätigkeit in der NS-Zeit veröffentlicht worden waren, fand in den 1990er Jahren eine intensive Auseinandersetzung innerhalb der Geschichtswissenschaften über das Wirken des Historikers Theodor Schieder statt. In den letzten Jahren mehren sich die Tendenzen, Schieders Tätigkeit im „Dritten Reich“ zu entdämonisieren und damit zu relativieren. So bemerkte Hans-Ulrich Wehler: „Ich gebe mich nicht damit zufrieden die Sache (Schieders Wirken in der NS-Zeit, M.L.) so wie Aly und Schöttler zu betrachten und die Untersuchung 1945 abzubrechen. Das ist unbefriedigend. (...) Der Dreh- und Angelpunkt meines Argumentes ist, daß Conze und Schieder reflexiv gelernt, wobei dieses Urteil für viele strittig bleibt.“ (Wehler 2000a, 256) Michael Stürmer sagte: „Die Generation (...) also Conze, Schieder u.a. (...) kam aus den Brüchen von Weimar, im Bewußtsein des Kriegsendes, taumelte in die ‚völkische Revolution‘ und hatte wahrscheinlich so wenig Urteilsvermögen wie die meisten Akademiker. (...) Da sind sie halt – mehr oder weniger mitgeschwommen. (...) Sie haben sich verführen lassen – so sind Menschen.“ (Stürmer 2000, 362f.)¹ Dazu wird ein Dualismus zwischen dem jungen Schieder, der sich nach 1933 bereitwillig in den Dienst der nationalsozialistischen Ostpolitik gestellt hatte, und dem angeblichen Wandel zum demokratischen Vorzeigewissenschaftler nach 1945 konstruiert.² Solchen relativierenden Deutungsversuchen soll hier entgegengetreten werden.

Schieders Werdegang bis 1945

Zum 100. Geburtstag Schieders am 11.4.2008 erschien im Feuilleton der FAZ ein Artikel von Hans-Ulrich Wehler, in dem er eine Bagatellisierung des Wirkens Schieders in der NS-Zeit betrieb. Die Historikergeneration in der NS-Zeit seien „Fehlgeleitete“, die aber in der frühen Bundesrepublik ein „glaubwürdiges Engagement“ zeigen. Sie hätte aus den „Fehlentscheidungen ihrer jungen Jahre“ dank ihrer „Lernbereitschaft und Lernfähigkeit“ nach 1945 „produktive Konsequenzen“ gezogen. Wehler folgerte daraus: „Den Toten, deren gute Jahre wir

1 Und Lothar Gall, ehemaliger Schüler von Schieder, äußerte: „Natürlich gibt es Formulierungen in den Schriftstücken (Schieders, M.L.), die uns vorliegen, die besonders grell klingen, aber man müßte einmal genau sehen, wie sich das in den jeweiligen Kontext einordnet.“ (Gall 2000, 313)

2 So differenzierte Wehler in dem autobiographischen Werk „Eine lebhaftige Kampfsituation“ zwischen der Tätigkeit Schieders in der NS-Zeit und der Zeit nach 1945. (Vgl. Wehler 2006, 56ff.)

selbst miterlebt haben, schulden wir unverändert unsere Loyalität.“³

Schieder, der die Deportation mehrerer hunderttausend Polen zum „Aufbau einer gesunden Volksordnung“ und die „Entjudung Restpolens“ (Ebbinghaus / Roth 1992, 67f.) vorschlug, ein „Fehlgeleiteter“? Schieder, der nach 1945 die Aufarbeitung der eigenen Biographie unterließ und kein Bekenntnis der eigenen Schuld ablegte, besaß Lernbereitschaft und Lernfähigkeit? Verdient ein „Protagonist des Dritten Reiches“⁴ unsere Loyalität?

Die Tatsache, dass es einem Skandal gleichkommt, Schieder nach seinem Wirken im Nationalsozialismus einen Lehrstuhl an der Universität Köln zu geben, wird von Wehler in seinem Artikel geflissentlich übergangen. Theodor Schieder (1908-1984) war neben Werner Conze einer der einflussreichsten westdeutschen Historiker im postfaschistischen Deutschland.⁵ Schieder und Conze entwickelten sich zu „Säulenheiligen der modernen Zeit- und Sozialgeschichtsforschung in Deutschland.“ (Aly 1997, 153) Seit seiner Studienzeit war Theodor Schieder wie Werner Conze, Erich Maschke und Theodor Oberländer seit Ende der 1920er Jahre Mitglied in der bündischen Vereinigung „Deutsch-Akademische Gildenschaft“. (Vgl. Kellersohn 2004, 262) Dieses Netzwerk sollte und wollte die Karrieren seiner Mitglieder an den Hochschulen und innerhalb von Parteien oder Behörden vorantreiben. Die „Deutsch-Akademische Gildenschaft“ besaß vor allem gute Kontakte zum Lehrstuhl von Hans Rothfels im ehemaligen Königsberg, bei dem Werner Conze promovierte. Weiterhin gab es Verbindungen von Schieder und Oberländer „in die rechtsradikalen Kampf- und Geheimbünde in der Zwischenkriegszeit als auch in die größeren Interessenverbände des Grenz- und Auslandsdeutschtums hinein.“ (Haar 1997, 70f.) Schieders besonderes Interesse

3 <http://lesesaal.faz.net/wehler/pdf/wehler%20zu%20Schieder.pdf>

4 Aly, 1998, 13-27

5 Werner Conze (1910-1986) promovierte 1934 im ehemaligen Königsberg bei Hans Rothfels. Nach seiner Habilitation bekam er 1943 einen Ruf an die „Reichsuniversität Posen“, dem er aufgrund eines dauerhaften Einsatzes als Frontoffizier nur für wenige Wochen folgen konnte. Nach dem Ende des 2. Weltkrieges lehrte er in Göttingen, Münster und Heidelberg, wo er 1969/70 zum Rektor gewählt wurde. Conze arbeitete seit 1934 auf den Feldern der „Ostforschung“ und der völkisch geprägten „Volks- und Kulturbodenforschung“. In der NS-Zeit verlangte Conze „erbesundes Bauernrum als Blutquell des deutschen Volkes“ und forderte 1940 die „Entjudung der Städte und Marktflecken“ im besetzten Polen. (Vgl. Klee 2005, 96)

innerhalb der Geschichtswissenschaften galt dem Kampf gegen das als schwachvoll empfundene „System von Versailles“, das für Deutschland zu Gebietsabtretungen geführt hatte, so dass viele „Volksdeutsche“ außerhalb der deutschen Staatsgrenzen lebten. (Vgl. Kocka 2000, 344) Er sah in den Plebisziten und den Massendemonstrationen gegen die Umsetzung des Versailler Vertrages im Osten ein wichtiges Mittel der „Widerstandsbewegung des Osten gegen Versailles“. Schieder schrieb: „(...) Deutsche Volkskraft überwindet politisch und was entscheidend ist, von innen her Versailles: ein Mittel zur Niederhaltung und Spaltung deutschen Volkstums wird zu einem Mittel der Bewährung der Volksgemeinschaft.“ (Zitiert nach Mommsen 2000, 191)

Schieder promovierte 1933 in München bei Karl Alexander von Müller mit einer Arbeit über die „Kleindeutsche Nationalbewegung in Bayern von 1863-1871“. Im Vorwort der Druckfassung im Jahre 1936 verlangte er eine „stärkere Durchdringung der großdeutschen Bewegungselemente“ und eine „neue Deutung vom gesamtdeutschen historisch-politischen Denken her.“ Den „Anschluss“ Österreichs im Jahre 1938 empfand er als Erfüllung der „großdeutschen Hoffnungen“.⁶

Im Februar 1934 wechselte er an die Universität Königsberg, um dort bei Hans Rothfels seine Habilitationsarbeit zu schreiben. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch. Der seit 1926 als Professor an der Albertina lehrende Hans Rothfels wurde 1934 wegen seiner jüdischen Herkunft von seinem Lehrstuhl vertrieben.⁷

Dank eines Stipendiums der „Publikationsstelle Berlin-Dahlem“ konnte Schieder trotzdem im März 1934 mit seiner Habilitation beginnen. (Vgl. Rüsen 1993, 368) Im April 1935 wurde er Leiter der ostpreussischen „Landesstelle für Nachkriegsgeschichte“, die haushaltsrechtlich dem Geheimen Preussischen Staatsarchiv in Berlin unterstellt war. (Vgl. Fahlbusch 1999, 580.) In dem Programm des von Schieder gelei-

6 Wehler 2000b, 316. Die Dissertation wurde 1936 in erweiterter Fassung veröffentlicht: Schieder 1936.

7 Hürter / Woller (Hg.) 2005, 12. Die Person Hans Rothfels wurde in jüngster Zeit zum Gegenstand einer geschichtswissenschaftlichen Kontroverse. Dabei geht es darum, inwieweit der ultranationalistische Historiker während seiner Lehrtätigkeit einen Standpunkt vertreten hatte, der sich an die NS-Ideologie anlehnte. Aus der Veröffentlichung eines Briefwechsels geht laut Heinrich August Winkler hervor, dass Rothfels „beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl 1932 offenkundig für Hitler gestimmt“ habe. (DIE ZEIT vom 17. Dezember 2008, 64)



Theodor Schieder

teten Forschungsinstitutes wurde das „Arbeitsprinzip der kämpfenden Wissenschaften“, wie es der Nationalsozialismus vertrat, hervorgehoben. Im Rahmen der „Volksge-schichte“ solle der Kampf um den „Volksboden“, der „Volkstumskampf“ insgesamt im Zentrum der Arbeit stehen. (Wehler 2000b, 317) Im Mai 1937 trat Schieder in die NSDAP ein und wurde zum „Mitarbeiter im Hauptschulungsamt“ ernannt. Im Herbst 1939 begannen führende Wissenschaftler der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft und der Publikationsstelle Berlin-Dahlem, ihr gesamtes Wissen in einer Denkschrift über „die bevölkerungs- und siedlungspolitische Behandlung Polens zusammenzufassen.“ Das gebildete Gremium bestand aus sechs Personen der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft und Schieder als Vertreter der Publikationsstelle Berlin-Dahlem. Schieder verfasste bis zum 7.10. 1939 eine erste Skizze über „Siedlungs- und Volkstumsfragen in den wiedergewonnenen Ostprovinzen.“ (Ebbinghaus /Roth 1992, 67f.) Angelika Ebbinghaus und Karl Heinz Roth edierten im Frühjahr 1992 dieses „bevölkerungspolitische“ Geheimgutachten. Aus dem Gutachten geht hervor, dass Schieder die Deportation mehrerer hunderttau-

send Polen befürwortet und sich für die „Entjudung Restpolens“ ausgesprochen hatte. (Aly 2000 163) Schieder sprach in seiner Schrift von der „Wiedergutmachung von offenkundigem politischem Unrecht“ der „brutalen Entdeutschungspolitik der Polen, die zu einer beispiellosen Vernichtung und Verdrängung des ansässigen deutschen Volkstums, seines Lebensraums und Besitzes“ geführt habe. (Wehler 2000b, 320) Schieder wollte die „Sicherung deutschen Volkstums im Osten durch eine geschlossenen siedelnde (...) deutsche Bevölkerung“ und die „klare Abgrenzung von polnischem und deutschem Volkstum, die die Gefahren völkischer und rassischer Vermischung vermeidet“. Da dieses Ziel „Bevölkerungsverschiebungen allergrößten Ausmaßes notwendig“ mache, plädierte Schieder für eine „Generalvollmacht“ zur „Enteignung“ und „Ausweisung aller seit 1919 zugewanderten Polen“ sowie zur „Wiedereindeutschung“ durch die „Umsiedlung deutscher Volksgruppen“. Zur „Entjudung Restpolens“ und zum „Aufbau einer gesunden Volksordnung“ seien alle Kräfte zu bündeln. (Ebbinghaus / Roth 1992, 88) Dieser Entwurf Schieders wurde nach Berlin weitergegeben, wo er dem Auswärtigen Amt, dem „Oberkommando der Wehr-

macht“ und der „Deutschen Arbeitsfront“ vorlag. Diese Instanzen waren wohl nicht von der Wichtigkeit des Gutachtens überzeugt, da es nie zur Anwendung kam und zwischen anderen Akten liegen blieb. (Vgl. Wehler 2000b, 320)

Kurze Zeit nach der Erstellung des Gutachtens reichte Schieder seine Habilitationsschrift „Deutscher Geist und ständische Freiheit im Weichsellande. Politische Ideen und politisches Schrifttum in Westpreußen von der Lubliner Teilung bis zu den polnischen Teilungen (1569-1772/93)“ ein, die im folgenden Jahr als Buch erschien. Im Vorwort hieß es, dass das Ziel des Werkes die „Wiederbelebung“ der „deutschen Vergangenheit“ des „Weichsellandes“ war. Das „Weichselland“ bezeichnete er als „deutsche Grenzlandschaft, (...) die jahrhundertlang zwar politisch vom deutschen Reichskörper getrennt war, aber ihm innerlich doch stets zugehörig blieb.“ (zitiert nach Mommsen 2000, 190)

Schieder wurde 1940 zum Dozenten am Historischen Seminar der Universität Königsberg ernannt. In Innsbruck übernahm Schieder im Wintersemester 1941/42 den Lehrstuhl des gerade an die Universität im ehemaligen Königsberg berufenen Kleo Pleyer. (Vgl. Aly 1997, 173.) Im Jahre 1942 erhielt Schieder durch eine „Hausberufung“ den früheren Lehrstuhl von Hans Rothfels. Weiterhin wurde er „Lektor des Amtes für Presse und Propaganda des NS-Dozentenbundes“ und „Lektor der parteiamtlichen Prüfungskommission“. Im folgenden Jahr wurde er zum Dekan der Philosophischen Fakultät im ehemaligen Königsberg gewählt. Noch im selben Jahr sprach er sich in nationalsozialistischer Manier „für das Gefühl für die natürlich-bluthaften Zusammenhänge und Lebensgesetze der Reinhaltung von Rasse und Art“ aus. (Rüsen 1993, 370f.)

Im Dezember 1944 floh er mit seiner Familie kurz vor der Besetzung des ehemaligen Königsbergs durch die Rote Armee nach Bayern. Im März 1945 soll Schieder noch „Durchhaltereden auf der SS-Ordensburg Sonthofen“ gehalten haben. (Aly 1997, 175f.)

Schieders Karriere in der BRD

Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus ordneten die jeweiligen Besatzungsmächte in ihren Zonen „Ordnungs“- und „Reinigungs“-Ausschüsse an, die zu kurzfristigen Entlassungen führten. In einer ersten Phase, die die Zeit von der Besetzung Deutschlands bis zum 11. Januar 1946 umfasste, entfernten die Alliierten an den westdeutschen Universitäten diejenigen Historiker aus dem Dienst, die ihre akademische Karriere lediglich der Zugehörigkeit oder geistigen Nähe zur NSDAP verdankten oder an der Entfernung politisch oppositioneller Fachkollegen beteiligt waren. Die Entnazifizierung betraf 24 von 110 der westdeutschen Historiker, von de-

nen ein Teil nach einiger Zeit wieder an die Universitäten zurückkehrte.⁸ Trotz dieser Maßnahmen beklagt Hermann Lübbe ein „insgesamt eher einvernehmliches Schweigen, wenn es um die geistige Nähe oder gar persönliche Mittäterschaft der Historiker im Dritten Reich ging.“ (Lübbe 1983, 581) Nach der Restituierung des akademischen Lebens 1946/47 kamen diese „Unbelehrbaren“ zunächst nicht wieder in ihre alten Positionen zurück. (Lübbe 1983, 581) Jedoch konnten sie ohne Probleme neue Anstellungen bei Verlagen und Redaktionen finden. Durch die so genannte „131er“ Gesetzgebung⁹ aus dem Jahre 1951 gelang es den meisten der zunächst nicht wieder eingestellten Historiker – meistens gegen den Willen der jeweiligen Fakultäten – wieder an die Universität zurückzukehren. Insofern kann in der westdeutschen Geschichtswissenschaft durchaus von einer personellen Kontinuität im Hinblick auf den Nationalsozialismus gesprochen werden. Das Fach blieb von weitreichenden Entnazifizierungskampagnen mit personellen Konsequenzen unbehelligt. (Vgl. Schulze 1997, 268) Hans Mommsen stellt fest: „Die Geschichtswissenschaft bildet indessen keine Ausnahme von der allgemeinen Erscheinung, dass die Nachkriegsjahre in Westdeutschland nur einen insignifikanten Elitenaustausch mit sich brachten. (...) Auch in den Fällen, in denen die Alliierten Berufsverbote verhängten, gelangten die Betroffenen rasch wieder in angestammte oder gleichwertige Positionen.“ (Mommsen 2000 266)

Nach seiner „Entnazifizierung“¹⁰ folgte im Jahre 1947 Schieders Berufung auf den Kölner Neuzeit-Lehrstuhl, nachdem der eigentliche Favorit Hans Rosenberg abgesagt hatte. Von 1962 bis 1964 war Schieder Rektor der Kölner Universität und leitete ab 1965 dort die Forschungsabteilung des Historischen Seminars. Zugleich war er Präsident der Historischen Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und zeitweilig Präsident der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften. Seit 1957 gab er die „Historische Zeitschrift“ heraus und war von 1967 bis 1972 Vorsitzender des Historikerverbandes. Schieder arbeitete zur Geschichte des Liberalismus und Nationalismus sowie zur Erforschung europäischer „Nationalbewegungen“ und „Volkgruppen“ vom 18. bis 20. Jahrhundert. (Vgl. Gall 1985, 13f.)

Schieder verfolgte bei seiner Einordnung des NS-Regimes in die deutsche Geschichte systematisch eine Verharmlosung des Nationalsozialismus. Er ging von einem „Parallelismus zum sowjetischen System“ aus, was in der Frage gipfelte: „In welchem Umfange

8 Vgl. Faulenbach 1992, 193. Eine ausführliche Darstellung der Karrieren einzelner Historiker findet sich bei Weber 1984.

9 Vgl. dazu Frei 1996.

10 In welche der fünf Gruppen (Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer, Entlastete) er dabei eingeteilt wurde, ist nicht bekannt. Es ist aber anzunehmen, dass er nicht in die ersten drei Gruppen eingestuft wurde, da er ansonsten nicht den Lehrstuhl in Köln bekommen hätte.

ist die nationalsozialistische Herrschaftstechnik, vor allem ihr Terrorismus, direkt von kommunistisch-sowjetischen Vorbildern und Erfahrungen angeregt?“ (Dann / Wehler (Hg.) 1991, 265) Diese Interpretation der NS-Herrschaft sollte später vor allem bei Ernst Nolte populär werden, die dann im „Historikerstreit“ 1985 kontrovers diskutiert wurde.

Zu seiner Vergangenheit in der NS-Zeit äußerte sich Schieder trotz wiederholter drängender Fragen nicht. Wehler schreibt: „Über eins schwieg Schieder, trotz vielfachen Drängens bei mancher informellen Gelegenheit, buchstäblich eisern: zu jeder Frage nach den dreißiger und vierziger Jahren, insbesondere zur ‚Königsberger Zeit‘ von 1934 bis 1944. Keinen Satz ließ er sich dazu entlocken.“ (Wehler 2000b, 316)

Diskussion über Schieders Rolle im Nationalsozialismus

Eine breitere Debatte über die Rolle von Historikern wie Theodor Schieder und Werner Conze in der Zeit des Nationalsozialismus fand auf dem Historikertag 1998 in Frankfurt am Main statt. In seiner zusammenfassenden Analyse über das Wirken von Schieder und Conze bemerkt Götz Aly: „Beide (Schieder und Conze, M.L.) haben auf ihre Weise und professionell – als gut ausgebildete Historiker eben – am Menschheitsverbrechen Holocaust mitgewirkt. Schieder propagierte den Krieg und die Vorstellung von der rassistisch definierten Nation; er plädierte für die gewaltsame Germanisierung immer größerer eroberter Regionen und schrieb einen Teil seiner Texte ausschließlich für den exekutiven Gebrauch. Er und Conze qualifizierten die Juden als Störfaktoren, Schmarotzer und gefährliche innere Feinde; beide machten klar, dass ihre Diskriminierung und Ghettoisierung beispielsweise von Teilen der weißrussischen Bevölkerung als positive Maßnahme angesehen werde; beide schlugen vor, staatlich gesteuerte Bevölkerungsverschiebungen oder Massenvertreibungen zu Lasten der Juden ins Werk zu setzen und die jüdischen Minderheiten deshalb aus den betreffenden Gebieten vollständig zu entfernen.“ (Aly 2000, 176)

Hans Mommsen sieht bei Schieder eine „Affinität zum Nationalsozialismus“: „In der Debatte ist wiederholt der Begriff einer ‚Affinität zum Nationalsozialismus‘ eingeführt worden, um die Position der Vertreter der Ostforschung zu charakterisieren. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, dass eine im Einzelfall unterschiedlich weit reichende Übereinstimmung mit den Zielsetzungen der NSDAP vorgelegen habe, aber die Betroffenen nicht als Nationalsozialisten im eigentlichen Sinne verstanden werden könnten.“ (Mommsen 2000, 270) Jürgen Kocka gibt zu bedenken, dass die Historiker im NS-Staat zur inneren Legitimierung des NS-Systems entscheidend beitrugen: „Am wichtigsten aber dürfte unter den ‚Leistungen‘ der Historiker für den

Nationalsozialismus gewesen sein, dass viele von ihnen in den Jahren zuvor durch ihre Lehre, mit ihren öffentlichen Äußerungen und in ihren persönlichen Verkehrskreisen eine intellektuelle Grundstimmung förderten, die die dafür empfänglichen jungen Bildungsbürger in Distanz zu liberalen Prinzipien sozialisierte, sie Grundsätzen der Humanität entfremdete und auf jenen teils utopischen, teils nihilistischen Machbarkeitswahn vorbereitete, der für die nationalsozialistische Eroberungs-, Deportations- und Vernichtungspolitik im 2. Weltkrieg kennzeichnend war.“ (Kocka 2000, 345)

Das Urteil von Hans-Ulrich Wehler über Schieder fällt dagegen wesentlich moderater aus: „Geht man also auch bei Schieder von einem lebensgeschichtlich motivierten Lernprozeß aus, wird man das durchaus politische wissenschaftliche Management und die weit ausgreifende Mitwirkung in zahlreichen wissenschaftlichen Institutionen nicht allein auf Machtvergeiz reduzieren. Vielmehr äußerte sich darin doch auch eine bewusste politische Entscheidung, am Wiederaufbau von Wissenschaft und von glaubwürdiger Politik in der Bundesrepublik mitzuwirken. (...) Insgesamt läuft mein Urteil über Schieder und Conze in den 40 Jahren nach 1945 darauf hinaus, ihnen sowohl Lernwilligkeit als auch reflexive Lernfähigkeit (...) zuzusprechen. Werden dagegen die Lernprozesse dieser Jahre nicht angemessen anerkannt, lässt sich ein gerechtes Urteil kaum fällen. Nachdem sich die Kritiker bisher auf die Zeit bis 1945 beschränkt haben, ist es an der Zeit, die Parameter der Diskussion neu und die Lebensspanne nach 1945 in die Kontroverse mit einzubeziehen.“ (Wehler 2000b, 334f.)

Wehlers Aussagen über Schieder sind allerdings mit Vorsicht zu betrachten. Wehlers Aufstieg zu einem der bekanntesten Historiker in der BRD wäre wahrscheinlich gegen den Willen Schieders nicht zustande gekommen. Wehlers berufliche Biographie ist eng mit dem Historischen Seminar der Universität Köln und damit auch mit dessen Leiter Wolfgang Schieder verbunden.¹¹ Wehler studierte Geschichte, Soziologie und Ökonomie unter anderem an den Universitäten Köln und Bonn. 1960 promovierte er bei Theodor Schieder mit der Arbeit „Sozialdemokratie und Nationalstaat (1840–1914)“ und war anschließend Assistent am Historischen Seminar in Köln. Im Jahre 1968 habilitierte er über das Thema „Bismarck und der Imperialismus“ an der Kölner Universität, wo er noch bis 1970 als Privatdozent arbeitete.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass Theodor Schieder in den Jahren bis 1945 in seiner Rolle als Historiker mit dazu beigetragen hat, die Reputation sowie die Legitimation des NS-Staates zu fördern und die nationalsozialistischen Ziele einer Großraumpolitik und den „Volkstumskampf“ in „wissenschaftlicher“ Weise als ideologischer Wegbereiter zu rechtfertigen. Als einer der Prot-

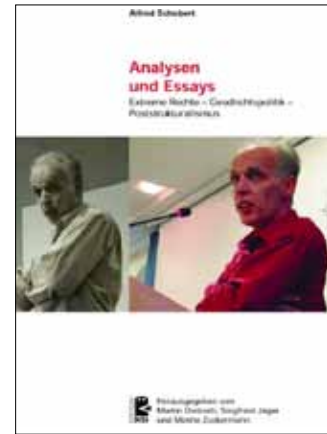
11 Vgl. dazu die biographischen Angaben Wehlers in Hohls / Jarausch (Hg.) 2000, 244–248.

agonisten der westdeutschen Geschichtswissenschaft unterließ er die Aufarbeitung seiner eigenen Geschichte im Nationalsozialismus.

Die erst spät begonnene Aufarbeitung der Verstrickungen von Historikern in die Praktiken des nationalsozialistischen Deutschlands muss ohne Ansehen der Person fortgesetzt und Versuchen der Bagatelisierung, Relativierung oder einer erneuten Verdrängung mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden.

Literatur

- Aly, G.: Macht, Geist. Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens, Berlin 1997
- Aly, G.: „Dass uns Blut zu Gold werde“. Theodor Schieder, Propagandist des Dritten Reiches, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte, 1998, 13-27
- Aly, G.: Theodor Schieder, Werner Conze oder Die Vorstufen der physischen Vernichtung, in: Schulze / Oexle (Hg.) 2000, 163-182
- Dann, O. / Wehler, H.-U. (Hg.): Theodor Schieder: Nationalismus und Nationalstaat. Studien zum nationalen Problem im modernen Europa, 2. Auflage, Göttingen 1991
- Ebbinghaus, A. / Roth, K. H.: Vorläufer des Generalplans Ost. Eine Dokumentation über Theodor Schieders Polendenkschrift vom 7. Oktober 1939. In: 1999. Zeitschrift für die Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 7 (1992), Heft 1, 62-94
- Fahlbusch, M.: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931-1945, Baden-Baden 1999
- Faulenbach, B.: Historische Tradition und politische Neuorientierung. Zur Geschichtswissenschaft nach der „deutschen Katastrophe“, in: Pehle, W.H. / Sillem, P. (Hg.): Wissenschaft im geteilten Deutschland. Restauration oder Neubeginn nach 1945, Frankfurt/Main 1992, 191-204
- Frei, N.: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996
- Gall, L.: Theodor Schieder, in: Historische Zeitschrift 241 (1985), 1-25
- Gall, L.: „Aber das sehen Sie mir nach, wenn ich die Rollen des Historikers und die des Staatsanwalts auch heute noch als die am stärksten auseinanderliegenden ansehe.“ In: Hohls / Jarusch (Hg.) 2000, 300-318
- Haar, I.: „Revisionistische“ Historiker und Jugendbewegung: Das Königsberger Beispiel, in: Schöttler, P. (Hg.): Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918-1945, Frankfurt/Main 1997, 52-103
- Hohls, R. / Jarusch, K.H. (Hg.) Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus, Stuttgart / München 2000
- Hürter, J. / Woller, H. (Hg.): Hans Rothfels und die deutsche Zeitgeschichte, München 2005
- Kellershohn, H.: Im „Dienst der nationalsozialistischen Revolution“-Die deutsche Gildenschaft und ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus, in: Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung, Band 13/1999-2004, Schwalbach/Taunus 2004, 255-293
- Klee, E.: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, 2.Auflage, Frankfurt/Main 2005
- Kocka, J.: Zwischen Nationalsozialismus und Bundesrepublik. Ein Kommentar, in: Schulze / Oexle (Hg.) 2000, 340-357
- Lübbe, H.: Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewusstsein, in: Historische Zeitschrift 236 (1983), 579-599
- Mommsen, H.: Der faustische Pakt der Ostforschung mit dem NS-Regime. Anmerkungen zur Historikerdebatte., in: Schulze / Oexle (Hg.) 2000, 265-273
- Rüsen, J.: Kontinuität, Innovation und Reflexion im späten Historismus: Theodor Schieder in: Rüsen, J.: Konfigurationen des Historismus. Studien zur deutschen Wissenschaftskultur. Frankfurt/M. 1993, 357-397
- Schieder, T.: Die kleindeutsche Partei in Bayern in den Kämpfen um die nationale Einheit 1863-1871, München 1936
- Schulze, W.: Doppelte Entnazifizierung. Geisteswissenschaften nach 1945, in: König, H. (Hg.): Vertuschte Vergangenheit: der Fall Schwerte und die NS-Vergangenheit der deutschen Hochschulen, München 1997, 257- 274
- Schulze, W. / Oexle, O.G. (Hg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, 3. Auflage, Frankfurt/Main 2000
- Stürmer, M.: „Man muß die Weltgeschichte nicht immer mit den Nazis beginnen lassen.“ In: Hohls / Jarusch (Hg.) 2000, 358-368
- Weber, W.: Priester der Klio. Historisch-sozialwissenschaftliche Studien zu Herkunft und Karriere deutscher Historiker und zur Geschichte der Geschichtswissenschaft 1800-1970, Frankfurt/M./Bern/New York 1984
- Wehler, H.-U.: „Historiker sollen auch politisch zu den Positionen stehen, die sie in der Wissenschaft vertreten.“ In: Hohls / Jarusch (Hg.) 2000a, 240-266
- Wehler, H.-U.: Nationalsozialismus und Historiker, in: Schulze/Oexle (Hg.) 2000b, 306-339,
- Wehler, H.-U.: Eine lebhafte Kampfsituation. Ein Gespräch mit Manfred Hettling und Cornelius Torp, München 2006



Alfred Schobert
Analysen und Essays
Extreme Rechte – Geschichtspolitik – Poststrukturalismus.
 Hg. von Martin Dietzsch, Siegfried Jäger, Moshe Zuckermann
 Edition DISS Bd. 21
 ISBN: 978-3-89771-750-3,
 440 S., 29,80 €

Alfred Schobert (* 1963, † 2006) gehörte zu den wichtigsten Experten zum Thema extreme Rechte in Deutschland und Frankreich. Wie kaum ein anderer verstand er es, seine Interventionen auf einem wissenschaftlichen Fundament zu entwickeln. Als Schüler des französischen Philosophen Jacques Derrida arbeitete er an der Schnittstelle von Ideologiekritik und Poststrukturalismus.

Seine Arbeiten richteten sich nicht nur an ein wissenschaftliches Fachpublikum. Sie lieferten immer auch wichtige Impulse für eine effektive Arbeit gegen Rechts und für den Kampf für eine gerechte Gesellschaft.

Alfred Schobert war langjähriger Mitarbeiter im Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS). Von seinen etwa 500 Artikeln, Aufsätzen und Vorträgen wurden für diesen Band 30 Texte zur extremen Rechten, zur Geschichtspolitik und zum Poststrukturalismus ausgewählt.



Siegfried Jäger / Dirk Halm (Hg.)
Mediale Barrieren
 Rassismus als Integrationshindernis
 Edition DISS Bd. 13
 ISBN 978-3-89771-742-8
 259 S., 24 €

Die Medien befeuern einen rassistischen Einwanderungsdiskurs und bedienen sich tendenziell eines »binären Reduktionismus«: Es findet eine Schwarz-Weiß-Malerei statt, indem Muslimen (und anderen Einwanderern) pauschal schlechte Eigenschaften zugeschrieben werden. Hierin sehen die Autorinnen ein ernsthaftes Hindernis für eine »friedliche Koexistenz« der Kulturen – weltweit.

Einer der letzten NS-Verbrecher-Prozesse in Deutschland

Regina Wamper



Regina Wamper
Das Kreuz mit der Nation
 Christlicher Antisemitismus in der Jungen Freiheit
 Edition DISS Bd. 18
 ISBN 978-3-89771-747-3
 208 S., 22 €

Religion und Glaube spielen in der völkisch-nationalistischen Wochenzeitung *Junge Freiheit* eine zentrale Rolle. Dadurch werden Bilder von Juden und Judentum vermittelt, die längst vergessen schienen und sowohl belegen, dass Antijudaismus eine immer noch aktuelle Form der Judenfeindschaft ist, als auch dass dieser christliche Antisemitismus mit Strategien des modernen und sekundären Antisemitismus verschränkt und gekoppelt ist. Die diskursanalytische Studie untersucht die zentralen Themen dieser Diskurse.



Martin Dietzsch / Siegfried Jäger /
 Helmut Kellershohn / Alfred Schobert
Nation statt Demokratie
 Sein und Design der »Jungen Freiheit«
 Edition DISS Bd. 4
 ISBN 3-89771-733-6
 246 S., 16 €

Mal getarnt, mal offen bewegt sich die Junge Freiheit im rechten Grenzraum des Verfassungsbogens und betreibt intellektuelle Aufrüstung gegen eine moderne demokratische Gesellschaft.

Mit einem Schuldspruch ging Ende März 2010 einer der letzten NS-Verbrecherprozesse in Deutschland vor dem Landgericht Aachen zu Ende. Wegen Mordes in drei Fällen wurde der ehemalige Waffen-SSler Heinrich Boere, der Mitglied im Sonderkommando Feldmeijer war, zu lebenslanger Haft verurteilt. Das Kommando *Feldmeijer* tötete unter dem Codenamen *Silbertanne* mehr als 50 vermeintliche Sympathisantinnen der Widerstandsbewegung in den Niederlanden. Für jeden getöteten Nazi wurden drei „antideutsch eingestellte oder aber als mit Widerstandskreisen zusammenarbeitend bekannte Niederländer“ ermordet, so auch Fritz Hubert, Ernst Bicknese, Frans Willem Kusters und Teunis de Groot. So sollte Widerstand unterbunden werden.

Juristische Vorgeschichte

In den Niederlanden verurteilte ein Sondergericht Heinrich Boere bereits 1949 zum Tode. Das Urteil wurde später in lebenslange Haft umgewandelt. Boere konnte jedoch noch vor der Urteilsverkündung fliehen und lebte seither in Eschweiler bei Aachen – von deutschen Behörden weitestgehend unbehelligt. In den 1980er Jahren wurde aufgrund eines niederländischen Auslieferungsgesuchs ein Ermittlungsverfahren gegen Boere angestrengt – und mit der Begründung wieder eingestellt, seine Taten seien legitim gewesen – im Gegensatz zu den Aktionen des Widerstands. In die Niederlande ausgeliefert wurde der staatenlose Boere nicht. Es läge im Bereich des Möglichen, dass er mit einem Hitler-Erlass von 1943 als Mitglied der Waffen-SS die

deutsche Staatsbürgerschaft erhalten habe und damit eine Abschiebung unzulässig wäre. Im Zuge der EU-Regelung von 2003, nach der Haftstrafen anderer EU-Länder auch im Ausland vollstreckt werden können, eröffnete das Landgericht Aachen am 28.10.2009 auf Antrag der Niederlande schließlich doch noch den Prozess gegen Boere.

Der Prozessverlauf

Die Verteidigung Boeres setzte auf Befehlnotstand. Boere sei schlicht ein Befehlsempfänger gewesen. An diesem Bild strickte auch Boere selbst kräftig mit. Sein Entschluss, der Waffen-SS beizutreten, sei dem Wunsch nach einem ruhigen, ökonomisch abgesicherten Leben geschuldet gewesen. Die Anwälte der Angehörigen der Opfer stellten hingegen fest, dass es sich bei dem Kommando *Feldmeijer* um eine paramilitärische Todesschwadron gehandelt habe, die außerhalb der geltenden Heeres-, Staats- und Rechtsordnung organisiert wurde. Die Mitglieder von *Feldmeijer* handelten aus eigener Initiative.

Eine eklatante Wendung des Prozesses fand am 28.1.2010 statt. Recherchen der Nebenklage ergaben, dass Boeres Biographie geschönt war, um seine nazistischen Aktivitäten in den Niederlanden zu verdecken. Heinrich Boere wurde 1943 Mitglied der niederländischen nationalsozialistischen Partei *NSB*. 1944 trat er zudem der *Germanischen SS* bei. Nach dem Dienst in der *Landwacht* wurde er zum Hauptscharführer befördert – im Zusammenhang mit dem Mord an Fritz Hubert Ernst Bicknese. Boere



re war seinen Vorgesetzten als eifriger und ideologisch gefestigter Nationalsozialist bekannt und er spielte in der Widerstandsbekämpfung eine zentralere Rolle als zuvor angenommen.

Der Widerstand der Bevölkerung von Helden/Panningen

In den ländlichen Gebieten Limburgs existierten während der Besatzungsphase des verstärkten Terrors, der Deportationen und der Zwangsarbeit weite Geflechte von Fluchthelferinnen. Jüdinnen und Juden, alliierte Piloten und Deserteure wurden hier versteckt, mit Papieren versorgt und ins sichere Ausland gebracht. Dreißig Prozent der limburgischen Jüdinnen und Juden und mindestens 2.000 aus anderen Gebieten überlebten so den NS. Der Widerstand wurde getragen von dörflichen Zusammenhängen, dem niederen und jüngeren Klerus, von Dorfpolizisten und Bürgermeistern. Die nationalsozialistischen Besatzer reagierten mit öffentlichen Erschießungen, mit Terror und Razzien. So auch in Helden/Panningen. Am 13.5.1944 schlich sich Heinrich Boere mit zwei anderen dort ein, gab sich als Flüchtender aus und erhielt Auskunft über eine mögliche Unterkunft. Einige Tage später kamen die drei in Uniformen und in Begleitung von 100 deutschen Polizisten wieder. Während dieser Razzia wurden 52 Personen festgenommen, 35 von ihnen wurden verhaftet. 20 Personen wurden zum Arbeitseinsatz nach Deutschland geschickt, sieben starben dort. Am 8. Oktober 1944 fand eine erneute Razzia statt. Eine Kirche wurde umstellt, 800 Menschen wurden festgenommen und nach Deutschland verschleppt. 36 kehrten nicht zurück.

Das Urteil und dessen Begründung

Nach knapp fünf Monaten Verfahrensdauer wurde am 23. März 2010 das Urteil gegen Boere gesprochen: Lebenslange Haft wegen dreifachem Mord, aber keine Feststellung einer Schwere der Schuld. Der Vorsitzende Richter erläuterte seine Urteilsfindung. Boeres Taten seien dem „Anstand eines Soldaten“ nicht angemessen gewesen. Niedrige Beweggründe ergäben sich aus dem Fakt, dass die Opfer „unschuldige Zivilisten“ waren und keine Widerstandskämpfer. Wenige Worte fand der Richter zur Systematik der Verbrechen der Waffen-SS und der Wehrmacht.

Die mediale Öffentlichkeit

Diese vom Richter vorgebrachte Individualisierung der Tat vermittelte sich auch

in den Medien. In etlichen Tageszeitungen war zu lesen, es habe sich schlicht um einen ganz „normalen“ Mord gehandelt, Boere sei ein „ganz normaler Mörder“, „niederträchtig und feige“.

Eine solche Konstruktion verkennt allerdings den Charakter der Besatzung und die Funktion, die die Widerstandsbekämpfung hatte. Aus Sicht der Anwälte der Opfer ging es darum, die „Fernziele des Nationalsozialismus zu verwirklichen: gewachsene soziale und religiöse Zusammenhänge zu zerstören, um die Verfügung über die dem Terror isoliert ausgelieferten Menschen zu gewinnen, das Gute im Menschen auszumerzen, die Fähigkeit zu Mitgefühl, Empathie und Solidarität, um die vereinzelt Menschen als verflüssigtes und homogenes Material für die nationalsozialistische Gestaltung des Großraums Europa zuzurichten und niedrige Instinkte zu wecken und in die Kollaboration einzuladen“.

Die Figur der „unschuldigen Zivilisten“ in Abgrenzung zu Widerstandskämpferinnen wurde medial gleichfalls aufgegriffen – ganz so als wäre es legitimer gewesen, Partisaninnen zu ermorden.

Eine Debatte, die viele erwartet hatten, fand nicht statt. „Warum denn heute noch?“ – diese Frage kam medial nicht auf. Allerdings wurde auch nicht gefragt, warum denn das Verfahren *erst jetzt* stattfindet. Insgesamt wurde ein Bild eines „neuen Deutschlands“ gezeichnet, das nun selbstbewusst und verantwortungsvoll mit der NS-Vergangenheit umgehe.

Da bleibt zu fragen, ob eine Aufarbeitung überhaupt über die Verurteilung einzelner funktionieren kann und – zentraler – ob zu einem verantwortungsvollen Umgang nicht ebenso eine sofortige Entschädigung aller Opfer, ein Ende der Traditionspflege beispielsweise in der Bundeswehr und ein Ende der aktuellen Kriegspolitik gehören.

In diesen Punkten ist die aktuelle Politik jedoch meilenweit von einer Neubestimmung entfernt. So gedenken Bundeswehrsoldaten in Mittenwald gemeinsam mit NS-Veteranen ihrer Gebirgsjägerkameraden, die gleichen Soldaten, die in Afghanistan einen Angriffskrieg durchführen, und in Den Haag klagt die deutsche Regierung gegen Entschädigungsforderungen von Opfern des NS. Kein Staat solle das Recht haben, Deutschland zu Entschädigungen zu verurteilen. Damit wendet sich das deutsche Außenministerium gegen Gerichtsurteile, die in Griechenland und Italien ergangen waren. Über diese Fakten kann auch ein Urteil gegen Heinrich Boere nicht hinwegtäuschen.



Editionsprojekt: Deutsch-jüdische Autoren des 19. Jahrhunderts. Schriften zu Staat, Nation, Gesellschaft.

Nachdem im Böhlau-Verlag Ende 2009 der wissenschaftliche Begleitband mit dem Titel *Visionen der gerechten Gesellschaft. Der Diskurs der deutsch-jüdischen Publizistik im 19. Jahrhundert* herauskam, stehen nun zwei weitere Bände unmittelbar vor der Veröffentlichung: Prof. Carsten Wilke (Budapest) betreute ein sozialetisches Grundlagenwerk des Landauer Rabbiners Elias Grünebaum (1807-1893), während die Historikerin Renate Best (Reutlingen) ausgewählte Texte des Berliner Querdenkers Saul Ascher (1767-1822) aufarbeitete und kommentierte. Für die folgenden Bände, u. a. mit Werken von Gabriel Riesser, David Friedländer, Joseph Levin Saalschütz, Ludwig Philippson und Moritz Lazarus, sind bereits Uri Kaufmann, Uta Lohmann, Andrea Brämer und Mathias Berek gewonnen worden.

Im Rahmen unserer Online-Edition [<http://www.deutsch-juedische-publizistik.de/universal-kirchenzeitung.shtml>] konnte der Forschung im Rahmen der internationalen Bibliothekskataloge ein bedeutsames 2-bändiges Werk in einer Volltextfassung zugänglich gemacht werden: Mit seiner Aufsehen erregenden Abhandlung *Ueber die bürgerliche Verbesserung der Juden* legte Christian Wilhelm Dohm im Jahr 1781 die Grundlage der über viele Jahrzehnte geführten Emanzipations- und Integrationsdebatte zu Juden und Judentum in Deutschland. Zwei Jahre später publizierte Dohm einen 2. Band, in dem er die Reaktionen auf den ersten Teil aufnahm und kommentierte. Beide Bände enthalten darüber hinaus einige sonst nicht zugängliche Zeitdokumente. Das Editionsprojekt ist ein Kooperationsprojekt zwischen dem Salomon Ludwig Steinheim-Institut Duisburg und dem DISS.

Der Diskurs der deutsch - jüdischen Publizistik im 19. Jahrhundert

Das Team der „Edition Jüdische Autoren“ freut sich über die nachfolgende (gekürzte) Rezension von Petra Herczeg. Wir fühlen uns in unserer Absicht und mit unseren Ergebnissen verstanden und respektiert.



Ausgehend von Gershom Sholems Feststellung, derzufolge es ein Mythos gewesen sei, dass es im 19. Jahrhundert einen „im Kern“ (11) unzerstörbaren deutsch-jüdischen Dialog gegeben habe, der erst durch die Shoah zerstört worden sei, versuchen die Autorinnen und Autoren die Diskursangebote der jüdischen Publizistik zu „Staat, Nation, Gesellschaft“ zu analysieren, die gegen die Mehrheitspublizistik nicht angekommen sind. Dies dokumentieren die Autoren bereits im ersten Satz der Publikation: „Vor nun über 100 Jahren mussten Repräsentanten der jüdischen Minderheit in Deutschland feststellen, dass ihr Wunsch nach einer gemeinsamen jüdisch-christlichen Zivilgesellschaft von der Mehrheitsgesellschaft noch immer und erneut zurückgewiesen wurde.“ (7)

In der vorliegenden Forschungsarbeit wurden in einem mehrstufigen Verfahren die demokratisch-republikanischen Vorstellungen von Zivilgesellschaft in der deutsch-jüdischen Publizistik im 19. Jahrhundert herausgearbeitet. [...]

Das Werk vermittelt auf höchstem Niveau neue Einsichten in interessante Facetten des Diskurses der deutsch-jüdischen Publizistik im 19. Jahrhundert. Die durchgeführte Analyse bezog sich auf einen Ausschnitt des gesamtgesellschaftlichen Diskurses über Staat, Nation und Gesellschaft, fokussiert auf die Aussagen deutsch-jüdischer Publizisten im Zeitraum zwischen 1848 bis 1871 (15). Im diskursiven Kontext haben die Autoren – im Sinne des Anspruches an eine Diskursanalyse Foucault'scher Prägung – die geschichtlichen Bedingungen einbezogen, die den Rahmen der Auseinandersetzung um Integration und rechtliche Zugehörigkeit der deutschen Juden markierten. Viele deutsche Juden setzten ihre Hoffnungen auf die Revolutionsbewegung von 1848, aber nach deren Scheitern „setzte sich die jüdenfeindliche Tradition auch innerhalb der Revolutionsbewegung durch, zum anderen bestand die nachrevolutionäre Reaktion darauf, dass die während der Revolution ausgesprochenen politischen und Bürgerrechte für Juden wieder weitgehend kassiert wurden“ (17f.). Auf der Aussageebene der 55 herangezogenen Texte zeigte sich, dass in ihnen unter anderem auf Lessing verwiesen wird und darauf, dass das Judentum eine friedliche Religion sei, die Andersgläubigen gegenüber tolerant sei und auch die Todesstrafe ablehne (40f.). [...]

Resümierend stellen die Autoren fest, dass die jüdische Ethik im Mittelpunkt des Diskurses steht, „aus deren langer Tradition die Bedeutung des Rechtsgrundsatzes des gleichen Rechts für alle abgeleitet wird“

(109). Auf der Ebene der Kollektivsymbolik werden die Bedrohungsszenarien und die Kontinuität der Bedrohung transportiert. Die Publikation setzt ein bereits vorhandenes Wissen über die deutschen Juden voraus und zeigt den (verzweifelt) publizistischen Kampf der deutschen Juden um Anerkennung und Teilhabe am Diskurs sehr eindringlich. Wer weiß, was Millionen von Menschen erspart geblieben wäre, wenn die „Anderen“ mit den deutschen Juden in einen Diskurs getreten wären und diese nicht zuerst totgeschwiegen und später umgebracht hätten? Das Buch ist ein wichtiges zeitgeschichtliches Dokument und eine bestechende Analyse, die auf einen blinden Fleck in der Rezeption hinweist: dass es in Deutschland eine „breite und vielfältig differenzierte jüdische Publizistik im 19. Jahrhundert“ (150) gegeben hat, „der bis heute die kulturelle Rezeption versagt blieb“ (ebd.).

Michael Brocke; Margarete Jäger; Siegfried Jäger; Jobst Paul; Iris Tonks: *Visionen der gerechten Gesellschaft. Der Diskurs der deutsch-jüdischen Publizistik im 19. Jahrhundert*. Köln, Weimar, Wien [Böhlau Verlag] 2009, 200 Seiten, 24,90 €.

Die vollständige Rezension ist erschienen in rezeptionen: kommunikation: medien, 15. Januar 2010, abrufbar unter <http://www.rkm-journal.de/archives/2038>

Dr. Petra Herczeg ist wissenschaftliche Assistentin am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien und freie Autorin für den Österreichischen Rundfunk (ORF).

Johann Jacoby – Bürgerrechtler. Ein Vortrag von Jobst Paul in Hattingen

Fast auf den Tag zum 205. Geburtstag, am 2. 5. 2010, erinnerte Jobst Paul (DISS) in einem Vortrag in Hattingen an die denkwürdige Biographie des Königsberger Arztes, Publizisten und Bürgerrechtlers Johann Jacoby (1805-1877). Jacoby, der zwischen 1840 und 1870, also über Jahrzehnte für soziale Gerechtigkeit, aber auch für Freiheitsrechte kämpfte und zeitweise zum persönlichen Gegenspieler Bismarcks wurde, wollte zwar als nicht-religiöser Jude verstanden werden, orientierte sich aber gleichwohl an den konsequenten Gleichheitstheoremen der jüdischen Sozialethik.

Im Verlauf seines vor allem mit öffentlicher Rede geführten Kleinkriegs mit den preußischen politischen Behörden nahm Jacoby auch Kerkerhaft, Arreste und ständige Überwachung in Kauf und wurde zeitweise zum Orientierungspunkt und Idol der Arbeiterschicht in Deutschland.

Zu seinem Begräbnis am 11. März 1877 in Königsberg kamen nicht nur die Abordnungen Dutzender Verbände und Parteien: Allein in Königsberg versammelten sich ca. 5000 Bürger vor dem Jüdischen Friedhof (Gedenkversammlungen gab es in vielen anderen deutschen Städten).

Veranstalter des Abends war das Forum *Juden und Christen* der Hattinger Johannes-Gemeinde, das zu Vortrag und Diskussion einen besonderen Gast eingeladen hatte: Ruth Jacoby, die schwedische Botschafterin in Berlin und Verwandte Johann Jacobys, war in Hattingen anwesend. Zum Abschluss des Abends berichtete Frau Jacoby auch aus eigenem Erleben aus dem Leben ihres Vaters, Erich H. Jacoby, den Flucht und Emigration 1933 aus Berlin durch die ganze Welt geführt haben. Als Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, der in der deutschen Gewerkschaftsbewegung groß geworden war, erlebte Jacoby u. a. als Flüchtling in den

Philippinen den imperialistischen Umgang des Westens mit den Agrarwirtschaften Asiens. Später versuchte Jacoby, innerhalb der FAO, der Agrarorganisation der UNO, zugunsten der Entwicklungsländer zu arbeiten, resignierte allerdings angesichts der westlichen Interessenpolitik der Weltorganisation. Erich H. Jacoby war nicht nur Verfasser wegweisender Analysen zu Armut und Gerechtigkeit in den Entwicklungsstaaten, sondern hinterließ auch das Manuskript einer auf Deutsch verfassten Autobiographie.

Ruth Jacoby ist seit 1972 im schwedischen Außenministerium und seinen internationalen Vertretungen tätig. Stockholm, Washington und New York sind einige ihrer bisherigen Stationen. Ihre Ausbildung erhielt sie unter anderem in Rom, wo ihr Vater ab 1952 für die UNO tätig war. Bis zu ihrem zwölften Lebensjahr besuchte die Spezialistin

für Entwicklungsfragen zunächst die amerikanische Schule in Rom, danach die deutsche Schule. „Die Entscheidung, mich dort auf eine deutsche Schule zu schicken, fiel meinen Eltern, wie ich später erst verstanden habe, nicht leicht. (...) Obwohl mein Vater 1956 schwedischer Staatsbürger geworden war, war er sehr, sehr deutsch. Damals auf der Flucht, hatte er den „Faust“ in der Tasche. Er hatte zwar Englisch und Schwedisch und Dänisch gelernt, aber er sprach hauptsächlich Deutsch. Und ich glaube, er dachte, dass es schrecklich wäre, wenn sein einziges Kind nichts von der europäischen Geschichte, Kultur und Literatur mitbekäme.“

Erich H. Jacoby, dessen Urgroßmutter die Cousine von Heinrich Heine war, fühlte sich zeitlebens Johann Georg Jacoby am nächsten. In seinen Erinnerungen heißt es: „Sein Bild hing über dem Schreibtisch meines Vaters, wie heute über meinem, und trägt den von seiner Hand geschriebenen Satz: ‚Worte verhallen machtlos an dem Ohre der Könige. Zum Schutze der Freiheit, der blutig errungenen Volkssouveränität bedarf es der kühnen, der aufopfernden That.‘ (5. November 1848)“

Bundeswehr in Afghanistan

Die Redaktionen von kultuRRevolution, DISS-Journal und AMOS haben zu Beginn des Jahres einen Afghanistan-Appell verfasst und veröffentlicht. (S. 19). In Verbindung damit hat am 6.3. in Bochum eine eintägige Beratung darüber stattgefunden, was getan werden kann, damit die Bundeswehr umgehend und vollständig aus Afghanistan abzieht. Neben anderen Beiträgern stellten Margarete Jäger und Siegfried Jäger (DISS) dort die Ergebnisse ihrer Analyse der TAZ- und FAZ-Berichterstattung zu Afghanistan vor. Diese ist in der aktuellen kultuRRevolution veröffentlicht, die darüber hinaus weitere interessante Artikel zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan enthält. (Deklinierend Mohn und Drohnen: Afghanistan, kultuRRevolution, Nr. 58, Mai 2010)

Zum 23. 9.2010 laden die drei Zeitschriften erneut zu einem Treffen in Bochum ein, bei dem u.a. Andreas Zumach (Genf) und Tobias Pflüger (Tübingen) zur deutschen Militärstrategie und einer Ausstiegsstrategie aus Afghanistan referieren werden. Nähere Informationen sind über das DISS zu erhalten.

Unser Freund, Genosse und Kollege Jens Bünnig ist tot

Jens Bünnig gehörte zu einem politischen Freundeskreis, aus dem heraus 1987 das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung gegründet worden ist. Die Arbeit des DISS hat er immer kritisch und solidarisch begleitet.



Lange hat er einer schweren Krankheit getrotzt, am Ende hat seine Kraft nicht gereicht. Am 25. April 2010 ist er in Duisburg gestorben.

Jens war ein unermüdlicher Kämpfer für die Menschenwürde, geprägt von der Erfahrung des deutschen Desasters, der bleiern Unfähigkeit zu trauern über die Verbrechen des Nationalsozialismus, die Leiden der Opfer, die seelischen, kulturellen und moralischen Verwüstungen, die der Faschismus hinterlassen hatte und in denen sich eine von neuem Wohlstand befriedete Gesellschaft einrichtete.

Am Aufruhr der Jungen, der Schüler, Studenten und der politisch aktiven Teile der Gewerkschaften gegen die Aufrüstung, die Notstandsgesetze, die Kumpanei mit den repressivsten Regimen der 3. Welt, war er von Beginn an beteiligt, prägte und organisierte ihn mit. Jens entfaltete einen aufklärerischen und revolutionären Willen, den er nie aufgegeben hat. Der an der Universität entwickelte sozialistische Anspruch verstärkte sich noch, als er die Arbeit in den Gewerkschaften und Betrieben aufnahm und intensivierte: die Schulungsarbeit bei Mannesmann, die Arbeit mit den Opelern, die Gründung und die Verbreitung der „Revier“. Es ging ihm um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Lebensbedingungen der Beschäftigten, die Bildung der Kinder oder

die Integration von Migrantinnen und Migranten, die Solidarität der Arbeiterbewegung.

Ihn trieb sein unbedingter Wille zur Veränderung einer Gesellschaft, in der „der Mensch dem Menschen ein Wolf ist, der künftige (drohende) Hunger bereits den Menschen hungrig macht und in den Krieg zwingt“, das Wissen um die Veränderbarkeit und die Aufgabe, Verhältnisse herzustellen, in denen der Einzelne sich verwirklichen kann, weil er in der Gesellschaft getragen wird.

In all seinen Unternehmungen war Jens ein Perfektionist und zugleich immer von einer tiefen inneren Unruhe getrieben. Niemals war das Erreichte genug, das Erstellte nie fertig, die gerade gestellte Aufgabe von einer neuen Notwendigkeit schon überholt. Dabei hat er sich und manchmal auch andere nicht geschont.

Lange Jahre hatte Jens sich von fast allen zurückgezogen. Ständig war er auf der Suche nach Wissen und Erkenntnissen, ein unermüdlicher Leser. Abgeschlossen in seinen Räumen entstanden wissenschaftliche und politische Manuskripte und literarische Arbeiten. Selten veröffentlichte er seine Arbeiten. Die Niederlage der Linken, unsere Mutlosigkeit, der Zusammenbruch unserer Kraft und unseres unbedingten Willens zur Veränderung hatten ihn bitter gemacht. Und diese Bitterkeit richtete er gegen sich selbst und oft auch gegen die Freunde und Weggefährten.

In den letzten Monaten seiner schweren Erkrankung öffnete er sich, wollte mit einer kaum fassbaren Energie leben und wirken, diskutierte, erfragte und hinterfragte. Das schloss die eigene Wirkung nicht aus. Selbstkritisch reflektierte er, wie eng doch unser Blick für die Widersprüche in dieser Gesellschaft gewesen sei, wie viele kritische Potentiale, wie viele kluge Geister und emotionale Kräfte wir nicht bemerkt oder nicht geachtet hätten. Ihn trieb bis in die letzten Stunden die Suche nach einer tiefgreifenden neuen Strategie der Linken, die es bräuchte, „wenn Europa gerade mit seinen aufklärerischen, humanistischen und sozialen Potentialen noch eine Chance haben will.“

Jens war immer einer, der voran ging. Sein unermüdlicher Einsatz für Frieden, Gerechtigkeit und Humanität hat uns geprägt.

Wir trauern um einen Freund und Genossen. Er wird uns fehlen.

Walter Schulz

„Exit(us)-Strategie“ in Afghanistan? Unser Appell wird täglich aktueller!

Jürgen Link

Nicht bloß Merkel und Guttenberg, auch Gabriel und Trittin (sowie ihre willigen Abstimmer) hatten es sich so schön gedacht: Wir erzählen was von „Ausbildung“ und „Exit-Strategie“, und das „Thema“ kommt dann wieder aus den Schlagzeilen, so dass „unsere Soldatinnen und Soldaten“ ihren schmutzigen Krieg wieder „normal“ abgeschottet von der Öffentlichkeit weiterführen können. Aber „das Thema“ tut ihnen den Gefallen nicht: Es geht einfach nicht raus aus den Schlagzeilen.

Und dabei bestätigen sich einer nach dem anderen jene Punkte, die den Appell „Heraus aus der Sackgasse in Afghanistan“ spezifisch von anderen Appellen unterscheiden. Was sind diese spezifischen Punkte? Zuerst einmal beschränkt sich der Appell nicht einfach auf Forderungen wie „Kein Soldat mehr!“ ans Parlament vor einer Abstimmung und auch nicht auf die (richtige, übereinstimmende) Forderung: „Bundeswehr raus aus Afghanistan!“ Er versucht, solche Forderungen mit einigen wesentlichen analytischen Punkten zu begründen. Eben jenen Gründen, die nun sämtlich von der aktuellen Entwicklung bestätigt werden:

1. Was „Exit-Strategie“ genannt wird, ist in Wirklichkeit Eskalations-Strategie. McChrystal versucht, in Afghanistan zu wiederholen, was (angeblich) im Irak unter Petraeus gelungen ist: Die „Insurgents“, d.h. bewaffnete Guerillagruppen, nach dem Prinzip „Clear and Hold“ schrittweise (Provinz nach Provinz) zu vernichten. Dabei macht die Bundeswehr in ihrer Besatzungszone mit. Nichts anderes ist der Klartext hinter Sprechblasen wie „Ausbildung“ und „Präsenz in der Fläche“. Damit steigt nicht nur das Risiko des Lebens, sondern auch das von Quasi-„Befehlsnotständen“ (s.u. Punkt 3).
2. Dieser Krieg kostet „Unsummen“. Inzwischen sickern Zahlen durch, die alles übersteigen, was wir als Verfasser des Appells seinerzeit für möglich gehalten hätten. Nach einer hochoffiziellen Studie des DIW (publiziert im Manager-Magazin) belaufen sich die jährlichen Kosten auf 3 Mrd. Euro und die Gesamtkosten auf 36 Mrd. Da schlägt die SCHLAGzeitung wochenlang auf „die faulen Griechen“ ein und rührt gleichzeitig ständig die Trommel für diesen Krieg! Und nun müssen Sparpakete geschnürt werden: bei Hartz IV, bei Familien, Renten usw. Wirkliche, umgehende „Entlastung des Steuerzahlers“ brächte einzig und allein der umgehende Rückzug aus Afghanistan.
3. Es handelt sich um einen „schmutzigen“ Anti-Guerilla-Krieg mit „extremistischen“ Konsequenzen. Die NATO-



Strategie zielt eindeutig auf Ausrottung der „Insurgents“ und ihrer Milieus, die weder als Kombattanten noch als (mutmaßliche) Kriminelle anerkannt sind und damit keinerlei Rechte haben und als „nacktes Leben“ einfach physisch vernichtet werden können. Und zwar außerhalb von Kampfsituationen, z.B. nachts in Dörfern außerhalb von Fronten. Die „Lehre aus Guantánamo“ lautet: Wer tot ist, kann nicht mehr klagen. Die Geheimdienste (einschließlich BND) erstellen über anonyme afghanische Denunzianten (meistens Nicht-Paschtunen) sogenannte c/k-Listen von „gezielt“ zu tötenden „Insurgents“ (capture or kill), die dann aus der Luft (zunehmend durch von den USA aus gelenkte Drohnen) oder am Boden „abgearbeitet“ werden. In beiden Fällen werden zugegebenermaßen „unschuldige“ Kollateralschaden in Proportionen bis zu 1:6 (oder mehr?) in Kauf genommen. Es häufen sich die Fälle, wo „gezielte“ Fehl-Denunziationen (meistens aus „ethnischer“ Feindschaft) bekannt werden (siehe Blog „Bangemachen.com“).

4. Die „Auszubildenden“ der Kabul-Armee, an die die „Verantwortung“ künftig übertragen werden soll, stammen ebenfalls aus streng islamischen, islamistischen und/oder von kriminellen War Lords (Mohn ist noch das Harmloseste) abhängigen Milieus. Böcke als Gärtner. Nur eine von den Besitzern völlig unabhängig zusammengesetzte und

mit deren Abzug kombinierte allgemeine Friedenskonferenz (Vorstufe: die Friedens-Jirga) kann aus der Sackgasse führen.

5. In unserem Appell wird als eigentlicher Grund des Beharrens der Bundeswehr auf diesem Krieg ihr Anspruch auf einen Platz in einer informellen, von den USA geführten, militärischen „Welt-Junta“ (selbsternannte, von der UNO im Prinzip unabhängige, inoffizielle Weltgendarmen) genannt. Auch dieser Punkt wurde nun noch aus allerhöchstem Munde, dem des inzwischen zurückgetretenen Bundespräsidenten, bestätigt: Wir sind militärisch „gezielt“ in der (Welt-)Fläche als „ein Land unserer Größe“, das „unsere Interessen wahren“ muss. Das kann, wie es im Appell quantifiziert ist, nicht die Bevölkerungszahl meinen – also nur die Kapitalstärke, was Köhler umgehend auch konkretisierte („mit dieser Außenhandelsabhängigkeit“). Dazu müssen wir „ganze regionale Instabilitäten verhindern“. Da sind wirklich alle Missverständnisse ausgeräumt.

Es wäre daher sehr gut, dem Appell „Heraus aus der Sackgasse in Afghanistan“ durch weitere Unterschriften noch mehr Gewicht, auch in der Friedensbewegung selbst, zu verleihen. Insbesondere wäre dazu weitere Unterstützung von Zeitschriften hilfreich, die sich sowohl einem analytischen wie einem friedenspolitischen Engagement verpflichtet fühlen.

Appell: Heraus aus der Sackgasse in Afghanistan

Warum ist es nicht nur das Beste, sondern das schlechthin Notwendige, dass die Bundeswehr umgehend und vollständig aus Afghanistan abzieht?

Weil die anfangs und seither gegenüber der Öffentlichkeit für diesen Krieg angeführten Diskursblasen sämtlich längst geplatzt sind und weil die hinter der Diskursblase von der „gewachsenen deutschen Verantwortung“ verheimlichten tatsächlichen Argumente fatal sind: Die Diskursblasen von Demokratie, Frauenemanzipation, Wohlstand durch Bundeswehreinsätze nehmen ihre Erfinder selbst seit langem nicht mehr ernst. „Unsere Sicherheit am Hindukusch? Die Terrorquelle schließen?“ Offensichtlich wurde sie durch diese Kriegführung erst richtig geöffnet.

Also die „gewachsene deutsche Verantwortung“: „Wir dürfen uns nicht drücken“ usw. Dahinter steckt ein ganz und gar irrationaler und angesichts der deutschen Geschichte fataler Anspruch auf einen Platz unter den führenden Weltmächten. Deutschland ist nach seiner Bevölkerungszahl augenblicklich das 16. Land im Weltranking, mit 1,2 % der Weltbevölkerung. In wenigen Jahren wird es etwa genau 1% der Weltbevölkerung umfassen – soll die Bundeswehr auf dieser Basis Weltgendarm für die 99% spielen? Die Mitgliedschaft in der G 7/G 8, der Anspruch auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der UNO usw. erklären sich rein aus der jetzt noch gegebenen relativen wirtschaftlichen Stärke. Daraus folgt keineswegs ein Anspruch auf eine entsprechende politische und militärische Weltmachtposition. Ein solcher Automatismus wäre höchst undemokratisch. Sollte Deutschland in die Rolle eines der führenden Mitglieder in einer Art informeller militärischer „Welt-Junta“ aber bloß absichtslos hineingerutscht sein, so gilt es jetzt, zu einer solchen Rolle vernünftig nein zu sagen. Der Afghanistankrieg ist dabei der Lackmustest.

Dieser Krieg wird von seinen Strategen als „Krieg gegen den Terror“ („War on Terror“) bezeichnet. Dahinter verbirgt sich ein Anti-Guerrilla-Krieg von Typ Vietnam, der außerhalb des Völkerrechts geführt wird, weil die Feinde weder als Kombattanten noch als Verbrecher definiert sind: Wären sie Kombattanten, müssten sie als Gefangene in offen zugänglichen Lagern interniert werden – wären sie (mutmaßliche) Verbrecher, dürften sie auf keinen Fall ohne Anklage, Prozess und Urteil einfach auf Verdacht und präventiv „gezielt getötet“ und „eliminiert“ werden.

Genau das aber ist der strategische Kern dieses Krieges, der daher auch auf Seiten der NATO exterministischen Charakter hat.

Das von der Bundeswehr zu verantwortende „Massaker“ (Jürgen Todenhöfer) von Jakob Baj am 4.9.2009 signalisierte geradezu symbolisch, dass die Bundeswehr, falls sie nicht abzieht, genau dieser exterministischen Strategie verpflichtet ist und weiter sein wird.

Es ist also ein Krieg, dessen entscheidende taktische Mittel „Drohnen“ im wörtlichen und überragenden Sinne sind: automatische oder von Menschen geflogene Luftangriffe als „gezielte Tötungen“, bei denen zugegebenermaßen „unschuldige“ Opfer in erschreckendem Umfang bereits in einem vorherigen CDE = Collateral Damage Estimate akzeptiert werden, sowie „gezielte Tötungen am Boden“, ebenfalls mit durchschnittlich hohen zivilen Opfern („Taliban-Jagden“ genannt) durch Elite-Einheiten wie das KSK. Wie sollen junge Männer ohne Sprach- und Kulturkenntnisse einen (von vornherein immer „des Todes schuldigen!“) „Taliban“ von einem „Unschuldigen“ unterscheiden?

Sie müssen sich auf die Informationen und Befehle ihrer Vorgesetzten verlassen, die ebenfalls sprach- und kulturunkundig sind und sich einfach auf die Denunziation von „Informanten“ verlassen. Der Kern dieser Strategie besteht also darin, Terror mit Gegen-Terror zu bekämpfen und sich auf diese Weise an den terroristischen Gegner anzugleichen. Kein Wunder, dass dieser wahrhaft schmutzige Krieg es in nun fast zehn Jahren nicht erreicht hat, die „terroristischen Taliban“ zu „eliminieren“ – dass er sie vielmehr offensichtlich vermehrt hat.

Das letzte Argument gegen den Abzug ist also die Drohung mit den Folgen: „Gnade uns Gott, wenn die Taliban zurückkommen!“ Als ob sie nicht längst zurückwären und als ob nicht die überwältigende

Mehrheit auch der Talibangeegner in Afghanistan die eine oder die andere Spielart von Islam/„Islamismus“ verträten. Da „Taliban“ ein Plastikwort ist, wird jede Art von Renitenz zu „Taliban“ – und auch dadurch werden es immer mehr. Die jetzige Situation ist eben die Konsequenz der „Terrorkrieg-Strategie“ und gänzlich von deren Befürwortern zu vertreten. Von den Kritikern dieser Strategie nun das Wunder einer sofortigen alternativen Ideallösung einzufordern, ist ein Gipfel unfairen Diskussionsstils.

Dennoch ist sicher: Weil Eskalation in die Sackgasse geführt hat, gibt es zur Deeskalation keine Alternative. Wer in der Sackgasse steckt, muss umkehren und nicht stur weitermarschieren. Militärischer Rückzug und Deeskalation werden nicht umgehend Wunder wirken, wohl aber bisher noch gar nicht versuchte Optionen öffnen. Das hat auch eine finanzielle Komponente, die nicht verheimlicht werden darf: Der Krieg kostet täglich Unsummen, von denen schon die Hälfte enorme friedliche Alternativpotentiale eröffnen könnte. Die starke Opposition im Iran zeigt im übrigen das Potential eines innerislamischen Pluralismus – würde die Welt-Junta auch dort militärisch intervenieren, so würden die Interventen sofort zum allgemeinen Hauptgegner und die Opposition geschwächt werden. Die Wegnahme des äußeren Drucks wird also mittelfristig Schritte zu einem innerafghanischen Ausgleich und einer innerafghanischen Befriedung auf jeden Fall erleichtern. So viel ist sicher: Die Eskalation des Krieges wird die schon gegebene Katastrophe noch katastrophaler und noch auswegloser machen.

Damit steht Deutschland nun für alle sichtbar am Scheideweg: Entweder sich an die Mitgliedschaft in der informellen militärischen „Welt-Junta“ zu klammern und die exterministische Strategie eines „Terror-Krieges“ bewusst zu akzeptieren – oder ein vernünftiges Nein zu sagen und die Bundeswehr nachhause zu holen, wodurch nicht zuletzt auch die deutschen Soldaten aus Lebensgefahr und der Gefahr von „Befehlsnotständen“ befreit würden. Die Forderung nach „umgehendem“ Abzug ist im Sinne eines verpflichtenden politischen Signals zu verstehen: Am Anfang könnte etwa eine einseitige Erklärung stehen, jede Art offensive militärische Aktion und insbesondere das Anfordern von „Luftunterstützung“ und die „gezielten Tötungen“ mit sofortiger Wirkung definitiv einzustellen, woraus sich ein Waffenstillstand entwickeln könnte. Die technischen Probleme eines schnellen Abzugs können Armeen erfahrungsgemäß lösen, sobald ein Abzug politisch entschieden ist.

Ein solcher Schritt Deutschlands könnte auch mehreren schon bestehenden Initiativen für eine Friedenskonferenz unter führender Beteiligung von Vertretern aller Gruppen der afghanischen Zivilgesellschaft eine entscheidende Unterstützung verleihen.

Selbstverständlich sollten leichtfertige Vergleiche mit früheren deutschen Kriegen vermieden werden, wohl aber sollten die Erfahrungen als Warnschilder dienen. Die deutsche Wehrmacht hatte im Zweiten Weltkrieg, obwohl sie und ihre Nachfolger bekanntlich bis heute für „sauber“ plädieren, den berüchtigten geheimen „Kommissarsbefehl“ zu verantworten. Der bestand in nichts anderem als in „gezielten Tötungen“ von tatsächlichen oder vermeintlichen aktiven Kommunisten hinter der Ostfront auf bloße Denunziation hin. Heute häufen sich in Afghanistan Meldungen über „Vorfälle“ mit internationalen Eliteeinheiten, die sehr ernste „Rutschgefahren“ signalisieren. Auch wenn die Bundeswehr selten direkt beteiligt sein sollte, sitzt sie im gleichen Boot. Abweichend von den Befürwortern des Afghanistankrieges vertreten wir die Ansicht, dass wir als Deutsche aufgrund unserer militärischen Geschichte sehr wohl fatale Eskalationsprozesse besonders aufmerksam beobachten und besonders konsequent meiden sollten.

Wir können ja nicht ein weiteres Mal auf eine neuerliche „Gnade der späten Geburt“ warten, weil wir ja sämtlich schon längst geboren sind.

Die Liste der bisherigen Unterzeichnerinnen und Unterzeichner ist nachzulesen unter <http://www.afghanistanappell.de/>.

Kosovo – war da was? Ist da was?

Eckart Spoo

Nahezu 100.000 Bundeswehr-Soldaten waren in den vergangenen elf Jahren im Kosovo eingesetzt, jeweils für einige Monate. Was wissen wir darüber? Die Medien berichten fast nichts. In der „tageszeitung“ war einmal zu lesen: „Gefahr und Langeweile: so läßt sich die Realität im Camp am kürzesten umschreiben. Die Bundeswehr bietet den Soldaten Abwechslung, damit die Zahl der Selbstmorde in der Truppe nicht noch weiter steigt.“ Interessant. Aber die „taz“-LeserInnen erfuhren nur indirekt davon, denn der Artikel war kein Bericht aus dem Kosovo, sondern handelte von einem dort gedrehten Film ohne Breitenwirkung.

Ende März 2010 wurde das deutsche Medienpublikum ein wenig an diesen Bundeswehreininsatz erinnert, als Minister zu Guttenberg der Truppe im Kosovo einen Kurzbesuch abstattete und sich dabei von Journalisten begleiten ließ. Er nannte den Einsatz „eine Erfolgsgeschichte“. Der Erfolg reicht aber offenbar noch längst nicht aus, um den Einsatz zu beenden. Guttenberg kündigte lediglich an, daß er sich im Herbst mit dem Gedanken befassen will, das deutsche Kontingent der „Kosovo-Force“ (KFOR) zu verkleinern. Die „erfolgreiche Mission“ soll noch jahrelang fortgeführt werden. Deutschland ist der größte Truppensteller der KFOR.

Auf der Internet-Seite „Bundeswehr im Einsatz > Aktuelle Einsätze > Balkan-Einsätze > Kosovo (KFOR)“ stellt die Bundeswehr ihre Aufgabe so dar: Am 10. Juni 1999 habe der UN-Sicherheitsrat den Einsatz der NATO-Truppe Kosovo-Force in der Weise geregelt, daß diese „als erste Aufgabe den Abzug der jugoslawischen Truppen und die Entmilitarisierung des Kosovo überwachen sollte“. Das heißt also: Die Provinz Kosovo des jugoslawischen Bundeslandes Serbien sollte, nachdem die NATO mit 78-tägigen Bombardements die blockfreie Bundesrepublik Jugoslawien besiegt hatte, von jugoslawischen (multiethnischen) Truppen geräumt werden, die militärische Macht sollte auf die NATO übergehen, und dieser Wechsel sollte „Entmilitarisierung“ genannt werden. Unerwähnt läßt die Bundeswehr in diesem Zusammenhang die UCK, eine von der NATO vor ihrem Bombenkrieg hochgerüstete Truppe einer separatistischen Organisation der albanischen Bevölkerungsgruppe im Kosovo.

Weiter liest man auf der Propagandaseite der Bundeswehr: „Nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo am 17. Februar 2008 hat die NATO beschlossen, daß KFOR im Land bleiben soll.“ Hierzu ist anzumerken: Mit Rückendeckung der KFOR, also der NATO, ging nach dem Krieg die Vertreibung nichtalbanischer Bevölkerungsgruppen durch die albanischen Separatisten

weiter, bis in den meisten Gebieten des Kosovo keine Serben, Roma, Türken, Ägypter und Juden mehr lebten. Die systematische Zerstörung der territorialen Integrität und Souveränität Jugoslawiens und Serbiens – schwerlich vereinbar mit dem Völkerrecht, namentlich mit der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) – führte zu einer Unabhängigkeitserklärung, die von den meisten Mitgliedsstaaten der UN, darunter Rußland und China, und sogar von einigen NATO-Mitgliedsstaaten bis heute nicht anerkannt ist.

Weiter im Bundeswehr-Text: „Im Juni 2008 einigte sich die NATO auf neue Aufgaben. Sie wird zukünftig die Entwicklung von professionellen, demokratischen und multiethnischen Sicherheitsstrukturen überwachen.“ Zur Erläuterung: Die unter Anleitung und Kontrolle der NATO entwickelten Militärstrukturen des Mini-Landes, die im wesentlichen auf die Bürgerkriegstruppe UCK zurückgehen, sind alles andere als multiethnisch. Die militärische Hauptmacht im Lande bleibt aber die NATO. Die riesige US-Basis Camp Bondsteel, die wie für die Ewigkeit gebaut zu sein scheint, hat Kapazitäten, die weit über die Beherrschung des Amselfeldes (Kosovo) hinausreichen. Englisch ist eine der drei Amtssprachen – neben Albanisch und Serbisch; letztere ist weitgehend verdrängt.

Das Desinteresse der deutschen Medien am Kosovo und an den dort eingesetzten deutschen Soldaten ist die logische Fortsetzung der Desinformation über den Angriffskrieg der NATO 1999 und dessen Vorgeschichte. Die Zerschlagung Jugoslawiens war schon seit langem erkennbares Ziel deutscher Außenpolitik gewesen. Der frühere Bundesverteidigungsminister Rupert Scholz zum Beispiel hatte Jugoslawien als künstliches Gebilde bezeichnet, das als Ergebnis des Ersten Weltkrieges auf Dauer keinen Bestand haben werde. In diesem Sinne hatte dann Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher Slowenien und Kroatien als unabhängige Staaten anerkannt – entgegen massiven Warnungen des damaligen UN-Generalsekretärs und der westeuropäischen Verbündeten.

Letztlich entscheidend und das Schicksal Jugoslawiens besiegelnd waren die Bombenangriffe im Frühjahr 1999. Zu ihrer Rechtfertigung wurden Lügen von der Art gebraucht, wie sie jedem Krieg vorangehen: angebliche serbische Massaker in der Provinz Kosovo, ein angeblicher Plan zur Vertreibung der Albaner aus dem Kosovo, ein angebliches KZ im Stadion der Kosovo-Hauptstadt Pristina und so weiter. Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping verbreitete immer gräßlichere Details, die

ebenfalls allesamt frei erfunden waren. Die Medien übernahmen fast unterschiedslos die Propaganda des Ministers und des damaligen NATO-Sprechers in Brüssel, Jamie Shea. Belogen wurde die Öffentlichkeit auch über die angeblich fehlende Bereitschaft des jugoslawischen und serbischen Präsidenten Slobodan Milosevic zu einer friedlichen Konfliktlösung (Geheimverhandlungen in Rambouillet).

Während des Bombenkrieges reiste ich mit einer Gruppe von Gewerkschaftskollegen unter dem Motto „Dialog von unten, statt Bomben von oben“ zu serbischen Kollegen in Novi Sad, Belgrad, Kragujevac, Nis und anderen Städten. Was wir sahen und miterlebten, unterschied sich wie Tag und Nacht von dem, was die deutschen Medien fast unisono „berichteten“. Wir trafen in Belgrad auch den damaligen ARD-Korrespondenten Klaus Below. Er war ausgerechnet während des Krieges kaum auf deutschen Bildschirmen zu sehen – aus dem einfachen Grunde, weil das, was er wahrheitsgemäß berichten konnte und wollte, der NATO-Propaganda und den Erwartungen der „Tagesschau“-Redaktion widersprach. Er erzählte uns das voller Empörung. Von den tatsächlichen Gründen und Zielen des Krieges, dem Verlauf und den Ergebnissen, den Opfern und Kosten erfuhr das deutsche Publikum nahezu nichts. Das serbische Fernsehen, das einen Eindruck von den Zerstörungen in weiten Teilen Serbiens und viele andere Informationen hätte vermitteln können, wurde auf Veranlassung des deutschen Außenministeriums von der Eutelsat-Zentrale in London abgeschaltet.

Bevor unsere Gruppe nach Serbien reiste, hatten wir unsere Absichten auf einer Pressekonferenz unter Mitwirkung von Inge und Walter Jens und anderen Prominenten mitgeteilt; es erschien kaum eine Zeile darüber. Zu einer Pressekonferenz nach unserer Rückkehr kamen mehr als 50 Journalisten, aber die meisten konnten bei den Blättern oder Sendern, für die sie arbeiteten, nichts unterbringen. Ein umfassender Bericht erschien in der Zweiwochenschrift „Ossietzky“, deren Mitherausgeber ich bin. Noch übler als uns erging es dem Schriftsteller Peter Handke, einem exzellenten Kenner des Balkans, der sich ebenfalls während des Krieges in Serbien umsah und wegen seiner zutreffenden Darstellungen wütend beschimpft wurde.

Durch diese Erfahrungen herausgefordert unternahm mein Gewerkschaftskollege Rolf Becker, ein bekannter Schauspieler, und ich – er noch viel häufiger als ich – nach dem Krieg weitere Reisen, auch ins Kosovo, um Kriegsopfern zu helfen, vor allem aber um uns über ihre Lage zu informieren und um dann darüber in Deutsch-

land zumindest in Veranstaltungen berichten zu können.

Der Krieg hieß NATO-offiziell von Anfang an „Kosovo-Krieg“ – verfälschend und verharmlosend, weil damit von den immensen Bombenschäden in anderen Teilen Serbiens abgelenkt wurde. Aber selbstverständlich interessierten wir uns auch für die speziellen Kriegsfolgen im Kosovo. Gemeinsam mit Peter Handke hofften wir 2007, acht Jahre nach dem Krieg, endlich Aufmerksamkeit und Anteilnahme wecken zu können. Aktueller Anlaß für unser Engagement war das Geschrei, das sich im Düsseldorfer Stadtrat erhob, nachdem eine unabhängige Jury Handke den mit 50.000 Euro dotierten Heinrich-Heine-Preis der Stadt zugesprochen hatte. Er verzichtete unter diesen Umständen auf den Preis. Daraufhin vereinbarte ich mit Freunden, für einen alternativen Heinrich-Heine-Preis zu sammeln. In dem Aufruf (unterzeichnet u.a. von Rolf Becker, Esther Bejerano, Daniela Dahn, Arno Klönne, Otto Köhler, Werner Mittenzwei, Claus Peymann, Käthe Reichel, Karl-Heinz

seitestehen und sie, die Geste, vorbeilassen für etwas anderes, für ein Zeichengeben über mich hinaus. Warum also nicht ein Preisgeld, wenn es zustandekäme, an die serbischen Enklaven, die letzten, im Kosovo, übermitteln, an Dörfer, die, allseits umzingelt, im Elendstrichter von Europa vegetieren müssen, beschützt und bewacht von jenen Staaten, den westeuropäischen, die ihnen mit Bombengewalt den eigenen Staat = Jugoslawien geraubt, geraubtschatzt haben?“

Es gelang uns, die 50.000 Euro (die er in Düsseldorf hätte bekommen sollen) zu sammeln, wozu viele Hunderte Spender beitrugen, teilweise mit kleinsten Beträgen. Handke entschied sich für die Ortschaft Velika Hoca. Rolf Becker, die Schauspielerinnen Käthe Reichel, der Intendant Claus Peymann, der viele Handke-Stücke inszeniert hatte, und ich reisten mit Peter Handke dorthin. Wir übergaben ihm am Ostermorgen 2007 das Preisgeld, er reichte es an die Verantwortlichen des Ortes weiter: eines rings von NATO-Stacheldraht umgebenen



Roth, Peter Urban, Gerhard und Ingrid Zwerenz) hieß es: „Keiner der Verantwortlichen wurde für die Manipulationen und die Kriegspropaganda zur Rechenschaft gezogen, noch gab es jemals eine öffentliche Debatte darüber (auch nicht nach der verdienstvollen WDR-Sendung ‚Es begann mit einer Lüge‘ anderthalb Jahre nach dem Beginn der NATO-Bombenangriffe auf Jugoslawien), aber über den Heinrich-Heine-Preis an Peter Handke ereifern sich Medien und Politiker, die verbergen wollen, was er aufzudecken bemüht ist.“ Und wir zitierten Handke: „Was weiß man, wo eine Beteiligung beinahe immer nur eine (Fern-)Sehbeteiligung ist? Was weiß man, wo man vor lauter Vernetzung und Online nur Wissensbesitz hat, ohne jenes tatsächliche Wissen, welches allein durch Lernen, Schauen und Lernen, entstehen kann? Was weiß der, der statt der Sache einzig deren Bild zu Gesicht bekommt oder, wie in den Fernsehnachrichten, ein Kürzel von einem Bild oder, wie in der Netzwelt, ein Kürzel von einem Kürzel?“

Handke schrieb uns: „Ich bin berührt von Ihrer Geste, zugleich möchte ich aber bei-

Serben-Dorfes, dessen Bewohner seit Jahren von vielen ihrer Felder und Weinberge abgeschnitten waren und in ständiger Angst vor Vertreibung lebten. Die meisten Jugendlichen sahen in ihrem Heimatort unter diesen Bedingungen keine Zukunft für sich, gingen für immer fort.

Serbische Medien berichteten ausführlich, auch in Österreich erschienen informative Artikel, in Deutschland brachte die „Zeit“ eine anschauliche Reportage, ansonsten waren hauptsächlich Gehässigkeiten mit geringem Wahrheitsbezug zu lesen. Wir mußten uns also eingestehen, daß wir gegen die Kriegsherrschaftspropaganda der weitgehend monopolisierten deutschen Medien nicht ankamen. Aber wir dokumentierten unsere Reise in einem „Ossietzky“-Sonderheft (Heft 15, vom 28.7.2007)

Darin schilderten wir auch einen Besuch in Prizren, der Hauptstadt der deutschen Besatzungszone im Süden des Kosovo. Dort hatte es ein serbisches Wohnviertel gegeben. Wir wollten es besichtigen. Es war ebenfalls mit NATO-Stacheldraht umgeben, der aber nichts mehr schützte. Das ganze Viertel war niedergebrannt, ausgestorben.

Auf einer Hügelkuppe oberhalb des Viertels stand eine Kirche, die dem deutschen Militär als Geschützstand diente. Wir stiegen hinauf, sprachen mit den diensthabenden Soldaten. An dieser Stelle hatten sich in früheren Jahren führende deutsche Politiker gern filmen lassen und große Worte über die „humanitäre Mission“ der Bundeswehr in die Mikrofone gesprochen. Von hier aus überblickte man die ganze Stadt und vor allem das nahe Serbenviertel, dessen Bewohner vor Überfällen albanischer Separatisten geschützt werden sollten. Dennoch war das Viertel eines Nachts in Brand gesetzt worden, und die einzige Hilfe der Bundeswehr bestand in der Bereitschaft, die obdachlos gewordenen Serben wegzubringen, weg vom Kosovo in andere Teile Serbiens, wo sie seitdem als Flüchtlinge leben. Eine ethnische Säuberung unter Aufsicht des deutschen Militärs. Seitdem, so sagten uns die Soldaten, sei in Prizren und Umgebung alles ruhig. Die Gegend sei „serbenfrei“.

Dem Pogrom war, wie die Bundeswehr inzwischen in einer Chronik zusammenfaßte, Folgendes vorausgegangen: Im Norden des Kosovo, in der Stadt Kosovska Mitrovica, die südlich des Flusses Ibar von Albanern, nördlich größtenteils von Serben bewohnt ist, sei „es zu Unruhen und gewalttätigen Ausschreitungen gekommen“, die sich schnell über das ganze Kosovo ausbreiteten. Auslöser sei „der durch Verbreitung eines Gerüchtes entstandene Zorn gegen die serbische Minderheit“ gewesen. „Es wurde behauptet und verbreitet, Serben hätten albanische Kinder in den Fluß getrieben und diese wären in Folge dessen ums Leben gekommen. Eine von der UN-Mission im Kosovo eingesetzte Kommission kommt nach Abschluß der Untersuchungen zu dem Ergebnis, daß die serbische Bevölkerungsgruppe nicht für den Tod der Kinder verantwortlich ist.“

Aber in Deutschland hielt sich das Feindbild „die Serben“ – bis heute. Dreimal innerhalb eines Jahrhunderts (1914, 1941 und 1999) war Deutschland an Aggressionskriegen gegen Serbien beteiligt. Die dort im Zweiten Weltkrieg begangenen Kriegsverbrechen waren so ungeheuerlich, daß die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ sich ganz auf dieses Land und Weißrussland konzentrierte. Das größte Massaker auf dem Balkan war das in der serbischen Industriestadt Kragujevac, wo deutsche Soldaten an einem Oktobertag 1941 innerhalb weniger Stunden mehr als 7.000 Menschen erschossen. Ganze Schulklassen mußten mit ihren Lehrern antreten, um erschossen zu werden. Bei einem der schweren NATO-Bombenangriffe 1999 wurde auch die Gedenkstätte getroffen, die an dieses Massaker erinnerte. In Deutschland kennt kaum jemand den Namen Kragujevac, fast jeder aber den Namen Srebrenica, freilich ohne Kenntnis dessen, was in den 1990er Jahren tatsächlich in dieser bosnischen Stadt geschah, denn darüber haben die tonangebenden deutschen Medien einseitige, falsche Darstellungen verbreitet – bis heute. Mit Kosovo hat Sre-

brenica nicht das Geringste zu tun, außer daß es angeblich beweist, wie verbrecherisch die Serben sind, vor denen deswegen nun die Albaner geschützt werden müssen.

Beteiligt an den deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg war die aus Kosovo-Albanern rekrutierte SS-Division „Skanderbeg“. Ich erwähne sie als eine der vielen schweren historischen Belastungen des Verhältnisses zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen. Es war eine große politische Leistung unter Tito und auch noch unter Milosevic, daß zwischen den Ethnien jahrzehntelang Ruhe und Frieden herrschte. Um so infamer war es, daß Deutschland in der 1990er Jahren wieder eine antiserbische Truppe von Kosovo-Albanern ausrüstete, die UCK, die die im Zweiten Weltkrieg eingeleitete gewaltsame Vertreibung von Serben und anderen Nichtalbanern aus dem Kosovo fortsetzte. Daß umgekehrt die rund 100.000 Albaner in der serbischen Metropole Belgrad immer unbehelligt blieben, ist eine der Tatsachen, die die antiserbische Propaganda in Deutschland niemals registrierte. Das Feindbild blieb, obwohl Serbien seit dem Sieg der NATO-Luftstreitkräfte fast alle geforderten Unterwerfungsakte leistete. Inzwischen ist der WAZ-Konzern, der Pressemonopolist im Ruhrgebiet sowie im östlichen Niedersachsen und in Thüringen, auch Meinungsführer in Serbien geworden. Die Sieger brauchen dieses Feindbild und all die Lügen, aus denen es zusammengesetzt ist, noch immer, um sich ihrer Schuld nicht stellen zu müssen. Das gilt in Deutschland nicht zuletzt für viele Sozialdemokraten und Grüne, deren Koalition unter Gerhard Schröder und Joseph Fischer Deutschland in den dritten antiserbischen Krieg geführt hat. Nicht zufällig empörten sich auch im Düsseldorfer Stadtrat vor allem Sozialdemokraten und Grüne über die Zuerkennung des Preises an Handke: Sie wünschten sich, daß nicht wahr sei, was er aus Jugoslawien zu berichten hatte.

Noch nach dem Krieg setzten albanische Terroristen im Kosovo immer wieder serbische Kirchen und Klöster in Brand. Fast alle mittelalterlichen Heiligtümer der serbisch-orthodoxen Kirche standen hier, auf dem Amsfeld. Ein großer Teil von ihnen wurde niedergebrannt. Die Bewachung der restlichen ist jetzt eine Hauptaufgabe der KFOR; Dutzende Bundeswehr-Soldaten sind für den Schutz eines einzigen Klosters eingesetzt. Nachrichten von weiterer Zerstörung des dortigen christlichen Kulturerbes wären politisch unerwünscht.

Hat sich der Krieg, hat sich die militärische Besetzung des Kosovo für die albanische Bevölkerungsgruppe gelohnt? Ja – für die Kriminellen, die sich zurückgebliebenes Gut vertriebener Serben aneigneten. Ja auch für viele Zehntausende Albaner aus dem extrem armen Nachbarland Albanien, die sich inzwischen im Kosovo angesiedelt haben. Ja für alle insofern, als sie jetzt unabhängig von multiethnischen Institutionen in Belgrad sind. Aber nein: Herren im eigenen Land

sind sie nicht geworden. Bisher ist das Kosovo faktisch ein Protektorat der NATO, der USA und der EU. Wirtschaftlich und sozial liegt das Ländchen am Boden, und nichts deutet darauf hin, daß es sich in absehbarer Zeit aufrichten könnte. Nahezu die Hälfte der Bevölkerung ist erwerbslos.

Bezeichnend: Die Bundeswehr berichtet auf Ihrer Website unter der Überschrift „Wie werden die KFOR-Soldaten versorgt: (...) die Güter des täglichen Bedarfs einschließlich Lebensmittel werden hauptsächlich auf dem Landweg ins Kosovo gebracht. (...) Obst, Gemüse und Wasser in Trinkflaschen werden direkt aus den Erzeugerländern Mazedonien und Griechenland eingekauft.“ Früher lieferte Kosovo Lebensmittel in andere Teile Jugoslawiens. Und die riesigen Bodenschätze im Raum Kosovska Mitrovica waren Grundlage einer staatlich (mit starken Mitwirkungsrechten der Beschäftigten) betriebenen Industrie, die seit dem Krieg größtenteils stillgelegt ist. Über 90 Prozent der Waren, die in den Geschäften ausliegen, sind importiert.

Die „Deutsche Welle“ teilte im Februar 2010 in einem der seltenen Berichte aus dem Kosovo mit: „Im Kosovo gelten zwar europäischer Lebensstandard und europäische Preise, das Einkommen liegt dagegen auf einem afrikanischen Niveau.“ Der primitive Nationalismus, der in der Vergangenheit immer aufs Neue von außen angestachelt wurde, macht die Menschen auf Dauer nicht satt.

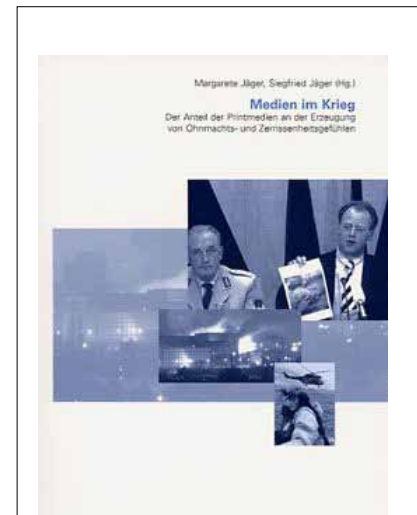
Was auf dem Balkan nottut, ist enge wirtschaftliche Kooperation der benachbarten Länder – eine Kooperation, wie sie einst in Jugoslawien nicht perfekt, aber einigermaßen funktionierte, aber durch den Krieg, durch die planmäßige Zerstückelung vorerst unmöglich gemacht wurde.

„Die erfolgreiche Mission auf dem Balkan macht zu Guttenberg deutlich mehr Freude als der Einsatz in Afghanistan – trotz des fehlenden Interesses in Deutschland. Aus dem Kosovo gibt es momentan nichts Negatives über die Bundeswehr zu berichten. Zwar blühen dort Korruption, Arbeitslosigkeit und Kriminalität, doch dafür trägt der deutsche Verteidigungsminister keine Verantwortung“, meinte „Die Zeit“ im März 2010 nach dem Ministerbesuch in Prizren. Aber wer trägt Verantwortung wenn nicht hauptsächlich die deutsche Politik – bis heute?

Die KFOR, in der Deutschland gemeinsam mit den USA die führende Rolle spielt, ist und bleibt in Kosovo – aus geostrategischen Gründen, aber auch zur Verhinderung neuer Unruhen, die man jetzt nicht mehr brauchen kann. Mit Sorge denkt man an das für Herbst dieses Jahres zu erwartende Urteil des Internationalen Gerichtshofs über die Klage Serbiens gegen die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo. Das Urteil könnte entweder die Albaner oder die Serben oder beide enttäuschen und in Rage bringen. In diesem Jahr stehen auch noch große Feierlichkeiten der serbisch-orthodoxen Kirche

im Kosovo bevor, von denen sich, wie man in der KFOR fürchtet, die muslimischen Albaner provoziert fühlen (oder auf die sie mit Provokationen reagieren) könnten.

Gern würde die deutsche Politik noch ein weiteres Problem los, das ebenfalls eine Folge des von ihr angestachelten ethnischen Gegeneinanders im Kosovo ist: Rund 10.000 Roma aus dem Kosovo leben als lediglich geduldete Flüchtlinge in Deutschland, ständig von Abschiebung bedroht. Die Fraktion der Partei Die Linke im Bundestag fordert in einem aktuellen Antrag eine „dauerhafte Bleiberechtsregelung“ und erklärte zur Begründung: „Keine andere Minderheit wird in Europa derart umfassend und massiv ausgegrenzt, verfolgt und diskriminiert wie die Roma, und nirgendwo ist die soziale, ökonomische und politische Situation der Roma derart verzweifelt und hoffnungslos wie in der Region Kosovo.“ Pro Asyl und andere Menschenrechtsgruppen wiesen jüngst in einem gemeinsamen Appell vor allem auf die in Deutschland geborenen oder aufgewachsenen Kinder hin, die hier ihre Heimat haben und für die Abschiebung Vertreibung bedeutet: Ihnen und ihren Familien müsse Deutschland „endlich einen rechtmäßigen Aufenthalt aus humanitären Gründen“ gewähren und sie von ihrer Angst befreien.



Margarete Jäger / Siegfried Jäger (Hg.)

Medien im Krieg. Der Anteil der Printmedien an der Erzeugung von Ohnmachts- und Zerrissenheitsgefühlen

ISBN 3-927388-79-3

301 S., 18 €

Im Krieg der NATO gegen Jugoslawien haben die Medien eine wichtige Rolle gespielt. Eine Diskursanalyse der Printmedien zeigt, dass sie dazu beitragen, in der Bevölkerung eine Hinnahme des Krieges zu organisieren – obwohl diese den Krieg weitgehend ablehnte.

Leben in Vielfalt:

Für eine Politik der Hoffnung ohne Angst

Ein Manifest für ein anderes Europa

Europa ist in Aufruhr. Und man sagt uns, dass wir uns sorgen müssten – um unsere Sicherheit, unsere Kultur, unsere Arbeitsplätze, unsere Freiheiten, unseren komfortablen Alltag, unsere Zukunft. Man sagt uns, dass es keine Alternative gibt – zum Verlust der Sicherheit der Arbeitsplätze, zur Kürzung der Einkommen und zu verlängerter Lebensarbeitszeit, zur Verwandlung unserer Nachbarschaften, unserer Städte und unserer Länder zu umzäunten Lagern, die uns vor angeblichen Feinden schützen sollen – den Einwanderinnen, den Armen, den kulturell, religiös und ethnisch anderen.

Ist dies der Weg nach vorn in einem Europa, das schon Heimat für Millionen Menschen unterschiedlicher Herkunft, mancherlei religiösen und kulturellen Einstellungen und mancherlei grenzüberschreitenden Verbindungen ist? In diesem Europa ist es Unsinn, die Grenzen zu schließen, das Spiel der guten Einheimischen und der bösen Fremden zu spielen, ethnische und kulturelle Reinheit zu predigen und alles Fremde zu dämonisieren.

Die fremdenfeindliche Rhetorik, die zurzeit den öffentlichen Raum beherrscht, lenkt von den dringenden Fragen des Alltags ab: Nämlich wie man gegen ökonomische und soziale Gefahren und Unsicherheit mit neuen Ideen und Taten vorgehen kann und wie man neue Formen finden kann, inmitten wachsender sozialer und kultureller Vielfalt nachbarschaftlich zusammenzuleben.

Wir, eine Gruppe besorgter Menschen, appellieren an die politische Verantwortung der europäischen Meinungsführer und Politiker. Wir fordern das Ende einer Politik der Angst und ein Engagement für eine Politik der Hoffnung. Sonst könnte sich Europa noch einmal in eine lange, dunkle Zeit des Hasses und der Feindschaft verwickelt sehen, aus der es kaum ein Zurück geben wird und die – wie in der Vergangenheit – dazu führen wird, dass Freunde Feinde werden, die zu undenkbarsten Monstrositäten bereit sind. Wir stehen dicht vor dem Abgrund, vor dem es kein Zurück mehr gibt. Diese wahrgenommene Notlage gibt uns Anstoß zu diesem Manifest – als Appell an alle in Europa, die sich um seine Gegenwart und Zukunft Sorgen machen, sich uns anzuschließen in dem Bemühen, eine Politik der Solidarität zu konzipieren und umzusetzen, die dem 21. Jahrhundert angemessen ist.

Eine solche neue solidarische Politik in Europa muss mindestens die folgenden vier zentralen Prinzipien enthalten und sich darauf stützen:

1. Vielfalt als das Wesen Europas. Die Vision eines authentischen und reinen, kulturell homogenen Europas ist nichts als eine bloße Fiktion, jedoch eine mächtige und gefährliche. Lassen wir uns daran erinnern und eingestehen, dass Europa für die Schaffung seiner besten Errungenschaften stets die kreativen Energien der Welt einbezog sowie das positive Engagement von Menschen unterschiedlicher Herkunft, mit komplexen Biographien und den Respekt gegenüber Unterschieden und Präferenzen des Geschlechts, der Herkunft, der Sexualität, der Religion und der Kultur. Im Angesicht einer unsicheren und turbulenten Zukunft, ist es diese Tradition der Offenheit und Akzeptanz, und nicht Europas anderes, dunkleres Erbe angeblicher Überlegenheit, der Engstirnigkeit und des Verdachts, die wiederbelebt werden muss.

2. Ein Ethos der Solidarität und der Hoffnung. Wenn es darum geht, Unsicherheit und Turbulenzen zu überwinden, dann beweist die Geschichte, dass dies am besten durch Mut und Dialogbereitschaft erreicht werden kann und nicht durch Angst und Intoleranz. Die Politik der Angst, die die europäische Gesellschaft beherrscht, muss aufgezeigt und zurückgewiesen werden, und es muss Platz geschaffen werden für ein Ethos, die Zukunft mit Zuversicht anzugehen, indem die kollektiven Energien unterschiedlicher Bevölkerungen mobilisiert werden. Ein solches Ethos würde uns in die Lage versetzen, die allgemeinen Belange aller Menschen in der europäischen Gesellschaft unabhängig von ihrer Herkunft zu schützen – ein Ethos der Hoffnung und nicht der Angst, von Vertrauen und nicht von Misstrauen, von Gegenseitigkeit und nicht von Unterwerfung, von Dialog und nicht von Verdammung, von Gespräch und nicht von Aggression.

3. Schutz der Gemeinsamkeiten. Man muss gemeinschaftlich die Vorstellung von dem, was die „Gemeinsamkeiten“ sind, erneuern – ein Gefühl für das Entstehen und die Sicherung unserer gemeinsamen kulturellen, ökonomischen und sozialen Umgebung, zusammen mit dem Schutz der natürlichen Umwelt vor Zerstörung und Verschwendung entwickeln. Schlüsselemente einer solchen Politik der Gemeinsamkeiten sind die Errichtung einer aktiven öffentlichen Sphäre, vernünftige öffentliche Dienstleistungen und dynamische öffentliche Räume, Respekt vor und Schutz der Natur, Sicherung gegen Gefahren und Risiken, versorgungswirtschaftliche Einrichtungen und Technologien, die befähigen und nicht behindern. Vor allem muss eine Kultur des Respekts für die Gemeinsamkeiten zu einem Mittel werden, Unterschiede miteinander zu versöhnen.

4. Eine solidarische Wirtschaft. Fragen der Kulturpolitik sind nicht zu trennen von wirtschaftspolitischen Fragen. Ökonomische Solidarität ist sowohl für die Förderung von Toleranz als auch von Integration unverzichtbar. Wir brauchen deshalb eine Politik, die sich auf das europäische Erbe sozialer Fairness stützt: eine soziale Ökonomie, die Möglichkeiten und Verdienst gerecht verteilt; eine allgemeine Sozialversicherung; gemeinschaftliche soziale Verantwortung; Arbeit für alle und faire Löhne, zusammen mit der dauerhaften Weiterentwicklung menschlicher Fähigkeiten. In Übereinstimmung mit dieser Tradition, die über spezielle ideologische Positionen und Parteilichkeiten hinausweist, wird dringend eine regulatorische Reform benötigt, die den Vorrang der Bedürfnisse der Gesellschaften vor denen der Märkte sicherstellt. Durch eine solche Politik kann es erreicht werden, dass sich zukünftiges Wachstum auf die Mehrzahl der Menschen und nicht nur auf einige Wenige richtet. So können soziale Haltungen und Praktiken generiert werden, die Neid und Feindschaft entgegen wirken.

Lasst uns gemeinsam antreten gegen eine Kultur des Notstand-Managements, die auf obsessiver Überwachung, Kontrolle und Verleumdung des Fremden und des Anderen basiert. Lasst uns stattdessen eine Kultur der Solidarität und der gemeinsamen Ziele jenseits aller Unterschiede kreieren.

Lasst uns eine unfaire und ungleiche Gesellschaft zurückweisen, eine Gesellschaft, die ihre eigenen Opfer und die von ihr selbst verursachten Schäden verhöhnt.

Lasst uns unseren Glauben an die Kräfte der Demokratie erneuern, an die Fairness und die soziale Gerechtigkeit gegenüber Allen.

Lasst uns in Europas Beziehungen zu allen Ländern, in denen Leben – menschliches und anderes – sehr häufig der billigste Rohstoff ist neue Regeln etablieren, die auf Kooperation und Gegenseitigkeit basieren. Lasst uns akzeptieren, dass Neugier und Lernen von anderen der sicherste Weg ist, sich einer unbekannteren Zukunft zu stellen. Unser Appell ist so ehrgeizig wie schlicht: es geht darum, die Herausforderungen, die uns alle betreffen, als beste Grundlage für eine gemeinsames Handeln zu sehen, als Richtlinie für demokratische Politik in Europa; und die Potentiale, die darin liegen, in einem Europa der Unterschiede

zu leben, als beste Ressource zu erkennen, den Herausforderungen, die vor uns liegen, verantwortlich zu begegnen.

Dieses Manifest basiert auf einem offenen Brief des Forums engagierter Bürger Europas (Forum of Concerned Citizens of Europe), der heruntergeladen werden kann durch: at:www.forum.europa.org.

Das Forum ist gegründet worden durch Ash Amin (Durham), Albena Azmanova (Brüssel), Les Back (London), Laura Balbo (Mailand), Iain Chambers (Neapel), Nefise Özkal Lorentzen (Oslo), Bashkim Shehu (Barcelona), Pep Sobirós (Barcelona), Teun

A. van Dijk (Barcelona), Ruth Wodak (Lancaster).

Unter den ersten Unterzeichnern sind: Etienne Balibar, Peter Claussen, Jerzy Hausner, Ivan Krastev, Lord Bhikhu Parekh, Juan de Dios Ramirez-Heredia, Josep Ramoneda, Ziauddin Sardar, Richard Sennett, Tzvetan Todorov, Francois Vergés, Tana Zulueta ...

Übersetzung: Siegfried Jäger, Iris Tonks, Robert Tonks

Absage an die Politik der Angst

Interview zum Manifest für ein anderes Europa mit Teun A. van Dijk (Barcelona), Mitglied von Forum Europa und prominenter Vertreter einer Critical Discourse Analysis (CDA)

Siegfried Jäger: Teun, Du bist einer der Initiatorinnen des Manifests für ein anderes Europa. Mich erinnert diese Initiative an die teilweise durchaus gelungenen Aufrufe des „Club of Rome“. Worin unterscheidet sich Euer Anliegen davon, inhaltlich und politisch?

Teun A. van Dijk: Das Manifest ist ein Ergebnis der Diskussion einer Gruppe von Leuten, die sich *Forum Europa* nennt und von Pep Subirós (Barcelona) angeführt wird.¹ Der größte Teil des Textes wurde von Ash Amin (Durham, UK) formuliert und enthält zudem Beiträge einiger weiterer Autorinnen. Auf unserer Webseite, die zurzeit noch im Entstehen begriffen ist (www.forum-europa.org) findet man weitere Informationen über diese Gruppe „besorgter Bürgerinnen Europas“, wie wir uns vorerst genannt haben. Wir alle, jeder auf seinem Arbeitsgebiet, wurden durch die ständig zunehmende „Politik der Angst“ motiviert, durch sich ausbreitenden Rassismus und die Verletzung der Menschenrechte in Europa. Der implizite Bezug auf die Ziele des „Club of Rome“ in bezug auf die Natur ist keineswegs zufällig, sondern absichtsvoll. Bei einer früheren Diskussion mit der italienischen Soziologin Laura Balbo, ehemalige Ministerin der Unabhängigen Linken und Autorin einer Reihe von Büchern zum Thema Rassismus, entstand die Idee, und gegen diese ideologische Gefahr und gegen die Vergiftung der Köpfe und die in Europa alltäglichen Praxen, die sich gegen Einwanderinnen, Flüchtlinge und Minderheiten richten, zu unternehmen. Für unseren „Club of Barcelona“ – dem auch der türkisch-norwe-



gische Filmemacher Nefise Özkal Lorentzen angehört - war der Aufruf des „Club of Rome“ vor einem halben Jahrhundert für unser globales Denken über die Gefahren der Umweltzerstörung sehr wichtig.

Als Kritischer Diskursanalytiker und nach einigen Büchern über Diskurs und Rassismus und über die Rolle der „symbolischen Eliten“, die den öffentlichen Diskurs bestimmen (Politikerinnen, Journalistinnen, Professorinnen usw.), war ich von den fatalen Effekten der Hass-Diskurse für das Bewusstsein der Menschen überzeugt, mit denen „die Anderen“ für die mannigfachen Probleme Europas verantwortlich gemacht werden. Wie bei der manchmal langsamen und kaum erkennbaren Vergiftung der Umwelt so vergiftet auch jeder Negativ-Diskurs über Einwanderer langsam aber sicher die Köpfe der Menschen mit rassistischen, nationalistischen, islamfeindlichen oder eurozentristischen Haltungen und Ideologien, mag dies ein Wort wie „Illegale“ sein, das ein Minister gebraucht, und damit Menschen meint, die keine Papiere bekommen haben, oder Darstellungen in den Medien, die Einwanderer mit Differenz, Abweichung oder Bedrohung assoziieren. Diese Ideologien bilden bei der Masse der Bevölkerung die Grundlage für diskriminierendes

Handeln und Verhalten, für Ausgrenzung, Problematisierung und Marginalisierung von Anderen. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, eine breite europäische Debatte über diese gefährliche Entwicklung anzuregen, die durch die globale Wirtschaftskrise noch weiter verschärft wird.

Der Text betont, dass er nicht ideologisch und parteiisch sein will. Aber er tritt doch für unterdrückte und diskriminierte Menschen ein und nimmt Partei für eine gerechte Gesellschaft?

Es besteht kein Zweifel daran, dass die allgemeine Ideologie, die hinter diesem Manifest steht, progressiv und solidarisch mit unterdrückten Gruppen ist und kritisch gegenüber solchen Gruppen, Parteien oder Organisationen, die ihre Macht missbrauchen. Jedoch handelt es sich nicht um einen Text, der in erster Linie politische Parteien unterstützt oder attackiert. Es stimmt, dass viele der Ideologien und sozialen Praxen, die wir kritisieren, sowohl von Rechten wie Linken geteilt werden, obwohl sie eindeutig am extremsten und sichtbarsten bei der Extremen Rechten zu finden sind. Das Problem ist, dass die gegenwärtigen Politiken des Mainstream, etwa zu Einwanderung, Sicherheit, Terrorismus, den politischen Ideen der extremen Rechten von vor zwei Jahrzehnten sehr nahe gekommen sind. Natürlich sind Menschen wie Le Pen, Haider, Wilders, Fortuyn, Bossi und ihre Parteien in verschiedenen Ländern ein großes Problem und eine Schande für die demokratische und tolerante Reputation, die Europa nach dem Krieg erlangt haben mag. Aber es sollte nicht vergessen werden, erstens, dass die Ideologien der heutigen Rechten an eine sehr lange Tradition des europäischen Rassismus und Kolonialismus anknüpfen können, die in den letzten Jahrzehnten nicht mehr ohne weiteres als korrekt gelten. Zweitens, selbst wenn rechte Parteien bei Wahlen gelegentlich überraschend er-

¹ Pep Subirós, Schriftsteller und Philosoph und ehemaliger Professor an der Universitat Autònoma de Barcelona.

folgreich waren, repräsentieren sie selten mehr als 20% der Wähler. Das eigentliche Problem ist, dass die Parteien der Mitte, die um die Stimmen ökonomisch frustrierter oder ängstlicher Bürger kämpfen, angefangen haben, viele dieser völkisch-nationalistischen Ideen und Argumente zu kopieren.

Und die Situation ist gefährlich, wenn es kaum irgendeine Opposition und kaum Widerspruch im öffentlichen Diskurs dazu gibt und diese Ideen zunehmend als selbstverständlich hingenommen werden und zur herrschenden Ideologie in der Gesellschaft werden – wie dies vor 80 Jahren in Deutschland der Fall war und danach überall in Europa. Es ist deshalb absolut nötig, dass wir eine breite Bewegung und einen Diskurs entwickeln, der diese Art von Text und Rede kritisch beleuchtet, diese Haltungen, diese Ideologien, diese sozialen Praxen und diese offiziellen Politiken. Das ist es, was das Forum anregen möchte. Damit die Menschen so über die Gefahren eines verschmutzten verdorbenen kollektiven Bewusstseins ebenso aufgeklärt werden wie sie es über eine verschmutzte Umwelt sind. Wir sollten inzwischen aus der europäischen Geschichte bis zum Holocaust und zu ethnischer „Säuberung“ im ehemaligen Jugoslawien gelernt haben, dass ethnischer Hass (viele) Menschen töten kann.

Mich erinnert der Text an Ausführungen von Barack Obama, insbesondere während seines Wahlkampfes um die Präsidentschaft in den USA. Kann es sein, dass sein „Yes we can“ Euch ein wenig als Vorlage gedient hat?

Es mag sein, dass der eine oder andere Autor an Obamas Reden gedacht hat, aber in unseren Gruppendiskussionen über das Manifest haben wir uns nicht auf seine Ideen bezogen. Doch ganz abgesehen von konkreten Anregungen: Es besteht kein Zweifel daran, dass sein expliziter Widerstand gegen die Gedanken und den Diskurs von Bush & Co mit unserer Kritik am Neoliberalismus und an einer Politik der Angst übereinstimmt, die einen Großteil der Politik in Europa dominiert.

Obama kämpft als Präsident einen schweren Kampf gegen reaktionäre Kräfte in den USA. Da hat ihm die Verleihung des Friedensnobelpreises auch nicht viel geholfen. Aber immerhin versucht er, einige seiner Ideen in konkrete Politik umzusetzen. Ist das „Forum“ dagegen nur ein ethischer Appell, oder seht Ihr Möglichkeiten, dass daraus auch so etwas wie konkrete Politik werden kann?

Es stimmt, die Werte, die wir verteidigen, sind, ganz allgemein gesagt, in erster Linie ethisch, doch sie können als Grundlage für sehr konkrete politische Aktionen dienen und als eine Leitlinie für eine öffentliche Debatte über die Zukunft Europas. Klar, eine solche Debatte muss übersetzt werden in eine generelle Strategie für praktische Politik. Es würde nichts nutzen, den Leuten zu sagen: Hört auf mit Eurer Angst, hört auf mit Fremdenfeindlichkeit und Diskrimi-

nierung! Es sollte klargemacht werden, dass ein alternatives Europa nicht nur möglich ist, sondern richtungsweisend für ein gutes Leben von uns allen. Wir sollten versuchen, die öffentliche Meinung davon zu überzeugen, dass Verschiedenheit bereits tägliche Realität in nahezu allen westlichen europäischen Ländern ist, besonders in den Städten, und dass Zusammenleben, friedlich und demokratisch, nur möglich ist, wenn wir es als einen positiven Lebens-Wert in der Zukunft akzeptieren.

Euer Appell richtet sich in aller erste Linie an – wenn ich das richtig sehe – links-demokratische Eliten, Wissenschaftler, Politiker, Künstler. Ohne die breitere Bevölkerung lässt sich aber politisch-praktisch nichts durchsetzen. Wie glaubt Ihr diese erreichen zu können?

Wie ich bereits andeutete, werden die vorherrschenden Ideologien durch die symbolischen Eliten, die die politischen, medialen und Erziehungsdiskurse kontrollieren, vorgegeben. Ebenso wie diese Eliten für das gegenwärtige Klima der Angst verantwortlich sind, sollten diese bedenken, dass solche diskursiven Praktiken weitreichene Konsequenzen haben, die nicht mehr unter Kontrolle gehalten werden können, wie dies in der europäischen Vergangenheit zu sehen war. Sie sollten dazu überredet werden, auf eine Weise zu sprechen und zu schreiben, die die tägliche Politik und die Visionen der Zukunft so formulieren, dass sie uns allen nützen werden. Die gegenwärtige Rhetorik ist die eines alten, rassistischen und eurozentrischen Europas in einer globalisierten Welt, in der sich die Gewichte vom Norden nach dem Süden und vom Westen nach dem Osten verschieben. Andere unten und draußen zu halten, das sind Politiken und alltägliche Praxen, die letzten Endes Europa und daher uns alle, auch die einfachen Leute, Geschäft und Job kosten werden. Empirische Forschung ebenso wie alltägliche Erfahrung zu unterschiedlichen Gesellschaften haben gezeigt, dass diejenigen Länder am besten fahren, die ethnisch vielfältig sind und das Beste aus allen möglichen Kulturen und das Wissen aller möglichen Völker in sich aufnehmen. Genau das haben wir gelernt, wenn auch nur sehr langsam, hinsichtlich der Integration von Frauen in ursprünglich männlich dominierte Gesellschaften.

Eine abschließende Frage, die sich nicht direkt auf Euer Manifest bezieht. Wie beurteilst Du die Lage in Afghanistan? Wir meinen, dass sich die NATO in eine Sackgasse manövriert hat, die man auch als „nicht zu gewinnenden Krieg“ bezeichnen kann. Gelegentlich wird dieser Krieg auch als „Terroristen-Rekrutierungsaktion“ bezeichnet. Deine Einschätzung würde mich sehr interessieren!

Ich muss zugeben, dass ich keine explizite, gut begründete Position zu Afghanistan habe, abgesehen von meiner alten pazifistischen Haltung, dass jedwede militärische Lösung von Konflikten zwangsläufig kontraproduktiv und die Quelle weiterer

Gewalt ist. Wir leben in einer Welt, die manchmal „post-modern“ genannt wird, während ich unsere heutige Welt noch als prä-modern ansehe, eine Welt, in der Waffen und Armeen und folglich offizielle Gewalt als „natürlicher“ Bestandteil unseres Lebens erscheinen – anstatt diskursiver Lösung von Konflikten durch Verhandlungen. Meiner Meinung nach sollte das Militärische abdanken oder verlernt werden: die Waffen gehören ins Museum. Ganz konkret: Bombardierungen und andere Militärationen in Afghanistan verschrecken die Bevölkerung, die das erste Opfer ist. Letzten Endes kann das afghanische Volk die Menschen nur dann gewinnen und vereinen, wenn die tiefen sozialen Konflikte, die das Land Jahrzehnte und länger dominiert haben, gelöst werden. Internationale Solidarität und Hilfe werden dabei notwendig sein, doch eine militärische Lösung, wie dies auch die Russen erfahren mussten, ist absolut kontraproduktiv.

Dazu noch eine kurze Bemerkung: Ich wundere mich etwas darüber, dass Kriege nur eine Marginalie in Eurem Manifest darstellen, obwohl sie ja zurzeit leider hochaktuell sind.

Ja, sehr richtig. Das ist ein Aspekt, der ignoriert worden ist und den ich persönlich sehr viel stärker betonen möchte, wie du vorgeschlagen hast. Doch Afghanistan, Irak und Pakistan sind typischerweise Kriege außerhalb Europas und daher kaum von Bedeutung für die meisten Europäer – die nicht Opfer dieser Kriege sind, von Kriegen, die, wie früher, auch immer, von „westlichen“ Armeen in anderen (östlichen, südlichen) Ländern geführt werden.

Die Fragen stellte Siegfried Jäger

Förderkreis des DISS

Das DISS finanziert sich über Drittmittel und über einen Förderkreis. Er trägt dazu bei, die Grundkosten des Instituts teilweise abzudecken.

Um unsere Arbeiten „gegen den Strich“ zu Rechtsextremismus, Migration, Biopolitik, Krieg weiterhin durchführen zu können, benötigen wir weitere finanzielle Unterstützung. Als Förderer (ab 10 € mtl.) erhalten Sie das DISS-Journal und werden auf Wunsch zu den jährlichen Colloquien und Workshops eingeladen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Unsere Kontoverbindung lautet: 2 090 011 667 bei der Sparkasse Duisburg (BLZ 35050000).

medico international

Hilfe, die auf Veränderung drängt

Interview mit Thomas Gebauer,

Was ist medico-international? Welche Ziele verfolgen Sie mit dieser Initiative?

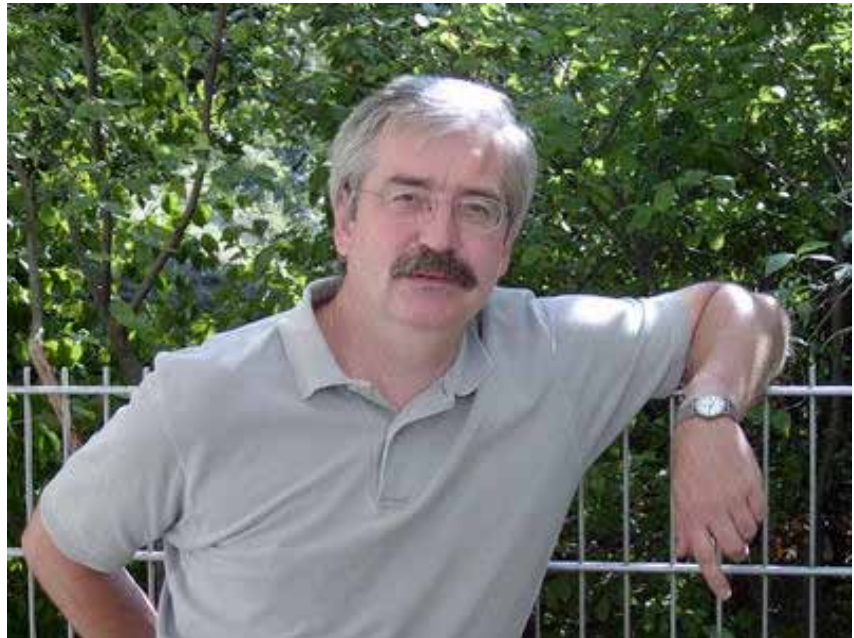
Thomas Gebauer: *medico* ist eine sozialmedizinische Hilfs- und Menschenrechtsorganisation, die 1968 als Reaktion auf die Verheerungen der Kriege in Vietnam und Biafra gegründet wurde. Aus der eher spontanen Initiative Frankfurter Bürgerinnen und Bürger entwickelte sich mit den Jahren eine feste Einrichtung, die heute in bald 30 Ländern tätig ist und in ihrer Zentrale derzeit 28 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Die Hilfe, die *medico* leistet, ist mehr als die Bereitstellung von Hilfsgütern. Wir verstehen unsere Arbeit als Teil eines umfassenden sozialen Handelns, das auf die Verwirklichung des Rechts auf Zugang zu Gesundheit zielt. Gemeinsam mit unseren Partnern in Afrika, Asien und Lateinamerika treten wir für die Schaffung von Lebensverhältnissen ein, die es Menschen ermöglichen, ihre eigenen Gesundheitspotentiale zur Entfaltung zu bringen und im Krankheitsfall eine angemessene Versorgung zu erhalten. Bei aller Notwendigkeit, den Aufbau funktionierender Gesundheitsdienste zu fördern, gilt es doch nicht zu übersehen, dass Gesundheit mehr ist als die Abwesenheit von Krankheit. Gerade mit Blick auf den globalen Süden wird deutlich, dass es vor allem soziale Faktoren sind, die Gesundheit bestimmen: der Zugang zu Einkommen und Land, ausreichende Ernährung, Bildungseinrichtungen, menschenwürdige Wohnverhältnisse, die Teilhabe an einer lebendigen Kultur.

Neben medizinischer Hilfe verfolgen Sie also durchaus auch politische Ziele. Welche sind das und wie schätzen Sie diese Verbindung ein?

Hilfe, zumindest eine, die auf die nachhaltige Überwindung von Not und Abhängigkeit drängt, ist immer politisch. Wer mit dem Begriff der Nachhaltigkeit nicht nur ein Modewort verbindet, kann gar nicht anders, als sich mit den strukturellen Ursachen von Elend und Gewalt auseinanderzusetzen. Dabei wird deutlich, dass sich Hilfe, auch die scheinbar unpolitische, immer in bestehende Machtverhältnisse einmischt und diese beeinflusst. Es ist eine gefährliche Illusion anzunehmen, es gebe so etwas wie eine vom Politischen getrennte reine humanitäre Hilfe.

Hilfe, die auf Veränderung drängt, braucht eine gesellschaftspolitische Vision. Gefragt sind Alternativen zu bestehenden Missständen, also letztlich die Idee einer anderen,



Thomas Gebauer

einer solidarischen Welt. Die muss übrigens gar nicht in utopischer Ferne liegen, sondern scheint ja in den Projekten unserer Partner bereits auf. Für *medico* ist Gesundheitsförderung auf engste verbunden mit dem Kampf für partizipative Demokratie und soziale Gerechtigkeit.

Können Sie kurz erläutern, wie das Konzept von medico für eine wirksame Unterstützung der Menschen in den arm gehaltenen Ländern der 3., 4. und 5. Welt aussieht?

Das, was uns antreibt, ist die Idee einer „Hilfe im Handgemenge“. Im Prinzip geht es dabei um ein Konzept, das sowohl die praktische Solidarität mit sozial Marginalisierten, Kriegs- und Gewaltopfern und Flüchtlingen umfasst, als auch das Bemühen, die herrschende „Vernunft“ kritisch-analytisch zu durchkreuzen. So wichtig die kleinen Verbesserungen sind, von denen das Überleben und die Befriedigung existentieller Bedürfnisse vieler Einzelner abhängen, so wenig wollen wir uns mit Flickschusterei zufriedene geben. Es wäre fatal, wenn Hilfe nur dazu beitrüge, die „Kollateralschäden“ der globalen Entfesselung des Kapitalismus abzufedern.

Was das konkret heißt, lässt sich exemplarisch an der Kampagne zum Verbot von Landminen erkennen, die *medico* 1991 ins Leben gerufen hat. Selbstverständlich haben wir damals Kriegs- und Minenopfern beispielsweise in Mittelamerika und Angola den Zugang zu Prothesen ermöglicht, aber zugleich auf ein Verbot von Minen

gedrängt. Unsere Kampagne, die später mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, hatte maßgeblichen Anteil bei der Setzung einer neuen internationalen Norm, mit der ein bestimmter Waffentypus völkerrechtlich geächtet und umfangreiche Mittel zur Beseitigung von Minengefahren bereitgestellt wurden. Inzwischen werden weltweit mehr Minen geräumt als neu verlegt. In vielen Teilen der Welt, in denen früher schon die Arbeit auf dem Feld oder der Gang zur Schule ein todbringendes Risiko war, normalisiert sich heute das Leben. Politisches Engagement hat so unter dem Strich mehr bewirkt, als es praktische Hilfen für Minenopfern alleine vermocht hätten.

Längst ist das Verhältnis, in dem *medico* zu seinen Partnern im Süden steht, nicht mehr nur das von Gebern und Nehmern. Bewusst engagieren wir uns heute in internationalen Netzwerken, so auch im „Peoples Health Movement“, das eine Vielzahl von sozialen Projekten in aller Welt: NGOs, Basisinitiativen, kritische Gesundheitsarbeiter und Intellektuelle, vereint. Gemeinsam treten wir der weiteren Kommerzialisierung von Gesundheit entgegen und gemeinsam drängen wir darauf, Gesundheit als ein öffentliches Gut (commons) in global geteilter Verantwortung zu verstehen. Nur einer solchen „Gegenmacht“ wird es letztlich gelingen, sich der herrschenden Katastrophendynamik zu widersetzen - so, wie es Walter Benjamin beschrieben hat: als „Griff der Weltgemeinschaft nach der Notbremse“.

Wo liegen zurzeit die Arbeitsschwerpunkte von medico?

Da ist zum einem die Arbeit mit Flüchtlingen in Nord- und Westafrika. Wir unterstützen lokale Menschenrechtsorganisationen und Selbsthilfegruppen, die sich um die aus Europa abgeschobenen Migranten kümmern. Zum Angebot zählt die medizinische Erstversorgung ebenso wie Rechtsbeistand und Wiedereingliederungshilfen. Gemeinsam skandalisieren wir die europäischen Agrarsubventionen, die in einem hohen Maße dafür verantwortlich sind, dass afrikanische Kleinbauern ihre Lebensgrundlagen verlieren.

In Südafrika stehen wir den Opfern der Apartheid zur Seite, die für ihr Leid nicht zuletzt multinationale Konzerne, etwa Mercedes-Benz, verantwortlich machen. Ziel ist eine „Entprivatisierung des Leidens“, denn die Erfahrung zeigt, dass ohne öffentliche Aufarbeitung von zurückliegender staatlicher Repression auch die psychosoziale Arbeit mit den Opfern nicht gelingen kann.

In Nicaragua unterstützen wir ehemals mittellose Landarbeiter beim Aufbau einer selbstbewussten Existenz als Kleinbauern. Und in Bangladesch fördern wir mit „Ghoshasthaya Kendra“ (GK) eine landesweit tätige NGO, die auf beeindruckende Weise deutlich macht, was „Ent-Mystifizierung von medizinischem Handeln“ meint. Mit einem konsequent partizipativen Ansatz organisiert GK nicht nur die Basisgesundheitsversorgung von bald 2 Millionen Menschen in Hunderten von Dörfern, sondern unterhält auch eigene Hospitäler, eine medizinische Fakultät, Kindergärten, Berufsbildungsprogramme für Frauen und selbst Anlagen zur Produktion von Arzneimitteln. Ohne große Worte zu verlieren hat GK unterdessen das realisiert, was anderswo in immer weitere Ferne rückt: die Senkung der Kindersterblichkeit, das vierte „Millennium Development Goal“. Mit Unterstützung von medico hilft GK nun beim Aufbau einer genossenschaftlich verfassten Gesundheitskooperative. In Dhaka etwa haben sich Hunderte von Rikscha-Fahrern zusammengeschlossen, um sich und ihren Familien den Zugang zu einem minimalen Gesundheitsschutz zu garantieren. Im Prinzip geht es um die Schaffung jenes sozialen Eigentums, das hierzulande mit der Privatisierung des solidarisch verfassten Gesundheitswesens gerade enteignet wird.

Ich weiß, dass medico sich besonders intensiv um eine Entschärfung des Israel-Palästina-Konflikts bemüht. Sie betreiben dort etwas, das man als Basisarbeit bezeichnen könnte: die Begegnung und den Austausch zwischen Palästinensern und Israelis. Welche Erfolge können Sie in dieser Basisarbeit verzeichnen und welche Perspektive sehen Sie?

Wir sind davon überzeugt, dass eine Lösung des Palästina-Konfliktes nur dann gelingt, wenn das Lagerdenken, in dem die Bevölkerungen beider Seiten gefangen sind,

überwunden wird. Notwendig ist eine Arbeit zwischen den Fronten, die Kooperation über alle Grenzen hinweg. Deshalb unterstützen wir beispielsweise israelische Ärzteteams, die regelmäßig zu Sprechstunden in die Westbank fahren. Aus medizinischer Perspektive mag das womöglich nicht sonderlich viel bringen, aus friedenspolitischer Sicht aber ist es von immenser Bedeutung. Es sind solche Begegnungen, in denen die Chance auf Veränderung deutlich wird. Sie wird konterkariert durch die Politik Israels, das auf eine immer perfekter werdende Abschottung setzt: auf Mauern und Trennung. Es sind Zeichen paradoxer Hoffnung, die in solchen israelisch-palästinensischen Kooperationsprojekten liegen.

Schauen wir nach Afghanistan, auch da ist medico tätig. Wie schätzen Sie die Aussichten dieses Krieges ein? Sehen Sie Alternativen zu der m. E. derzeit gefahrenen Eskalationsstrategie, und wie könnten diese aussehen?

Auch Afghanistan steht für das Scheitern einer Politik, die primär von partikularen Sicherheitserwägungen motiviert ist. Die bemerkenswert offene Erklärung eines deutschen Verteidigungsministers, dass am Hindukusch die Sicherheit Deutschlands verteidigt wird, macht deutlich, wie wenig es dem bisherigen internationalen Engagement in Afghanistan um die Interessen der afghanischen Bevölkerung ging. Schon seit langem warnen wir davor, dass der herrschende Menschenrechtsdiskurs vor allem zur Legitimation von Weltordnungskriegen beiträgt, die der Absicherung westlicher Vormacht und Privilegien dient. Medico unterstützt in Afghanistan Partner, mit denen wir schon in der Kampagne gegen die Minen zusammengearbeitet hatten. Es sind unabhängige Nichtregierungsorganisationen, die sich dort, wo es noch geht, um die Beseitigung von Minen, letztlich um Demilitarisierung kümmern. Gemeinsam mit ihnen sind wir davon überzeugt, dass Afghanistan nur dann eine Chance hat, wenn endlich mit dem ernst gemacht würde, was bislang nur zur Rechtfertigung des Krieges behauptet wurde: wenn es endlich wirklich um soziale Entwicklung und die Verwirklichung universeller Menschenrechte geht.

Die Fragen stellte Siegfried Jäger

Weitere Informationen über medico sind der Website www.medico.de zu entnehmen. Lesenswert ist auch das vierteljährlich erscheinende medico-Rundschreiben, das über die Hintergründe der Arbeit berichtet und kostenlos bezogen werden kann. Zur Finanzierung seiner Arbeit, ist medico auf Spenden angewiesen: Sie können eingezahlt werden auf das Konto 1800 bei der Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 502 01).



Klaus Holz / Heiko Kauffmann / Jobst Paul (Hg.)

**Die Verneinung des Judentums
Antisemitismus als religiöse und
säkulare Waffe**

Edition DISS Bd. 22
ISBN 978-3-89771-751-0
184 S., 22 €

Der Band umfasst eingehende Analysen antisemitischer Positionierungen auf den Diskursebenen der Medien, der Politik, der Wissenschaft, der Religion und des Alltags. Thematisiert wird die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und dessen gegenwärtige Wiederbelebung im Islamismus. Einen Schwerpunkt bildet die jüdische Perspektive auf das Phänomen des Antisemitismus und auf ihr Gegenprogramm der gerechten Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund wird die Flüchtlingspolitik der Gegenwart betrachtet. Dies geschieht anlässlich des 70. Jahrestages der Konferenz von Evian und deren Umgang mit jüdischen Flüchtlingen (1938).



Susanne Spindler / Iris Tonks (Hg.)
AusnahmeZustände

Krise und Zukunft der Demokratie
Edition DISS Bd. 15
ISBN 978-3-89771-744-2
160 S., 19,80 €



Werner Köster (Hg.): Parallelgesellschaften. Diskursanalysen zur Dramatisierung von Migration. Beiträge studentischen Forschens, 224 Seiten, 22, 95 Euro, Essen, Klartext-Verlag

Auch Studierende können forschen! Wenn man sie lässt und wenn sie gut beraten und gefördert werden. Dies war der Fall in einem von Werner Köster geleiteten Kompaktseminar an der Universität Duisburg/Essen, dessen Ergebnisse, angereichert durch einige Gastvorträge, in dem hier anzuzeigenden Buch vorgelegt worden sind.

Peter Fuchs unterzieht den Begriff „Integration“ einer systemtheoretischen Reflexion und zeigt, dass das Begriffspaar /Integration“ vs. „Parallelgesellschaft“ der Logik asymmetrischer Gegenbegriffe (im Sinne R. Kosellecks) gehorcht. „Integration“ ist demnach alles andere als eine Pottersche Zauberformel.

Jana Gantenberg u.a. untersuchen die Verwendung von „Parallelgesellschaft“ in ausgewählten Printmedien nach den methodischen Regeln der Kritischen Diskursanalyse. Sie weisen nach, dass der Begriff „Parallelgesellschaft“ zum Schlagwort verkommt und absolut nicht dazu geeignet ist, den Dialog mit Muslimen zu erleichtern, weil er sich in erster Linie auf angeblich integrationsunwillige EinwanderInnen bezieht.

Mehmet Ata und Thomas Neubner untersuchen, ebenfalls auf der Grundlage der KDA, den Karikaturenstreit in einer großen Bandbreite deutscher Medien.

Ferda Ataman analysiert die Verschränkung zweier Dis-

kursstränge, nämlich den zum EU-Beitritt der Türkei und zur Integration von Türken in Deutschland und zeigt die negativen Effekte einer solchen Vevrschränkung auf.

Jessica Breidbach u.a. analysieren kollektivsymbolvermittelte Feindbildkonstruktionen anhand zweier Mohammed-Karikaturen, die in der WAZ abgedruckt worden waren.

Tino Minas untersucht die Erstverwendung des Begriffs „Parallelgesellschaft“ in der Studie von W. Heitmeyer, Joachim Müller und Helmut Schröder „Verlockender Fundamentalismus“. Insbesondere arbeitet er heraus, welche Spannungsverhältnisse zwischen dem Gestus des Warnens, als der Funktion der Soziologie als gesellschaftliches Frühwarnsystem einerseits und dem objektivierenden Anspruch eines empirisch-statistischen Verfahrens bestehen. Er stellt die Frage, ob und inwieweit auch Wissenschaft der Dramatisierung dienen kann.

Oliver Schreiber diskutiert den Streit um die Einführung des islamischen Religionsunterrichts und arbeitet dessen diskursive Effekte heraus, die daraus resultieren, dass ethnische und religiöse Kategorien miteinander verschränkt auftreten: Muslime werden auf diese Weise als demokratie-untauglich stigmatisiert. Bei seinen Analysen stützt Schreiber sich auf die Interdiskurstheorie Jürgen Links.

Der an der Fachhochschule Dortmund lehrende Erziehungswissenschaftler Ahmet Toprak, der auch Mitglied der Islamkonferenz ist, analysiert Interviews mit jungen, in Deutschland aufgewachsenen türkischen Männern, bei denen es um die Frage geht, wieso diese Männer, insbesondere solche, die einem „ländlichen Erziehungsstil“ unterzogen waren, arrangierten Ehen zustimmen. Diesen jungen Männern müssten Perspektiven in dieser Gesellschaft eröffnet werden, „damit das Leben in der Demokratie und der Respekt dem anderen Geschlecht gegenüber attraktiver erscheint als der Rückzug in die eigenethnische Nische.“

Anne Broden, wie Tobruk Gast in diesem Kompaktseminar, widmet sich in einer rassistisch-kritischen Perspektive der Islamfeindlichkeit im aktuellen Migrationsdiskurs.

Saliha Kubilay befasst sich aus einer weiblich-muslimischen Perspektive mit dem Kopftuchdiskurs.

Hervorheben möchte ich, dass mich besonders die diskursanalytisch argumentierenden Beiträge überzeugt haben. Sie bildeten auch den Kern dieses Forschungsseminars, dem man viele Fortsetzungen wünschen möchte.

Siegfried Jäger



Thomas Singelstein: Diskurs und Kriminalität. Außergesetzliche Anwendungsregeln als diskursive Praktiken im Wechselverhältnis zwischen Kriminalisierungsdiskursen und Strafrechtsanwendung. Duncker & Humblot, Berlin 2009. 227 Seiten, 78 Euro.

Wer über Kriminalität spricht, sollte über Prozesse der Kriminalisierung sprechen – diese konstruktivistische Perspektive machen kritische KriminologInnen seit dem Ende der 1960er Jahre stark. Dabei stoßen sie nicht immer auf Gegenliebe. Gleichwohl ist die Vorstellung, dass Kriminalität nicht etwa per se existiert, sondern durch ein komplexes Netz von gesellschaftlichen Zuschreibungs- und Aushandlungsprozessen erst entsteht, heute in weiten Teilen der Kriminologie akzeptiert. In Folge dessen sind Forschungsprogramme entstanden, die nicht primär den kriminellen Täter, sondern die Institutionen der Justiz und Strafverfolgungsbehörden im Blick haben. Die Methoden sind dabei vielfältig,

mitunter wird der Kriminologie gar theoretischer Eklektizismus vorgeworfen. In seiner Dissertation „Diskurs und Kriminalität“ schickt sich Tobias Singelstein nun an, den Methodenkanon der Kriminologie um eine Methode zu erweitern, die in dieser Disziplin bisher wenig erprobt ist: Die Diskursanalyse im Anschluss an Michel Foucault.

Foucaults Arbeiten, so stellt Singelstein fest, sind zwar in der Kriminologie durchaus rezipiert worden. Jedoch beschränke sich die Perspektive regelmäßig auf die Rolle von Selbstführung als Sozialkontrolle, während Foucaults elaborierte Machttypologie und die Studien zur Gouvernementalität kaum eine Rolle spielten. In Kenntnis dessen geht es Singelstein nun darum, die Diskursanalyse als theoretisch fundierte und handhabbare Methode im Kanon der kriminologischen Forschung zu konzipieren. Dabei folgt er weitgehend der Foucault-Rezeption der wissenssoziologischen Diskursanalyse, indem er etwa mit Rainer Keller die Diskurstheorie im „interpretativen Paradigma“ verortet: Wie andere im Bereich der Kriminologie bereits etablierten Ansätze gehe die Diskursanalyse davon aus, dass Interaktion ein interpretativer Prozess sei, und dass dieser unter Bezug auf gesellschaftlich vorhandene Wissensbestände eine sozial definierte Realität konstituiere. Der Autor postuliert, dass die diskursanalytische Methode deshalb kompatibel mit kriminologischen Ansätzen sei, die untersuchen, welche außergesetzlichen Regeln maßgeblich mitbestimmen, wer in einer Gesellschaft zum Kriminellen erklärt wird.

Im Konzept der außergesetzlichen Anwendungsregeln konstatiert die Kriminologie, dass Gesetze keineswegs bestimmte Urteile determinieren, sondern dass es innerhalb des gesetzlichen Rahmens erheblichen Spielraum gibt. Mehr noch: Es wird untersucht, wieso einerseits regelmäßig eigentlich strafbare Handlungen nicht verfolgt werden – und andererseits Personen aufgrund von Handlungen kriminalisiert werden, die dem Gesetz nach überhaupt nicht verboten sind. Das Konzept macht dafür Verhal-

tensmuster, Rollen, Kulturen, Traditionen und Autoritäten verantwortlich, die implizite Normen setzen, welche ebenso wie die expliziten Normen der Gesetze wirksam sind.

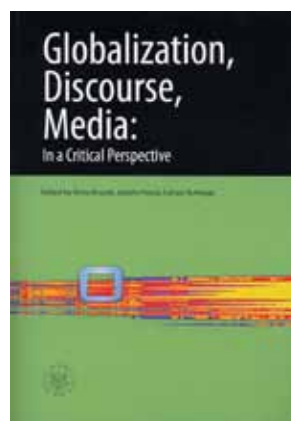
Durch die integrative Verbindung von Diskursanalyse mit diesem Konzept will Tobias Singelstein Erkenntnisse darüber gewinnen, wie genau die impliziten Normen die Rechtspraxis beeinflussen. Das sei ein Beitrag zur Umsetzung des vielzitierten *practical turns* auch innerhalb der wissenssoziologischen Diskursanalyse. Um zu demonstrieren, wie das aussehen kann, kündigt er eine exemplarische Analyse des Diskurses über Delikte mit extrem rechtem Hintergrund seit den 1990er Jahren an. In der Analyse soll zunächst der „allgemeine gesellschaftliche Diskurs“ zum Thema nachgezeichnet werden, bevor er sich den juristischen und kriminalistischen Spezialdiskursen widmet.

Es ist wohl der Konzeption der Studie als theoretischem Methodenentwurf zu verdanken, dass dieser praktische Teil mit gerade einmal 19 Seiten Umfang recht sparsam ausfällt und sich dabei kaum auf die Mikroebene der genauen Aussagenanalyse auf Textebene begibt. Vielmehr zeichnet Singelstein überblicksartig nach, wie sich im allgemeinen Diskurs über extrem rechte Straftaten das Bild vom „Ewiggestrigen“ hin zum extrem rechten „Gewalttäter“ gewandelt hat. In den 2000er Jahren sei an die Stelle des „alkoholisierten, gewalttätigen Mannes“ die „Vorstellung von organisierten, planvoll agierenden, mitunter auch bürgerlich auftretenden Aktivistinnen und Aktivistinnen getreten.“ Im juristischen Spezialdiskurs sei ein extrem rechter Hintergrund zunächst nur ein beiläufiger Umstand gewesen, während sich seit den 1990er Jahren extrem rechte Delikte als eigenständiges Feld von Kriminalität herausgebildet haben. Klingt alles plausibel, und wir müssen es dem Autor glauben, denn seine Textarbeit oder auch nur die genauen Kriterien zur Auswahl der Texte, die der Analyse zugrunde liegen, expliziert er nicht. Den Anspruch, den *practical turn* der Sozialwissen-

schaften auch in eine nachvollziehbare analytische Praxis umzusetzen, erfüllt die Arbeit nicht – sehr wohl könnte sie aber als Ausgangspunkt dafür dienen.

Das Vorhaben, die Diskursanalyse mit dem kriminologischen Konzept der außergesetzlichen Anwendungsregeln zu verknüpfen, erlangt seine Plausibilität durch Setzungen, die Singelstein in Anlehnung an die wissenssoziologische Lesart der foucaultschen Theorie vornimmt. Dabei lässt sich eine gewisse terminologische Unentschiedenheit feststellen. So unterscheidet der Autor im ersten Teil der Arbeit zwischen „Diskurs“ und „Praktiken“, während er später mit Bezug auf die Kritische Diskursanalyse von „diskursiven“ und „nichtdiskursiven Praktiken“ spricht. Aus der Perspektive der Kritischen Diskursanalyse ist allerdings die Einordnung der foucaultschen Theorie in das „interpretative Paradigma“ zu hinterfragen, weil es die grundlegende Annahme der Foucaultschen Theorie in Frage stellen könnte, dass Diskurse eben keine sekundäre Wirklichkeit, sondern Materialitäten *sui generis* sind. Außerdem entsteht der Eindruck, dass Singelstein mit der Integration der außergesetzlichen Anwendungsregeln in die diskursanalytische Methodik im Kern eine Ersetzung vornimmt, die vielleicht überhaupt nicht nötig wäre: So beschreibt Foucault das, was Singelstein als „implizite Normen“ bezeichnet, als Normalisierungs- und Denormalisierungsprozesse. Diese Prozesse unterliegen laut Foucault allerdings gerade nicht dem Paradigma der Norm, sondern dem der Normalität. Ob die Ersetzung diskurstheoretischer Normalismustheorien durch das Konzept der außergesetzlichen Anwendungsregeln für bestimmte Fragestellungen einen methodischen Gewinn darstellen kann, oder ob der Austausch vielmehr lediglich eine für Foucaults Theorie konstitutive Differenz aufhebt, das müsste sich in der analytischen Praxis noch erweisen.

Rolf van Raden



Anna Duszak, Juliane House, Lukasz Kumiega (Hg.): Globalization, Discourse, Media: In a Critical Perspective, Warszawa: Warsaw University Press, 610 Seiten, 50 zt, 21.99 Euro

Varianten Kritischer Diskursanalyse bestimmen zunehmend auch die kulturwissenschaftliche Diskussion in Polen.¹ In dem hier vorliegenden Sammelband werden dazu 23 Texte, teils in englischer, teils in deutscher Sprache versammelt, die 2008 auf einer internationalen Konferenz in Warschau referiert worden sind. Die BeiträgerInnen stammen überwiegend aus Polen, aber auch aus Deutschland, Österreich, Italien, Griechenland, Spanien, Australien und Kanada.

Das knapp 1 Kilogramm schwere und 610 Seiten lange Buch eignet sich nicht für die Lektüre im Liegen, sondern zwingt die Leserin, sich an den Schreibtisch zu setzen und Seite um Seite sorgfältig und behutsam umzuwenden. Der Rezensent, dem nur begrenzter Platz zur Verfügung steht, sieht sich darüber hinaus genötigt, eine gedankliche Auswahl der zu besprechenden Artikel und Gedanken vorzunehmen, die dazu dienen mag, den an Kritischer Diskursanalyse Interessierten die Lektüre schmackhaft zu machen. Theoretische Hintergründe für die vorgetragenen Varianten sind neben Foucault auch Habermas, Konversationsanalyse, Pragmatik, Argumentationsanalyse etc., und die Gegenstände sind vielfältig: Mehrsprachigkeit, nationale Identität, Diskurs der Politik, Englisch als *lingua franca*,

¹ Vgl. dazu auch den Überblick von Lukasz Kumiega in DISS-Journal 18 (2010), S. 30f.

Sprach- und Kulturkontakt, Medien, Wahlkämpfe, Rechtsextremismus (in Deutschland), Antisemitismus (in Polen), Gender, Konsumismus u.ä., meist also brisante Themen, wie sie sich zur Kritischen Diskursanalyse anbieten.

Dabei treten, möglicherweise aber besonders für die deutschen LeserInnen, durchaus letztlich produktive Irritationen auf, so etwa durch den Beitrag des Lodzsker Soziologen Marek Czyzewski mit dem Titel „Der polnische Streit um Jan Tomasz Gross' *Strach* aus 'vermittelnder' diskursanalytischer Perspektive“ (S. 161-190). Gross thematisiert den polnischen Antisemitismus nach dem Zweiten Weltkrieg, u.a. das Pogrom in Kielce 1946, und problematisiert damit das polnische kollektive Selbstbild als Nation der Opfer. Das Buch *Strach* (= Angst) löste in Polen eine heftige, um nicht zu sagen: äußerst aggressive öffentliche Debatte aus, die natürlich keineswegs dazu geeignet war, die junge neue polnische nationale Identität zu festigen. Czyzewski nimmt diese Debatte zum Anlass, eine 'vermittelnde' Vorgehensweise in der Diskursanalyse zu skizzieren. Dazu Czyzewski: „Die Perspektive einer 'vermittelnden' Diskursanalyse führt ... dazu, sich sowohl von den Meinungen der durch *Strach* 'Betroffenen' als auch von der der 'Empörten' zu distanzieren. ...die Perspektive der 'vermittelnden' Diskursanalyse (zeigt) die Notwendigkeit einer Vermittlungsarbeit in dieser und in anderen Kontroversen auf. Darüber hinaus regt sie auch zur Erarbeitung eines distanzierten Standpunktes gegenüber dem Buch *Strach* selbst sowie gegenüber der kommunikativen Strategie seines Verfassers (...) an. *Strach* lud nämlich nicht zu öffentlichen Überlegungen über den polnischen Antisemitismus ein, sondern war ein bewusster Akt der Schocktherapie, der der Autor die polnische Gesellschaft unterziehen wollte.“ (S. 183) „der von ihr ausgehende Einfluss war polarisierend.“ (S. 184) Solche Vorschläge sind für eine deutsche Leserschaft höchst ungewöhnlich und vielleicht auch mehr als irritierend oder sogar ärgerlich, führt ein solches Verständnis von Vermittlung doch im Endeffekt dazu, Kritik als

solche – auch gegenüber dem Antisemitismus – zurückzudrängen und – zum Schweigen zu bringen. Diese meine Kritik richtet sich nicht gegen eine vernünftige und ethisch vertretbare Diskussionskultur, befürchtet aber, dass eine solche Diskussionskultur erst gar nicht zu Stande kommen kann. Produktiv kann Czyzewskis Vorschlag daher erst dann werden, wenn er kritisch aufgenommen würde und zu ethisch begründeter Streitkultur einen Beitrag leisten könnte. Der vorgeschlagene Bezug auf das Konzept der „Schweigespirale“ dürfte dafür jedoch als wenig hilfreich einzuschätzen sein.

Auf einige weitere interessante Beiträge sei im Folgenden kurz hingewiesen.

Mit der Frage nach den Effekten von Diskursverschränkungen und der Möglichkeit, solche Effekte zu vermeiden, befasst sich der Beitrag von Franz Januschek (Oldenburg) („*Diskursverschränkungen und Diskurskritik*“). Die damit verbundenen „fatalen Effekte“ lassen sich nach Januschek nicht durch Kritik verhindern, sondern nur dadurch, dass man das diskursive Spiel *gemeinsam* spiele, um dieses zu verändern. Nicht überraschend ist, dass Januschek Kritische Diskursanalyse und Gesprächsanalyse synthetisieren möchte.

Ruth Wodak (Lancaster/Wien) untersucht in ihrem Beitrag „>Communicating Europe<: Analysing, interpreting, and understanding multilingualism and the discursive construction of transnational identities“ auf dem Hintergrund ihres diskurshistorischen Ansatzes (CDA) verschiedene Formen von politischer Kommunikation mit dem Ziel, unterschiedliche Identitätskonstruktionen in Europa zu identifizieren.

Lukasz Kumiega (Warschau/Düsseldorf) analysiert in seinem Beitrag „Abgrenzung oder Kopplung? Diskursive Strategien im medienorientierten Rechtsextremismus“ die Polenberichterstattung der rechten Wochenzeitung *Junge Freiheit* und ordnet die Zeitung einer gemäßigten Variante des Rechtsextremismus zu, da das Blatt eine Doppelstrategie zwischen „extremistisch“ und „bürgerlich-konservativ“ verfolge. Dass die *JF* unter konservativ

etwas ganz anderes versteht als deutsche bürgerlich-konservative Parteien wird damit jedoch nicht sichtbar.

Anna Duszak (Warschau) befasst sich in ihrem Artikel „Reading the communist past in Poland: the dynamics of *Us* and *Them*“ vor allem mit dem Konzept des *Otherings*, also der sprachlichen Ausgrenzung von „Anderen“ in einem post-kommunistischen Land. *Othering* kann eine andere Gruppe beschädigen, aber auch die eigene Gruppe destabilisieren, wenn einige Mitglieder der In-Gruppe die Angriffe auf ihre Gegner als zu aggressive oder als unverhältnismäßig offensiv einschätzen, so die Annahme der Autorin, die offensichtlich ebenfalls nach einer Form vermittelnder Diskursanalyse sucht.

Der Band wird abgerundet durch einen Epilog mehrerer AutorInnen, in dem es um „Perspektiven der Kritischen Sozialwissenschaften im Allgemeinen und der Kritischen Diskursanalyse im Speziellen“ geht. Vorliegt damit ein durchaus interessantes vielstimmiges Buch, dem zu wünschen ist, dass es zu mancherlei Diskussionen anregen wird. Es ist zugleich Ausweis der Tatsache, dass das immer noch neue Paradigma einer Kritischen Diskursanalyse ein noch etwas baufälliges Haus mit vielen Wohnungen ist.

Siegfried Jäger



Felix Silomon-Pflug
Gouvernementale Regierung (in) der Hochschule des 21. Jahrhunderts
Marburg 2010: BdWi-Verlag
ISBN 978-3-939864-11-0
115 Seiten, 10,00 €

Anknüpfend an das Spätwerk Foucaults beschreibt Felix Silomon-Pflug die neoliberale

Reorganisation des Bildungssystems als Transformation einer Regierungsweise. Am Beispiel der aktuellen hessischen Hochschulpolitik, mit speziellem Blick auf die Universität Frankfurt a.M., beschreibt er bildungspolitische Diskurse und Praxisfelder, die auf die Lenkung, Kontrolle und Normalisierung von Subjekten zielen. Der hierbei sichtbar werdende Umbau von machtmittelten Interventionsformen verlegt Führungskapazitäten von staatlichen Apparaten und Instanzen gezielt auf marktbasierende Steuerungsinstrumente und unsichere Subjekte, die lebenslang lernen (und vergessen).

Die Untersuchung hat nach einer gut lesbaren Einführung in Foucaults Vorlesungen zur Gouvernementalität die Form einer Bestandsaufnahme. Die Darstellung ist durch die Beschränkung auf Reformprojekte hessischer Hochschulpolitik recht kompakt und enthält dabei eine Fülle an Details. Universitäten werden demnach nicht mehr verwaltet, sondern gemanagt. Sie werden dadurch, so der Jargon der neoliberalen Freiheit, „entfesselt“ (Müller-Böling). Die größtmögliche Übereinstimmung mit einem Unternehmen, welches die Konkurrenz auf dem (simulierten) Wissenschaftsmarkt ruiniert, wird als Ziel der Hochschulreform kenntlich.

Einige Fragen bleiben indes offen: Was genau bedeutet die dargestellte Transformation des Bildungssystems? Was folgt aus den neuen apparativen Settings, was sind die genauen Effekte der skizzierten Technologien der Führung? Und was lässt sich diesem Prozess entgegensetzen, wo sind Anknüpfungspunkte für Kritik und Widerstand? Aber auch wenn, bspw. in der Abschlussbetrachtung, eine deutlichere Positionierung des Autors wünschenswert und eine stärkere Bezugnahme auf Diskussionen der *governmentality studies* m.E. gewinnbringend gewesen wäre, ist das Buch eine sehr lohnende Lektüre und zweifellos ein wichtiger Beitrag zur bildungspolitischen Debatte.

Niels Spilker



Jean Ziegler: Der Hass auf den Westen. Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren, 288 Seiten, München 2008: Bertelsmann, 19,95 Euro

Jean Zieglers Bücher sind berüchtigt – für ihre Ehrlichkeit, die ihm oft als Aggressivität ausgelegt wird. Dabei betreibt er nur einen radikalen Perspektivenwechsel, indem er die LeserInnen von Außen auf die westliche Welt sehen lässt. Das kann er, weil er ein weitgereister Mensch und erfahrener Politiker ist: Professor an der Universität Genf, Abgeordneter im Schweizer Parlament, Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung, Mitglied des Beratenden Ausschusses des UNO-Menschenrechtsrats und - man reibt sich die Augen - Mitglied der SPD.

Titel seiner Bücher sind: „Die Schweiz wäscht weißer“, „Wie kommt der Hunger in die Welt?“, „Das Imperium der Schande“ – um nur einige zu nennen. Ziegler beklagt den Hass auf den Westen nicht nur, er deckt auch die aktuellen und historischen Gründe für diesen Hass auf und argumentiert und beschreibt aus eigener Anschauung.

Er konstatiert: „Zu Beginn dieses Jahrhunderts stirbt auf einem Planeten von unermesslichem Reichtum alle fünf Sekunden ein Kind unter zehn Jahren. An Krankheit oder Hunger.

Der Wirtschaftskrieg schürt die Wut. Erniedrigung, Ausgrenzung,

Furcht vor dem Morgen sind das Schicksal hunderter Millionen Menschen besonders in der südlichen Hemisphäre. Für ihre Völker sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Charta der Vereinten Nationen nur hohle Phrasen.“ Und er fragt: „Wie kann man den Westen dazu bringen, Verantwortung zu übernehmen und seine eigenen Werte zu respektieren? Wie kann man den Hass des Südens entschärfen?“

Wie lässt sich eine Weltgesellschaft schaffen, die versöhnt und gerecht ist, die die Identität, die Erinnerungen und das Lebensrecht eines jeden Menschen achtet?“

Ziegler gibt Antworten. Kritiker meinen: Ziegler schießt ständig übers Ziel hinaus, aber er trifft nie daneben. Pflichtlektüre!

S.J.



Der Diskurs im Spannungsfeld von System- und angewandter Linguistik.

4. Internationale Konferenz „Kommunikation für Europa“ in Pobierowo (Polen).

Seit 2003 finden alle zwei Jahre in Pobierowo Konferenzen statt, die von der Universität Szczecin und der Universität Greifswald ausgerichtet werden. Die jüngste Konferenz vom 15.9. bis 18.9.2009 trug den Titel „Der Diskurs im Spannungsfeld von System- und angewandter Linguistik“ und wurde ausgerichtet von Prof. Dr. Ryszard Lipczuk (Szczecin) und Prof. Dr. Jürgen Schiewe (Greifswald).¹

¹ Die Tagung wurde gefördert von der Universität Szczecin und der Fritz Thyssen Stiftung. Die Beiträ-

Mit dem Thema wurde dem Umstand Rechnung getragen werden, dass Diskurse als textübergreifende Größe zu einem mittlerweile etablierten Untersuchungsgegenstand in der Linguistik geworden sind.

Dr. Margarete Jäger (DISS) eröffnete die Tagung mit einem gemeinsam mit Prof. Dr. Siegfried Jäger verfassten Vortrag unter der selbstverordenden Frage „Wie kritisch ist die Kritische Diskursanalyse?“. Kritisch, so wurde deutlich, versteht sich die Kritische Diskursanalyse vor allem in vier Dimensionen: (1) in der thematischen Wahl des zu untersuchenden Diskurses, (2) in der sich auf einer moralisch-ethischen Grundlage verstehenden Wissenschaft und (3) in der Wahrung der Unabhängigkeit der Forschung. Schließlich erteilt (4) Kritische Diskursanalyse allen „Wahrheiten“ eine Absage und wendet sich gegen jegliche Ideologisierung. Die anschließende Diskussion nahm diesen umfassenden Kritikbegriff auf und formulierte – insbesondere wegen des aus ihm resultierenden Relativismus – den Wunsch nach dessen Schärfung zwischen Selbstkritik und zivilgesellschaftlichem Auftrag. Aus seiner Arbeit als Leiter des Auslandsamts der Universität Toruń stellte Dr. Lech Ziliński exemplarisch Unterschiede in der sprachlichen Kommunikation zwischen Polen und Deutschen dar, die mitunter zu Missverständnissen führen. Er wies auf das Fehlen theoretischer und methodischer Ansätze in der Erforschung interkultureller Kommunikation hin. In der Diskussion wurde auf einen zu stark auf das Nationale fokussierenden Kulturbegriff hingewiesen, zu dessen Überwindung sich ein transkultureller Ansatz anbiete.

Prof. Dr. Elizavete G. Kotorova (Zielona Góra) präsentierte Ergebnisse einer Untersuchung von Sprechakten im Deutschen. Sie zeigte das Maß der Prototypizität von spezifischen illokutionären Indikatoren für bestimmte Illokutionen und ihre typischen Ausdrucksformen der Tagung sind erschienen in: Ryszard Lipczuk, Dorota Misiak, Jürgen Schiewe und Werner Westphal (Hg.) Diskurslinguistik – Systemlinguistik. Theorien – Texte – Fallstudien, Stettiner Beiträge zur Sprachwissenschaft, Band 3, Hamburg.

men im Kontext (Diskurs) auf. Die Diskussion bestätigte, dass die Systemlinguistik zwar bei der formalen Beschreibung der Sprechakte an ihre Grenzen stößt, dass aber andererseits die Untersuchung von Sprechakten in der Diskurslinguistik bisher kaum (systematisch) Anwendung findet.

Der Aphorismus als prägnanter Ausdruck von Erfahrungen ist, so die These von Prof. Dr. Winfried Ulrich (Kiel), das Ergebnis von Rede- und Gegenrede als Diskurs. Die verschiedenen Wortbildungsmuster der Pointen kommen zustande, indem der Aphorismus stets unzureichende Informationen liefert, die durch außersprachliches Wissen (Sprichwörter, Losungen) ergänzt werden müssen. In der Diskussion wurde angeregt, ein Konzept von Diskurs und Gegendiskurs in der linguistischen Aphorismusforschung zu entwickeln, um das historische Wissen einzubeziehen.

Am letzten Tag der Konferenz sprachen Dr. Jürgen Spitzmüller (Zürich) und Prof. Dr. Martin Wengeler (Düsseldorf). Erstgenannter stellte die Entstehungsgeschichte und Lesart seines gemeinsam mit Ingo H. Warnke erarbeiteten DIMEAN-Modells für Diskursanalysen vor. Es wurde deutlich, dass das Modell ein Spektrum von Möglichkeiten diskursanalytischen Arbeitens aufzeigt und dabei doppelt integrierend wirkt: Es bietet sich sowohl für eine Kritische wie für eine Semantische/Historische Diskursanalyse an und verknüpft Diskurslinguistik mit Methoden der Systemlinguistik. In der Diskussion wurde deutlich, dass das DIMEAN-Modell ausdrücklich offen für Modifikationen ist; hervorgehoben wurde die Berücksichtigung der Akteursrolle im Diskurs.

Prof. Dr. Martin Wengeler nutzte die Gelegenheit, um sich als Vertreter der Düsseldorfer Schule (erneut) von der Kritischen Diskursanalyse abzugrenzen. Er konzentrierte sich auf zwei Beispiele: den Reform-Diskurs auf der Wortebene im parteipolitischen Diskurs und den Heuschrecken-Topos im Kapitalismuskurs. Bei seiner Methode der Topoi-Analyse hob er hervor, dass es sich beim Topos nicht um das richtige

Schließen im Sinne der Logik handelt. Vielmehr seien die Topoi auf einer mittleren Abstraktionsstufe angesiedelt, so dass man sich darunter eine Plausibilität im Sinne der Alltagslogik vorzustellen habe. Die Diskussion griff dies auf und problematisierte, dass zu analysierende Argumentationstopoi im Diskurs nicht immer als in Schlussregeln formulierte vollständige Sätze auftreten, sondern durchaus auch auf der Wortebene angesiedelt sein können. Damit aber ergibt sich die Notwendigkeit, eine Abgrenzung zum Schlüssel- bzw. Schlagwort vorzunehmen.

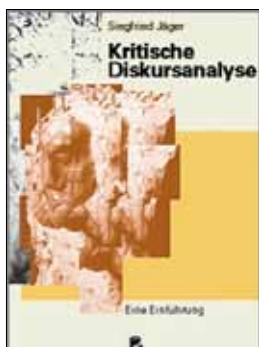
Insgesamt trugen vierzig Teilnehmerinnen auf der Konferenz ihre Arbeitsergebnisse vor. Es wurden dabei viele kulturvergleichende bzw. transnationale angelegte Forschungsprojekte vorgestellt, die z.B. die besonderen polnisch-deutschen Beziehungen in den Massenmedien nachwiesen oder sich mit interkulturellen Missverständnissen beschäftigten. Bei all dem zeigte sich die Diskurslinguistik in mehrfacher Hinsicht breit aufgestellt: Die Untersuchungskorpora reichten von spätmittelalterlichen Stadtbüchern über Massenmedien (Print und TV) bis zum Weblog. Zwar konzentriert sich jede Diskursanalyse in ihrem Textkorpus auf ausgewählte Aspekte; die Tagung demonstrierte die Diskurslinguistik gleichwohl als Analyse unterschiedlicher sprachlicher wie nicht sprachlicher Symbolisierungsformen und den schon angesprochenen Argumentationstopoi.

Daraus ergeben sich mindestens zwei Themenvorschläge für eine Konferenz 2011: „Text-Bild-Beziehungen aus sprachwissenschaftlicher Sicht“ und „Sprachkritik zwischen autonomem Subjekt und der Macht des Diskurses“.

Sonja Baláz / Philipp Dreesen / Pavla Matejková (Universität Greifswald)

Einblicke. Foucaultsche und sprachwissenschaftliche Diskursanalyse

Von Siegfried Jäger



Siegfried Jäger
Kritische Diskursanalyse
Eine Einführung
5. Auflage
Edition DISS Bd. 3
ISBN 3-89771-732-8
404 S., 24 €

„Wie kaum ein anderer hat in Deutschland JÄGER (und seine Duisburger Mitarbeiter) so kontinuierlich die FOUCAULTSche Diskurstheorie aufgegriffen, methodisch in kritischen Diskursanalysen umgesetzt und die diskursanalytische interessierte Öffentlichkeit – auch in jeweils erste Entwürfe – Einblick nehmen lassen.“ (Historical Social Research)



Kurt Lenk
Von Marx zur
Kritischen Theorie
Dreißig Interventionen
Edition DISS Bd. 24
ISBN 978-389771-753-4
322 S., 29,80 €

Der Band bietet den Zugang zu einer Theorietradition, die seither in vielen Zweigen der Sozial- und Geisteswissenschaften ihren Ausdruck gefunden hat. Es besteht begründete Hoffnung, dass im Zeichen von Finanz- und Wirtschaftskrisen Impulse dieser kritischen Analysen erneut wirksam werden.

Rainer Diaz-Bone, Sozialwissenschaftler und (auch) Anhänger einer sich auf Michel Foucault beziehenden Diskursanalyse, hat im Forum Qualitative Sozialforschung Band 11, No. 2, Art. 19 (2010) einen wunderbaren, hoch interessanten Review-Artikel zweier Sammelbände vorgelegt, in dem er sich mit der Frage befasst „Was ist der Beitrag der Diskurslinguistik für die Foucaultsche Diskursanalyse?“¹ Er konstatiert abschließend, nachdem er, wie zu erwarten war, eine sozialwissenschaftliche Perspektive auf die Diskurslinguistik eingenommen hatte, durchaus versöhnlich: „Derzeit besteht die Aussicht, dass sich ein besserer wechselseitiger Einblick in die je andere methodologische Praxis und damit in die je andere epistemische Kultur ergibt.“ Und er sieht in den beiden besprochenen Bänden „eine Einladung an die qualitative Sozialforschung.“ Obwohl ich mich nicht der Diskurslinguistik (insbesondere nicht der der besprochenen Provenienz) zurechne, auch nicht einer sprachwissenschaftlichen Diskursanalyse, die sich *auch* auf Foucault bezieht, wie einige Sozialwissenschaftler unermüdlich behaupten, begrüße ich diese Versöhnlichkeit und sähe die Einladung an die qualitative Sozialforschung zu einem „Einblick“ in die Diskurslinguistik gerne durch die Einladung an die Diskurslinguistik zu einem Einblick in die Foucaultsche Diskursanalyse und die daran anschließende sozialwissenschaftliche Diskursanalyse erwidert. Aber einen etwas anderen Einblick, als die bloße zur Kenntnisnahme einer anderen Methode bedeuten würde. Obwohl die Zurkenntnisnahme unterschiedlichster Methoden der Sozial- und Geisteswissenschaften nützlich sein kann, insbesondere für das Bestehen von

¹ Diese beiden Sammelbände sind: Ingo Warnke (Hg.): Diskurslinguistik nach Foucault, Theorie und Gegenstände, Berlin: de Gruyter 2007, und Ingo Warnke und Jürgen Spitzmüller (Hg.): Methoden der Diskurslinguistik. Sprachwissenschaftliche Zugänge zur transtextuellen Ebene, Berlin: de Gruyter 2008

akademischen Prüfungen und sonstigen Spiegelfechtereien, hat die Linguistik – und nicht zu vergessen: die Literaturwissenschaft – der qualitativen Sozialforschung, hier: der sich auf Foucault beziehenden, etwas zu bieten, das ihrer Wirkmächtigkeit und Überzeugungskraft zu Gute kommen dürfte: die Erklärung oder doch zumindest Plausibilisierung der Wirkung der Diskurse auf das individuelle und kollektive Bewusstsein. Die sozialwissenschaftliche Diskursanalyse leugnet eine solche Wirkung ja nicht (mehr) und geht (inzwischen) davon aus, dass sich das Wissen der Diskurse individuell und kollektiv in den Köpfen der Menschen niederschlägt. Wie und warum und mit welchen Mitteln das geschieht, bleibt jedoch noch etwas unterbelichtet. Und genau hier können sprach- und literaturwissenschaftliche Erkenntnisse helfen. Mit anderen Worten: Die Stärke der sozialwissenschaftlichen Diskursanalyse besteht darin, Wissens- bzw. Aussagenanalyse zu sein, sich also nicht mit der Analyse sprachlicher Oberflächen zufrieden zu geben, ihre Schwäche besteht darin, nicht sagen zu können, wie das Wissen und mit welchen Mitteln das Wissen in die Köpfe transportiert wird. Diese Mittel, die man gelegentlich auch als „Führen ins Bewusstsein“ bezeichnet, sind jedoch auf der Performanzebene zu verorten. Es handelt sich zum Beispiel um Kollektivsymbole (die Foucault nicht interessierten), es handelt sich um Personalpronomen, (durch die Inklusion und Exklusion markiert werden können), um rhetorische Figuren, (wie etwa Implikate oder Anspielungen), um Prinzipien des Aufbaus von Text und Rede, um stilistische Mittel etc. etc. Vielleicht haben die Sozialwissenschaften die folgende (richtigen) Bemerkungen von Foucault zu sehr verabsolutiert: „Die Sprache existiert nur als Konstruktionssystem für mögliche Aussagen.“ (*Archäologie des Wissens*, S.124) Sowie: „Man sieht insbesondere, dass die Analyse der Aussagen keine totale, erschöpfende Deskripti-

on der >Sprache< oder dessen >was gesagt worden ist<, zu sein vorgibt. In der ganzen durch die sprachlichen Performanzen verflochtenen Dichte stellt sie sich auf eine besondere Ebene, die von anderen gelöst, im Verhältnis zu ihnen charakterisiert und abstrahiert werden muß. Insbesondere nimmt sie nicht den Platz einer logischen Analyse der Propositionen, einer grammatischen Analyse der Sätze, einer psychologischen oder kontextuellen Analyse der Formulierungen ein: sie stellt eine andere Weise dar, die sprachlichen Performanzen in Angriff zu nehmen, ihre Komplexität aufzulösen, die Termini zu isolieren, die sich darin überkreuzen, und die verschiedenen Regelmäßigkeiten aufzufinden, denen sie gehorchen.“ (*Archäologie des Wissens*, S.157) Doch heißt dies, dass die Konstruktion für die Etablierung der Aussagen völlig unwichtig sind? Doch wohl kaum!²

Die Stärke der Diskurslinguistik besteht demgegenüber – genau umgekehrt – darin, primär die sprachlichen Mittel in den Blick zu nehmen, während Inhalte dabei keine so prominente Rolle spielen. Der Begriffsgeschichte und der historischen Semantik (z.B. à la Busse) geht es nicht in erster Linie um die Analyse von Diskursen, obwohl auch ihre Erkenntnisse für sozialwissenschaftliche Diskursanalysen (insbesondere für ihre historische Variante) keineswegs unwichtig sind; sie sind jedoch eher irgendwo zwischen Diskurslinguistik und sozialwissenschaftlicher Diskursanalyse zu verorten ist.

Mein Fazit: sozialwissenschaftliche Diskursanalyse sollte linguistische Erkenntnisse in ihre Werkzeugkiste aufnehmen; Diskurslinguistik sollte sich (auch) sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse bedienen, ohne auf ihre linguistische Kompetenz zu verzichten.

² Vgl. dazu auch den Eintrag „Sprache“ in Siegfried Jäger/Jens Zimmermann: Lexikon Kritische Diskursanalyse. Eine Werkzeugkiste, Münster: Unrast 2010